

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis halbjährlich 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., vierteljährlich 3,00 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,70 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechszeilige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf. für politische und gewerbliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellensuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donstag, den 21. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Oesterreichische Budgetdebatte.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Das österreichische Abgeordnetenhaus wächelt sich in jeder Hinsicht zu einer Merkwürdigkeit heraus. Unter den vielen Besonderlichkeiten, mit denen es die parlamentarischen Erfahrungen bereichert hat, wird auch die Art verzeichnet werden müssen, in der es die Staatsberatung führt. Vor allem ist der Zeitpunkt merkwürdig: wenn andere Parlamente längst in die Ferien gegangen sind, fängt im österreichischen Abgeordnetenhaus die Verhandlung des Staatsvoranschlages an. Das geschieht zum Beispiel jetzt, obwohl von dem Staatsjahr — der Voranschlag fällt in Oesterreich mit dem Kalenderjahr zusammen — bereits die Hälfte verstrichen ist. Eingebacht wurde der Etat am 26. Oktober 1910, und es ist eine Kraftleistung und wird als ein Zeichen von Pflichtgefühl gemeldet, daß die zweite Lesung im Plenum am 10. Juni 1910, also nach 7½ Monaten begonnen hat und vor Ablauf des ersten Halbjahres, für das durch ein Budgetprovisorium vorgesorgt ist, fertig sein wird! Und wie wunderbar diese Verhandlung vor sich geht! Am besten wird man Einblick gewinnen, wenn wir den „Stundenplan“ für die Beratung, den der Präsident ausgearbeitet und die Obmannkonferenz (Seniorenkonvent) genehmigt hat, genau wiedergeben. Danach wird nach der Generaldebatte der gesamte Staatsvoranschlag — der Ausgaben im Betrage von 2691 Millionen Kronen enthält — in vier „Gruppen“ geteilt und jede Gruppe zu einer Verhandlung gestellt. Eine dieser Gruppen ist: Ministerium des Innern, Ministerium des Unterrichts, Ministerium der Justiz, Ministerium der Landesverteidigung — über diese vier Ressorts wird zusammen eine Spezialdebatte geführt! Die „Verhandlungszeit“ des gesamten Etats wird mit 13 Tagen oder 99 Stunden präliminiert, und zwar neun Tage mit je neun, zwei Sonntagen mit je vier und zwei Montage mit je fünf Stunden. Die Abstimmungen über jede Gruppe werden auf die dem für ihre Verhandlung vorhergesehenen Tage folgende Sitzung verlegt, und zwar pünktlich 10 Uhr vormittags: was wegen der „Präsenz“ der einigermassen schütterten Regierungsmajorität wichtig ist. Das Schwierigste ist aber die Verteilung der Redezeit auf die Parteien. Im österreichischen Abgeordnetenhaus gibt es nämlich 16 offizielle Parteien, zu denen als 17. die „Wilden“ kommen, die als Partei gleichfalls anerkannt werden. Aber das ist nur die offizielle Zählung der Verbände; die Parteipartitur ist damit noch lange nicht erschöpft. So besteht der Sozialdemokratische Verband aus fünf Klubs, die in nationalen Fragen autonom sind; der Deutsche Nationalverband (die sogenannten Deutsch-Freiwirtschaftlichen) besteht aus vier Parteien; der nach außen so solidarisch ansehende Polenklub zerfällt innerlich in vier Gruppen und so fort. Wie soll nun die Zeit auf so viele Parteien verteilt werden? Der geschäftsordnungsmäßige Vorgang ist im österreichischen Abgeordnetenhaus die Meldung zum Wort. Aber damit kommt man nicht weiter, denn zum Wort hatten sich beispielsweise für die Generaldebatte kontra 151, pro 126, insgesamt also 277 Abgeordnete gemeldet! Natürlich wollen sie nicht alle sprechen — aber doch jedenfalls viele, denn die Redewut ist im österreichischen Abgeordnetenhaus noch ärger als sonstwo in der Welt —, sondern die Vormerkungen haben vornehmlich den Zweck, den Parteien die Plätze in der Rednerliste zu sichern. Angesichts der großen Zahl der sich vormerkenden Redner wird nämlich die Reihenfolge ausgelost, und auch bei dieser Lotterie gilt das Gesetz, daß die Zahl der Einsätze über die Chance entscheidet. Um nun in den Zufall ein gewisses System zu bringen, ist die Kontingenzierung der Verhandlungszeit erfunden worden, nämlich die Aufteilung der gesamten Zeit für die Verhandlung des Etats in Aussicht genommenen Zeit auf die Parteien, die dann mit ihr machen können was sie wollen, sie durch wenige oder viele Redner konsumieren lassen. Die diesmalige Aufteilung der Zeit abt folgendes getreues Schema wieder.

Von den 99 Stunden werden bewilligt:

10 Ministern	4 Stunden 50 Min.
96 Christlichsozialen	15 „ 50
87 Sozialdemokraten	14 „ 30
77 Mitgliedern d. Deutschen Nationalverbandes	12 „ 50
71 Mitgliedern des Polenklubs	11 „ 50
29 Tirolerischen Agrarier	4 „ 40
25 Mitgliedern des Český-Klubs	4 „ 10
17 Katholisch-Nationalen	2 „ 50
13 Tirolerisch-Nationalen	2 „ 10
19 Ruthenen	3 „ 10
18 Südlawen	3 „ —
17 Slowenen	2 „ 50
19 Mitgliedern der Unio latina	3 „ 10
8 Mitgliedern der Aldeutschen Gruppe	— „ 30
4 Ruthenen	— „ 40
5 Bukowinaer Ruthenen	— „ 50
4 Zionisten	— „ 40
69 Wilden	1 „ 30
90 Stunden — Min.	

Es verbleiben also für den Einlauf, für die Berichterstatter, für die Minoritätsberichterstatter und für die Abstimmungen noch 9 Stunden.

Der Schlüssel ist nämlich zehn Minuten für den Abgeordneten, und so viele Mitglieder eine Partei zählt,

so oftmal werden ihr zehn Minuten bewilligt. Sinnreich, nicht? Natürlich kann dabei von einer Debatte keine Rede mehr sein. Es steht einfach jeder Redner auf und redet, wovon er will; was zur „Verhandlung“ steht, hat mit seiner Rede nichts zu schaffen.

Nun scheint das natürlich die bekannte österreichische Schlampererei zur Potenz erhoben, aber in Wahrheit ist diese Budgetdebatte mit all ihren Unsinnsigkeiten und Kaskaden nur die Widerspiegelung der entsetzlichen Schwierigkeiten, mit denen das Rationalitätenparlament unermüdlich, gleichsam von Geburt behaftet ist. Ein Haus mit acht Nationen, deren kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung so verschieden ist, mit zwei Duzend Parteien und Hunderten Demagogen, ein solches Haus ist nur scheinbar ein Parlament. In Wirklichkeit ist es ein zusammenhangloses Nebeneinander der nationalen Tendenzen, die sich auf einem Punkte scharf widersprechen, auf anderen Punkten gar nicht berühren; seine parlamentarische Fähigkeit reicht zum Abstimmten, aber nicht zum Handeln aus. Wozu noch kommt, daß sich die bürgerliche Welt in dem neuen Panze auf dem denkbar tiefsten Niveau bewegt, die überwiegende Mehrheit der nationalen Abgeordneten der gemeinen Streberei verfallen ist und überhaupt nichts im Kopfe hat als die Erhaltung des Mandats, zu welchem Berufe ihr die plumpe Demagogie als das willkommenste Mittel erscheint. Man braucht die „gute, alte Zeit“ des Parlamentarismus nicht zu überschätzen, um die Anseligkeit der bürgerlichen Epigonen betrüblich zu finden; was in Oesterreich aus der bürgerlichen Welt heute auf der politischen Bühne agiert, steht tief unter dem Niveau, das einstmal für die politische Führung gefordert wurde. Wohl ist zu erwarten, daß das allgemeine Wahlrecht seine auslesende Kraft auch in Oesterreich bewahren werde, aber vorläufig ist es, was die Qualität des Abgeordnetenhauses betrifft, in den bürgerlichen Wählerschaften so ziemlich alles schuldig geblieben.

Wären nicht unsere Leute da, die in jeder Hinsicht das geistige Bestium des Parlaments darstellen, ihm das Talent und die Erfahrung beistellen, wäre es um die geistige Ausrüstung des demokratischen Hauses wahrlich übel bestellt.

Am allerwenigsten wird in der Budgetdebatte natürlich vom Budget gesprochen, obwohl sich die Finanzen Oesterreichs in einem wahrhaft jämmerlichen Zustande befinden. Das Budget schließt nämlich, zum erstenmal seit vielleicht fünfzig Jahren, mit einem effektiven Defizit ab, das das Finanzgesetz mit 53 Millionen festgesetzt hat. Da aber für das laufende Budgetjahr noch weitere Ausgaben beschlossen sind, so wird der heurige Abgang sich mindestens auf 70 Millionen Kronen belaufen. Da die von der Regierung geheischten Steuererhöhungen nicht bewilligt sind und für dieses Jahr voraussichtlich nicht bewilligt werden, so wird das Defizit einfach durch eine Anleihe gedeckt, wemgleich nach dem Rate, der in Preußen gegeben wurde, die Anleihe nicht für das Defizit, sondern zur Stärkung der Reservenbestände bewilligt wird, der Fehlbetrag nicht aus der Anleihe, sondern aus den Reservenbeständen entnommen wird. Da aber der Finanzminister mitgeteilt hat, daß der Polack noch mit ganz anderen Wünschen schwanger geht — 400 Millionen Extrakosten für Dreadnoughts und 100 Millionen normaler jährlicher Mehrausgaben für allerlei „Ausgestaltungen“ —, so wird den Finanzen auch die ausgiebigste Steuerreform nicht ausreichen können, und das Schuldenmachen, das ja immer die österreichische Lieblingsbeschäftigung war, wird wieder die gewohnte Defizitdeckung werden. Auch die Wähler in Oesterreich werden bei den nächsten Neuwahlen zu rechnen und zu rächen haben.

## Der Wahlsieg an der Ostsee.

Stolz flattert am Ostseestrand das siegreiche Banner der Sozialdemokratie. Junfertrug rang sie nieder und über liberales Kolossentum schritt die Sozialdemokratie hinweg. Der Wahlkreis wurde von ihr erobert durch die sündige Gewalt ihrer Ideen. Zum erstenmal konnte in dem ausgebeuteten Gebiet eine großartige Propaganda entfaltet werden. fanden doch in zahlreichen Dörfern und Städtchen des Wahlkreises diesmal die ersten sozialdemokratischen Versammlungen statt und überall, wo zum erstenmal ein Apostel des Sozialismus zu seinen Volksgenossen sprechen konnte, ist der Erfolg auch nicht ausgeblieben. Die Leute, die den Sozialismus bisher nur durch die Zerrbilder, die die Gegner von ihm entwarfen, kennen gelernt hatten, erkannten in den Forderungen der Sozialdemokraten den klaren Ausdruck dessen, was ihnen nottat, erkannten, daß diese vielverleumdeten Sozialdemokraten die einzigen sind, die ihre Interessen wirklich vertreten.

Auch die Arbeiter- und Fischerfrauen fanden sich zahlreich in diesen Versammlungen ein, hörten begierig auf die Worte der sozialistischen Redner, und manche von ihnen hat am Wahltag, wenn sie auch nicht wählen konnte, tüchtig mitgearbeitet, um jähmige Wähler zur Urne zu treiben. Die Landarbeiter und Fischer haben brav gekämpft und scheuten vor Opfern nicht zurück. Wenn die Strandbummel von Peringsdorf, Swinemünde und Widdow am Freitag nur sehr wenig geblähte Segel am Horizont erblinden konnten, dann war dies nicht auf den hohen Wellengang der Ostsee zurückzuführen, sondern war ein Zeugnis für das Interesse, mit dem die Fischer am Stichwahlkampf teilnahmen. Sie hatten entweder auf einen Gang gänzlich verzichtet oder ihre Boote früher am Strand aufkufen lassen, um ihr Wahlrecht auszuüben, damit das Junferregiment zu Boden gerungen werde. Von den 1400 Wählern, die sich an der

Stichwahl mehr als an der Hauptwahl beteiligten, entfielen, sehr niedrig geschätzt, mindestens 1000 auf die Reserven der roten Armee und nur der verbleibende Rest auf die Mannen der Konservativen. Dies Interesse und dieser Opfermut zeigte sich bei Leuten, die bisher nicht beeinflusst wurden durch die Lesüre der sozialdemokratischen Presse. Denn der „Stettiner Volksbote“ wurde bislang nur in etwa 400 Exemplaren im Wahlkreis gelesen. Die Leute waren auch nicht durch die Schule der sozialdemokratischen Organisation gegangen und deshalb ist ihr mannhaftes Verhalten um so höher zu bewerten. Das Ergebnis der Hauptwahl hatte gezeigt, daß es möglich sei, in diesem Wahlkreis die rote Fahne zu hissen und diese Aussicht auf den endgültigen Erfolg belebte auch bei den unorganisierten Fischern und Landarbeitern die proletarische Energie. Wurden doch bei der Stichwahl in einzelnen Bezirken, in denen noch bei der Hauptwahl nur konservative Stimmzettel in der Urne gefunden wurden, Stimmzettel für Alex Runge abgegeben.

Unsere Reserven entschieden den Kampf, denn die Ritter von der traurigen Gestalt des Freisins gingen bis auf ein Viertel zur Fahne der Junfer über. Um des heiligen Eigentums willen machten die Liberalen ihren Kotau vor dem Junfertrug, während, abgesehen von einigen ehrlichen Demokraten, sonst nur die proletarischen Wähler, die noch im Meerbann des Liberalismus tröten, von ihrer Klassenempfinden zur Sozialdemokratie geführt wurden. Hätten nicht die Reserven in so entscheidender Zahl eingegriffen, dann würden die „Inkongruenten“ Fortschrittler wieder einen Wahlkreis der schwärzesten Reaktion ausgeliefert haben!

Der Aufmarsch der Reserven trübt allerdings das Bild, sodaß man das traurige Verhalten der Fortschrittler nicht gleich erkennen kann. Nur wer selbst im Wahlkreise tätig war, weiß, was sich hinter dem Stichwahlergebnis an politischer Charakterlosigkeit des Liberalismus verbirgt. Hält man daran fest, daß von den 1891 gültigen Stimmen, die bei der Stichwahl mehr als wie bei der Hauptwahl abgegeben wurden, 1000 auf unsere Reserven entfielen, so haben wir von den 4319 Stimmen für Herrendörfer etwa 1000, die Konservativen aber 3000 erhalten. Der Liberalismus hat also auch in Hederkmünde-Widdow-Wolin fast vollständig verlagert.

Unsere pommerischen Genossen werden jetzt eifrig bestrebt sein, in Hederkmünde-Widdow-Wolin unsere Presse zu verbreiten und die Parteiorganisation weiter auszubauen, damit die rote Fahne, die nun so lustig am Ostseestrand flattert, nicht nur im lockern Dünenland wurzelt.

Unserem pommerischen Parteiblatt, dem „Volksboten“ zu Ehren entnehmen wir noch die folgenden Feststellungen:

Hierdon (von den Reserven, die in der Stichwahl aufmarchierten) sind den Sozialdemokraten sicher 1000 zugesprochen, den Konservativen allerhöchstens 400. — daß diese nur sehr geringe Reserven hatten, zeigten die Abstimmungsergebnisse in den rein ländlichen Orten aufs allerdeutlichste. (Das „Berliner Tageblatt“ ist daher im Unrecht, wenn es meint, die liberalen Wähler hätten sich so ziemlich genau geteilt.) Von den 4300 Wählern Herrendörfers gaben also nur 1400 ihre Stimme für Runge ab, während der Konservative von ihnen 2900 gewann. — Aber das Doppelte. Selbst wenn Liberale zu Hause geblieben wären, was sicher der Fall ist, so ändert doch das an dem Verhältnis — 2/3 Realitäre innerhalb des „Freisins“ — rein gar nichts.

Ueber die Bedeutung des Sieges sagt unser Parteiblatt:

Man würde ganz gewiß zehn industrielle Wahlkreise lieber verloren haben, als feststellen zu müssen, daß auch der berühmte pommerische Grenadier zu wanken beginnt. — daß auch auf diese vielgepriesene Stütze der Klassenherrschaft kein Verlaß mehr ist. . . . Wir werden alles tun, diesen Sieg festzuhalten. Wahrscheinlich wird Pommern die Welt nicht vom Joche des Kapitalismus und Junfertrugs erlösen, — aber es wird auch geschehen, wenn es den Vorwärtsdrängenden nicht in den Rücken fällt. Und daß dies das Mindeste ist, was wir in Bälde erreichen, das beweist unser geliebter Sieg in Vorpommern.

Die Konservativen erlitten eine Niederlage in politischer Beziehung, die Liberalen eine doppelte, in politischer wie moralischer Hinsicht — letztere durch eigene Schuld. Sie dürfen versichert sein, daß wir sie ihnen noch oft auf Butterbrot schreiben werden. Die Sozialdemokratie aber geht neu gekräftigt aus dem Kampfe hervor; sie ist gestärkt zu neuen Kämpfen und neuen Siegen!

## Ein Reichsverbändler als Minister.

Der neue Minister des Innern, der Herr von Dallwitz, ist der Sozialdemokratie kein Unbekannter. Als anhaltischer Staatsminister hat der Herr unsere Partei in einer Weise bekämpft, die ebensoviele von blindwütigem Haß gegen die Arbeiterbewegung, wie von absoluter Unfähigkeit zeugt, den Kampf gegen sie anders als mit rostigen oder auch vergifteten Waffen zu führen. Seine Polemik gegen die sozialdemokratischen Vertreter im anhaltischen Landtage stand etwa auf der Höhe des Intellekts eines ostelbischen Kreisblatts, wenn sie nicht direkt auf das Niveau des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie hinabstiege. Das Meisterstück dieser seiner kläglichen Reden gegen die Arbeiterbewegung erreichte er im Jahre 1907, kurz nach den Wahlen, die den siegestrunkenen Junkern und Bourgeois die Kata morgana einer dauernden Juriaustragung der Sozialdemokratie vorpiegelten. Damals renommierte der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gewaltig mit seinen Bedienten an dem Ausgange der Wahlen und fand damit vielen Glauben. Seine unjagbar niedrige Kampfsweise, die sich rücksichtslos über alle Gebote der Loyalität und des Anstands hinwegsetzte, wurde im bürgerlichen Lager eifrig aufgenommen. Jegliche dumme Räuber-

geschichte über die Sozialdemokratie fand in der bürgerlichen Presse — wenige Ausnahmen gab's — unbefehene Aufnahme, machte ihr die innere Unwahrscheinlichkeit auch noch so deutlich an der Stirn geschrieben stehen, machte auch jegliche Stütze und Beglaubigung fehlen. In dieser Zeit war es, da Herr v. Dallwitz sein Meisterstück lieferte, das die struppellosesten Kämpen des Reichsverbandes vor Neid hätte erblassen machen können. Im Februar wartete der Herr Minister im Landtage des Herzogtums mit der Schauermark von einem „sozialdemokratischen Morde“ auf. Nach staatsanwaltlichen Ermittlungen, so erzählte der Herr, sei in Klein-Möhlau ein junger, tüchtiger Arbeiter, der den Abgeordneten Schrader gewählt hatte, weil er es verächtelt habe, seine nationale Gesinnung zu verheimlichen, noch am Wahltag von sozialdemokratischen Arbeitsgenossen mit dem Messer überfallen und solange mit Messerstichen bearbeitet worden, bis er verschied. Wörtlich sagte dann Herr von Dallwitz gegen den Genossen Peus gewandt:

„Es ist in der Tat weit gediehen in Anhalt, wenn ein deutscher Mann, ein deutscher Arbeiter, weil er seine nationale Gesinnung frei und offen vertritt, weil er einen nationalen, noch dazu linksliberalen Kandidaten wählt, seine Gesinnungstreue und Gewissenhaftigkeit mit dem Tode büßen muß. Der elende Mörder wird der gerechten Strafe ja nicht entgehen. Es bleibt aber immer doch nur eine unbefriedigende Sühne, wenn zwar die Schwere des Gesetzes die bedürten Werkzeuge trifft, die geistigen Urheber solcher bestialischer Verbrechen aber frei ausgehen. . . Herr Peus, die Saat des Hasses, die zu solchen Taten führt, die wird der Jugend eingepfropft durch gewisse loselbändige Volksführer, die den Kampf gegen Staat und Gesellschaft gewerdmäßig betreiben. Die moralische Verantwortung fällt demjenigen Teile der sozialdemokratischen Presse zur Last, deren Schreibweise zu derartigen Verbrechen geradezu anreizt. Aber auch die sozialdemokratische Parteileitung wird sich dem Vorwurf nicht entziehen können, daß sie das gemeingefährliche Treiben ihrer Organe nicht nur geduldet, sondern auch gebilligt und teilweise auch gefördert hat.“

Genosse Peus hat damals dem Herrn Minister gründlich gedient, hat ihm gesagt, daß es unverständlich sei, wie der Staatsminister es überhaupt fertig bringe, in dieser Sache vor dem Lande sein Urteil abzugeben, ehe das Gericht gesprochen habe. Es stehe einem Minister sehr übel an, dem Verlauf der gerichtlichen Verhandlung in solcher Weise vorzugreifen. Dann wies Peus nach, daß der Mörder Galbiersch niemals zur Sozialdemokratie gehört, dagegen ein Produkt der Erziehung sei, die in den polnisch-schlesischen Provinzen von den herrschenden Klassen am Proletariat geübt wird. Galbiersch sei ein vom Suff komplett verdorbener Mensch, der in seiner alkoholischen Verfehlung jedweder Selbstbeherrschung ermangelte. Der Versuch, die Sozialdemokratie für seine Tat verantwortlich zu machen, werde an den Tatsachen elend scheitern.

Die Gerichtsverhandlung, die dann am 28. Februar vor dem Schwurgericht in Dessau stattfand, ließ dann die Schauermark von dem sozialdemokratischen Mord jämmerlich zusammenkrachen. Es stellte sich heraus, daß die Tat mit der Wahl nichts zu tun gehabt hatte, daß weder Galbiersch, ein Sozialdemokrat, noch der Ermordete Danisch, ein ehemaliger Polizeiergeant, ein Märtyrer seiner patriotischen Ueberzeugung war. Dieser Danisch war ganz das Gegenteil von dem jungen tüchtigen Arbeiter, den der Minister hatte aufmarschieren lassen. Er war ein Säufler wie Galbiersch selbst, der schon öftmal aus einer Birtshaus hinausgeworfen war, weil er die Gewohnheit hatte, im Suff die Gäste mit seinen Meinungen über seine ehemalige Qualität als Polizeiergeant zu belästigen. An dem Tage der Tat war er mit dem ebenfalls betrunkenen Galbiersch aus nichtiger Ursache im Streit geraten und das Ende war ein Zusammenstoß, bei dem er den tödlichen Messerstich empfing. Danisch und Galbiersch waren immer gute Freunde gewesen und hatten, wie in der Verhandlung befunden wurde, oftmals aus einer Flasche zusammen bis zur Besinnungslosigkeit getrunken. Keiner der Zeugen konnte bekunden, daß die Streitigkeiten zwischen beiden etwas mit der Wahl zutun gehabt hätten. Dagegen wußte einer, daß Danisch den Galbiersch öfter durch die Worte gereizt hat: „Ich bin Polizeiergeant und Du bist bloß Gemeiner!“ Die Aussage des Wirts ergab, daß die angeblichen patriotischen Kundgebungen wegen derer Danisch angeblich angefallen sein sollte, garnicht vorgekommen waren. Dagegen befandete dieser Zeuge, daß Danisch sich in der Nacht vor der Tat gerührt habe, daß er den Galbiersch mal tüchtig verhalten habe. Trotz dieser für die patriotische Legende vernichtenden Weisaufnahme glaubte der Staatsanwalt sie in seinem Blaidoyer krampfhaft aufrecht erhalten zu müssen. Die Tatsache, daß ein einziger Zeuge im Gegensatz zu vielen andern behauptete, der Angeklagte habe nach der Tat gesagt: „Der Mann hat falsch gewählt!“ genügte dem Herrn dazu. Alle die gravierenden Umstände, die die Unwahrscheinlichkeit dieser Weußerung ergaben, waren für den Staatsanwalt nicht vorhanden. In dem der Liebe Müß war vergebens. Was in der bürgerlichen Presse noch halbwegs Anstand behauptet hatte, daß die Schauermark vom sozialdemokratischen Mord nun klanglos in der Versenkung verschwinden. Die Beschuldigung, daß die Sozialdemokratie an der Tat des Galbiersch schuld sei, verschwand aus dem Agitationsmaterial unserer Gegner. Nur einer hatte den Mut, gleich dem Staatsanwalt seine Beschuldigung gegen die Sozialdemokratie nicht zurückzunehmen. Im anhaltischen Landtag gab Minister von Dallwitz eine ziemlich zusammenhanglose Erklärung ab, deren Vordersatz durch den Nachsatz wieder aufgehoben wurde. Herr von Dallwitz gab zu, daß bei dem Klein-Möhlauer Mord ein politischer Beweggrund nicht erwiesen worden sei, aber unbekümmert darum fuhr er dann fort, die Regierung halte an der Ueberzeugung fest, daß nach den Ergebnissen der Schwurgerichtsverhandlung der Arbeiter Danisch wegen seiner Stimmabgabe für den freisinnigen Kandidaten von dem Arbeiter Galbiersch ermordet wurde. Die maßlose Verheerung der Sozialistenpresse führe zu solchen Verbrechen. — Selbst ein Blatt wie die Tägliche Rundschau bemerkte damals: „Da ein politisches Motiv tatsächlich nicht erwiesen worden ist, ist es unverständlich, wie die Regierung von Anhalt an solcher Ueberzeugung festhalten kann.“

Wir wissen nicht, ob Herr von Dallwitz jemals Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gewesen ist. Jedenfalls hätte er nach dieser Leistung verdient, zu seinem Ehrenmitgliede ernannt zu werden. Unsere Genossen aber werden es verstehen, wenn wir nach alledem die Ernennung gerade dieses Mannes zum preussischen Minister des Innern nicht mit Bedauern registrieren. Leute von den geistigen Qualitäten der Reichsverbändler haben uns noch allemal auf die Dauer mehr genützt als geschadet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juni 1910.

### Eine verunglückte Aktion.

Anfang März dieses Jahres hatte die Berliner Staatsanwaltschaft gegen eine Reihe Berliner Parteigenossen ein Verfahren wegen der Wahlrechtsdemonstration am 13. Februar eingeleitet. Die betreffenden Genossen wurden beschuldigt, Veranstalter oder Leiter nicht genehmigter Versammlungen unter freiem Himmel gewesen zu sein oder nicht genehmigte öffentliche Aufzüge und Umzüge veranstaltet oder geleitet zu haben. Als solche Uebeltäter sah die Polizei vorzugsweise die Redner an, die am 13. Februar in den Versammlungen über die Wahlreformfrage gesprochen haben.

Bei den verantwortlichen Vernehmungen vor dem Untersuchungsrichter anfangs März wurde den Genossen mitgeteilt, daß Vergehen gegen § 112 des Strafgesetzbuchs (Aufforderungen zu strafbaren Handlungen) und Uebertretung des § 19 des Reichsvereinsgesetzes in Frage käme.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft selbst eingesehen, daß sie nur einen Reinsfall erleben würde, wenn sie Anklage erhöhe. Sie hat jetzt den „Uebeltätern“ die Mitteilung zugehen lassen, daß sie das Verfahren eingestellt habe. Sie hätte es lieber gar nicht erst eröffnen sollen, dann hätte sie sich eine Blamage erspart. Wie wir übrigens hören, soll das eingeleitete Verfahren nur in einem Falle seinen Fortgang nehmen und zwar gegen den Genossen Eugen Ernst. Wir zweifeln nicht, daß das Endergebnis auch in diesem Falle die Staatsanwaltschaft in keiner Weise befriedigen wird, so daß die ganze Aktion als eine verunglückte bezeichnet werden muß.

### „Freiwillige“ Verlängerung der Militärdienstpflicht.

Das Hauptmeldeamt in Croffen a. D. ist auf einen ingenieösen Einfall zur Bekämpfung der „heeresfeindlichen Bestrebungen“ gekommen. Es bildet ein „freiwilliges“ Kader von Chargierten. Jeder „Freiwillige“ hat sich zu verpflichten, über die vorgeschriebene Zeit hinaus in der Reserve oder Landwehr zu bleiben. Er soll einem Verein beitreten, den das Bezirkskommando leitet. In dieser Absicht versendet der Major zur Disposition und Bezirksoffizier des Hauptmeldeamts Croffen folgende Einladung an Reserve- und Landwehr-Unteroffiziere:

Hgl. Hauptmeldeamt Croffen a. D.  
An den Unteroffizier der Res. (Landw.)  
Für die Unteroffiziere des Beurlaubtenstandes wird die Schaffung einer Organisation beabsichtigt zur Erhaltung des militärischen Geistes und als Gegenwirkung gegen heeresfeindliche Bestrebungen unter Verhinderung folgender Punkte:

Bei jedem Bezirkskommando wird eine Abteilung für Chargierte des Beurlaubtenstandes gebildet. — Der Eintritt in die Abteilung ist ein freiwilliger. Der Beitretende hat sich zu verpflichten, einen näher zu bestimmenden Zeitraum über die vorgeschriebene Zeit hinaus in der Reserve oder Landwehr zu bleiben.

Die Abteilung untersteht dem Bezirkskommandeur und wird vom Adjutanten oder Offizier des Beurlaubtenstandes geleitet. Die Angehörigen der Abteilung haben sich den Befehlen ihrer Vorgesetzten zu unterwerfen und unterstehen in allen dienstlichen Angelegenheiten den Militärregeln. — Einmal im Monat haben sich die Mitglieder der Abteilung auf entsprechenden Befehl abends in Bezirkskommando einzufinden, wo von Offizieren des Beurlaubtenstandes oder von Angehörigen der Abteilung Vorträge belehrenden oder patriotischen Inhalts gehalten werden oder Instruktion über militärische Fragen erteilt wird.

Die Pflichten der Angehörigen der Abteilung werden erweitert durch Heranziehung der Unteroffiziere zu praktischen Dienstverrichtungen z. B. bei Kontrollversammlungen zur Unterstützung des Feldwebels, zu Instruktionsübungen im Gelände, zu Schießübungen am Sonntagvormittag auf den Militärschießständen. Unkosten für Patronen sind von den Unteroffizieren zu tragen; zu Geländereisungen unter Benutzung der Karte.

Die Abteilung des Bezirkskommandos Croffen D. würde event. auf Grund der örtlichen Verhältnisse in die 4 Unterabteilungen Croffen D., Sommerfeld, Järlschau, Schwiebus geteilt werden. Sie haben dem Hauptmeldeamt sobald als möglich mitzuteilen, ob Sie event. bereit sind, der Abteilung beizutreten. v. Lucius, Major z. D. und Bezirks-Offizier.

Dieser niedliche Plan, die Armee „freiwillig“ verstärken zu lassen, ist mit der Befehlsgebung unvereinbar, die die Stärke der Armee und das Ausschleiden aus Reserve und Landwehr gesetzlich vorschreibt und den Militärpersonen die Bildung von Vereinen untersagt. Der Kriegsminister wird wohl diese Aufforderung zum „freiwilligen“ Unehorsam gegen die Befehle aufheben. Die nette Jumentung, „freiwillig“ über die vorgeschriebene Zeit hinaus auf eigene Kosten beim Militär zu verbleiben, ist aber für die Anschauung in Militärkreisen ebenso charakteristisch wie die Furcht vor „heeresfeindlichen Bestrebungen“ erheiternd.

### Eine Entziehungskur.

Die konservative Presse ist über den Ausgang der Wahl in Ufedom-Wollin noch immer sehr wütend. Die „Kreuzzeitung“ läßt die Ausrede, daß nach dem Organisationsstatut der Fortschrittspartei die Entscheidung für die Stichwahl dem Wahlkreis überlassen bleiben müsse, mit Recht nicht gelten. Sie sagt:

„Derart hat eine Parteileitung sich noch niemals die Hände binden lassen, daß es als ein Verstoß gegen das Statut zu erachten wäre, wenn von der Zentralstelle der Partei aus auf die lokale Entscheidung eingewirkt wird. Dies ist beispielsweise früher auch seitens der freisinnigen Volkspartei recht oft geschehen.“

Und deshalb fordert die „Kreuzzeitung“ in voller Ueber einstimmung mit der „Deutschen Tageszeitung“ die Entziehung der Wahlhilfe:

„Schon heute ist die Stimmung der konservativen Wählerschaft derart, daß es sehr schwer sein wird, sie zum Eintreten für einen Fortschrittler selbst gegen einen Sozialdemokraten zu bewegen. Die konservative Reichstagsfraktion steht denn auch, wie wir genau wissen, auf dem Standpunkt, daß dem Fortschritt unbedingt Wahlhilfe nicht mehr gewährt werden dürfte. Da konservative Männer für Sozialdemokraten stimmen, muß freilich nach wie vor ausgeschlossen sein. Aber ebenso wenig werden sie es mit ihrem nationalen und staatsverhaltenden Gemüthsvereinbaren können, die Fortschrittsmänner Mandate zu verschaffen; denn die Begünstiger und Förderer der Sozialdemokratie sind für die Nation und für den Bestand des monarchischen Staates gefährlicher, als die in ihren Zielen bekannte Ulfurtpartei selbst es ist.“

Hinter all den Drohungen steckt natürlich die Angst um die Aukrechterhaltung des Junkerregiments. Die „Kreuzzeitung“ weiß sehr genau, daß es bei den nächsten Wahlen für ihre Leute keine Rettung mehr gibt, wenn nicht die Liberalen aus Haß gegen die Sozialdemokratie ihnen wieder einmal die Kastanien aus dem Feuer holen. Daher das wütende Geschrei, daß die Liberalen einschüchtern soll. Ob das oft bewährte Mittel auch diesmal ziehen wird?

### Die Fortschrittspartei in Friedberg-Wüdingen.

In den nationalliberalen Stimmen, die bei der Hauptwahl in Friedberg-Wüdingen abgegeben wurden, stecken etwa 1500 fortschrittliche Stimmen — wenigstens erzielte der Kandidat der freisinnigen Vereinigung im Jahre 1907 diese Stimmzahl. Diesmal ist der Fortschritt im ersten Wahlgang gleich für den Nationalliberalen eingetreten. Ob die fortschrittlichen Wähler auch bei der Stichwahl mit den Nationalliberalen zusammenbleiben, daß heißt ob sie der Parole der nationalliberalen Parteileitung für den Bündler folgen werden, das könnte für den Ausgang der Stichwahl ins Gewicht fallen. Bis jetzt hat die freisinnige Parteileitung des Wahlkreises sich in Stillzweiigen gehüllt — das von der Zentralleitung zu Berlin keine Parole zu erwarten ist, wissen wir nach ihrer tapferen Vogelstrauchpolitik bei der Wiedomer Wahl. Indes fordert die freisinnige Presse des Wahlkreises energisch zur Parteinahme gegen den Bündler auf. Die „Neue Friedberger Zeitung“, die der heffische Landtagsabgeordnete Damm redigiert, fordert, daß die Parole für die Fortschrittliche Volkspartei lauten müsse: Keine Stimme für v. Helmolt! — Und die „Heffische Liberale Wochenchrift“, das Organ der freisinnigen und liberalen Vereine im Großherzogtum Hessen, schreibt:

„Zwar würde man bei der Stimmung der freisinnigen Wähler schon durch eine bloße Stimmenergabe die Beseitigung der reaktionären Gefahr erreichen. Es wird aber notwendig sein, eine entschiedenere Stellungnahme gegen Rechts einzunehmen. Den freisinnlichen gesinnten Wählern muß gezeigt werden, daß die freisinnige Parteiführung, ungeachtet ihrer verächtlichen Stellungnahme zu den Friedberg-Wüdingen Nationalliberalen, durchaus erfüllt war und ist von dem Wunsch, die Reaktion nach Kräften niederzuringen zu helfen. Wir hoffen, daß die Freisinnigen am Stichwahltag bis zum letzten Mann ihre Pflicht tun werden im Dienste der Befreiung unseres Vaterlandes von der schwarzblauen Gefahr.“

Wir sind gespannt, ob die freisinnige Parteileitung in Friedberg-Wüdingen mehr politisches Urteil und Entschlußkraft beizubringen wird, als die von Ufedom-Wollin. Ihre Verantwortung ist in Hessen nicht geringer als sie in Pommern war.

Berufung ins Herrenhaus. Bei der Einweihung des neuen Knappschaftsgebäudes in Vohum teilte, wie die „Köln. Zig.“ meldet, Handelsminister Sydow mit, daß der König den Vorsitzenden des Vorstandes des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Vohum, Geh. Bergrat Dr. Weidmann, auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen habe.

Herr Dr. Weidmann ist ein rücksichtsloser Vertreter der Unternehmerinteressen und hat das oft auch bei der Verwaltung der Knappschaftsangelegenheiten bewiesen.

### Aus der Polenfraktion.

Verschiedene polnische Blätter wissen von einer bevorstehenden Spaltung der polnischen Landtagsfraktion zu berichten. In der Polenfraktion besteht schon lange ein Gegensatz zwischen dem agrarisch-konservativen und dem nationaldemokratischen Flügel, der sich in letzter Zeit stark verschärft hatte. Dem Rest gab die Erklärung des Abg. v. Jagdzewski anläßlich der Beratungen über die Zivilliste. Die Fraktion hatte sich mit einer Stimme Mehrheit für die Erhöhung ausgesprochen, doch ausdrücklich beschlossen, im Plenum keinerlei Erklärung im Namen der Polen abzugeben. Dennoch hat Abg. v. Jagdzewski, der Vorsitzende der Fraktion, dies getan. Zu der Fraktionsstimmung, in der dieser Fall erörtert werden sollte, ist v. Jagdzewski nicht erschienen. Die Entscheidung wurde dadurch verzögert. Die Opposition fordert, daß er unbedingt den Vorsitz niederlege und droht, sonst aus der Polenfraktion auszutreten.

### Die Schiffsabgaben.

Am Freitag ist von den Ausschüssen des Bundesrats für Handel und Verkehr, Justizwesen und die Verfassung die neue preussische Vorlage betreffend die Erhebung von Schiffsabgaben auf regulierten Wasserstraßen mit einigen geringen redaktionellen Veränderungen einstimmig angenommen. Da in diesen Ausschüssen sämtliche Bundesstaaten vertreten sind, so ist hiermit die einstimmige Annahme der Vorlage auch im Plenum des Bundesrates gewährleistet. Diese Verabschiedung im Plenum wird in der letzten Sitzung des Bundesrates vor den Ferien stattfinden.

### Zur Nachwahl in Frankfurt a. D.

Die Konservativen wollen dem Vernehmen nach den Landrat Dr. Kleiner als Kandidaten ausstellen. Die Verhandlungen zwischen den Nationalliberalen und Freisinnigen, die auch in diesem Kreise wieder zusammengehen wollen, über eine geeignete Kandidatur sind noch nicht abgeschlossen.

### Nochmals eine Wiederdebatte in der bayerischen Kammer.

München, 17. Juni. Nochmals wurde die Angelegenheit der Biersteuererhöhung und des Bierkrieges gelegentlich der Jolletatberatung Gegenstand der Kammerverhandlungen. Der Ausgangspunkt war eine Denunziation des Abgeordneten Sped gegen einen Steuerbeamten, der zu einem Brauereibesitzer gehärtet haben soll: „Die Brauindustrie soll sich beim Zentrum für diese Sache bedanken.“ Abgeordneter Sped verlangte von der Staatsregierung die Disziplinierung dieses Beamten und der Minister sagte die Unternehmung zu.

Diesen Anlaß benützte unser Genosse Abg. Schmitt zu einer gründlichen Abrechnung mit dem Zentrum. An einer Reihe von Artikeln der verschiedenen Zentrumszeitungen wies er nach, daß Zentrumsblätter und Zentrumsangehörige das Volk gegen die Brauer „aufbelebte“. Beamte, die der Zentrumsparlei angehören, sogar Kapläne, Pfarrer und Bürgermeister haben sich an dieser „Hege“ gegen die Bierpreiserhöhung beteiligt. So ist es also eine Lüge, sagte Genosse Schmitt, daß die Sozialdemokratie das Volk allein aufwiegelte. Das Zentrum war auch dabei.

Genosse Schmitt sprach dann auch in schärfster Weise gegen den Eingriff der Regierung in das private Leben der Beamten, denen man in ungehöriger Weise ihre Rechte als Staatsbürger beschneiden hat. Er machte darauf aufmerksam, daß gerade das Zentrum eine Menge von Beamten in seinen Reihen zähle, die schon sehr häufig gegen die Regierung und Regierungspolitik losgegangen wären, darunter der Abgeordnete Sped selber.

Es war interessant, daß die Redner des Zentrums nach diesen scharfen Angriffen nicht etwa gegen die Sozialdemokraten sich wandten, sondern daß sie über die Liberalen herfielen und diese wegen ihrer Haltung zur Reichsfinanzreform verpöhlten.

### Eine tüchtige Blamage der Frankfurter Polizei.

Das freisprechende Urteil, das am Sonnabend zu Frankfurt am Main vor der Berufungskammer im Wahlrechtsdemonstrationsprozeß gegen den Genossen Wendel erging, haben wir schon in der vorigen Nummer gemeldet. Aus Frankfurt wird uns dazu geschrieben:

Die schriftliche Begründung des Schöffengerichtsurteils, das auf sechs Wochen Haft lautete, leistet sich Unlaubliches in Feststellung von Tatsachen, aber die in der Verhandlung mit keinem Wort geäußert worden war, die aber zur Begründung des hohen Strafmaßes gebraucht wurden. Strafverschärfend erwidert dem Gericht das ganze Verhalten des Angeklagten und die Agitation des Blattes „Vollstimme“, an dem er angestellt ist. Ferner daß Wendel nach dem Hochruf weggelaufen sei — die Zivilzeugen sagten das Gegenteil aus — und sich hinter die Front zurückgezogen

habe, als seinem Sammelruf Folge geleistet worden sei. Hierdurch hat sich der Führer in typischer Form als Verfälscher der Masse gezeigt, heißt es in der Begründung.

Von all den Feststellungen des Schöffengerichts blieb in der Verhandlung am Sonnabend wenig übrig. Zwar bekundeten die Schulleute ihre früheren Aussagen wieder, sie waren aber diesmal mit ihren Angaben unsicherer. Schon den ersten Polizisten mußte der Vorsitzende ermahnen, sich keine Antworten zu überlegen und nicht in den Wind hineinzureden. Die Zivilzeugen blieben bei ihrer Darstellung in der ersten Instanz. Es wurde von ihnen auch behauptet, daß die Schulleute beim Hochruf noch so weit vom Angeklagten entfernt gewesen sind, daß sie unmöglich seine Worte genau verstanden haben können.

Und nun geschah etwas für die preussische Justiz sehr Auffallendes: Der Staatsanwalt verlangte nicht, daß den Aussagen der Schulleute und Polizeikommissare unbedingt mehr Glauben beigemessen sei als den Aussagen der Zivilzeugen, sondern stellte es dem Gericht anheim, wie es in dieser Frage entscheiden wolle. Und das Gericht sprach Wendel auch frei. Es liege kein grober Unfug vor. Zum Begriffe des großen Unfugs gehöre, daß ein erheblicher Teil des Publikums beunruhigt oder belästigt werde. Dies sei hier nicht der Fall gewesen. — Die Geschwörter der vielen höheren Polizeibeamten, die im Gerichtssaale waren, zeigten große Enttäuschung, als die von der Polizei so schön eingeleitete Aktion, so zu einer großen Niederlage polizeilicher Ueberzeuung wurde.

Am Montag soll sich nun Genosse Wendel wegen Beamtenebelbüdung vor der Strafkammer verantworten. Den Schulleuten ist nachträglich eingelassen, Wendel habe nach Ausbringen des Hochs auch „Hui!“ gerufen. Das drohte eine neue Klage, deren Ausgang aber nach dem obigen Urteil nicht mehr zweifelhaft sein dürfte oder wenigstens sollte.

### Korruption in der preussischen Eisenbahnverwaltung.

Der Fabrikbesitzer Hans Engel in Riedky (Ober-Lausitz) war früher Leiter der von Unwerth'schen Fabrik, die für die Eisenbahnverwaltungen große Lieferungen ausführt. Engel gründete dann ein Konkurrenzunternehmen und behauptete, die Firma von Unwerth habe seit Jahren Eisenbahnbeamten bestochen. Die Firma von Unwerth klagte gegen Engel, der sich aber in der Verhandlung vor dem Landgericht in Görlitz erbot, den Beweis dafür anzutreten, daß tatsächlich die Firma von Unwerth Beamte bestochen hat. 1000 M. seien von der Firma an Mitglieder der Eisenbahndirektion Berlin, 1200 M. an solche in Breslau gesandt worden. Die Zeugen, Fabrikbesitzer von Unwerth junior und Eisenbahnwerkmeister Spieweg aus Breslau verweigern auf die Frage, ob diese Angaben den Tatsachen entsprechen, die Aussage. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis für erbracht und sprach den Angeklagten frei.

Das Ende des Talers. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, daß die bei den Reichs- und Landesbanken noch eingehenden Talerscheine deutschen Gepräges durch Fälschungen oder Einschneiden für den Umlauf unbrauchbar zu machen und alsdann dem Einzahler zurückzugeben sind.

### Frankreich.

#### Eine skurrile Sitzung.

Paris, 20. Juni. Deputiertenkammer. Das Haus setzte heute die Beratung der Interpellation fort. Als ein Mitglied der Rechten über den Unterricht sprach und die Lehrer tadelte, daß sie unpatriotisch seien, und den Professor Thalamas heftig angriff, überschrie ihn die Linke und die äußerste Linke und klapperte mit den Füßbedeckeln. Hierauf wurde die Sitzung unter großem Lärm abgebrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung richtete Couppi an Oriand die Aufforderung, mit der Mehrheit der Linken zu regieren, welche ihn loyal und treu unter allen Umständen mehr stützen würde.

### Italien.

#### Ein sozialdemokratischer Sieg.

Rom, 20. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den Gemeindevahlen in Mailand zur teilweisen Erneuerung der Stadtverordnetenversammlung, die Sonntag stattfanden, eroberten die Sozialdemokraten 16 Sitze, während die Liberalen nur 6 erhielten. Die bisherige liberale Majorität erscheint dadurch so geschwächt, daß ihre Demission zu erwarten ist.

### Spanien.

#### Die Religionsfreiheit.

Paris, 20. Juni. Eine Spezialcorrespondenz des „Matin“ berichtet über ein Interview mit Canalejas in Madrid über dessen religiöse Politik folgendes: Canalejas erklärte: In Zukunft werden in Spanien, wie bereits in allen zivilisierten Ländern der Welt, neben katholischen auch protestantische Kirchen und Synagogen bestehen und errichtet werden. Und alle diese Gotteshäuser werden an ihren Toren die Zeichen ihres konfessionellen Charakters ungehindert tragen dürfen. Das ist ja gerade das, wogegen die Klerikalen heute (also im 20. Jahrhundert) noch so lebhaften Einspruch erheben. Dieser Einspruch genügt, um die Lage zu kennzeichnen, in der Spanien wahrlich nicht zu seinem Vorteil sich befindet. Was die religiösen Orden betrifft, so verlangen wir nur, daß sie den spanischen Gesetzen unterstellt werden, und daß sie die spanischen Gesetze anerkennen, wie alle Bürger. Wir verlangen, daß die Ordensbrüder denselben Pflichten unterworfen werden wie ihre weltlichen Mitbürger, da sie doch auch dieselben Freiheiten und Rechte genießen wie diese. Man wirft uns vor, daß man diese benachteiligen wolle. Ich versichere, daß mir nichts fernliegt, daß die Ordensbrüder der Kongregationen vorsprechen werden, ihre Rechte zu besitzen. Als erste Maßregel nach der Erledigung der beanstandeten Wahlergebnisse wird die Regierung einen Gesetzentwurf einbringen, der vorläufig die Gründung von neuen Ordensverbänden untersagt, solange ein endgültiges Regime nicht eingeführt ist.

### Schweden.

#### Die Wahlerfolge der Sozialdemokratie.

Die Wahlen zu den Landsting, deren Endergebnis jetzt vorliegt, haben trotz des ja noch immer reichlich plutokratischen Pluralismensystems unseren Parteigenossen recht gute Erfolge gebracht und auch dazu geführt, daß nach und nach eine immer stärkere sozialdemokratische Fraktion in die Erste Kammer einzieht. Sozialdemokratische Stimmen sind in den 25 Vän der Landstinggebieten 403 720 abgegeben worden, und zwar von 60 500 Wählern, liberale Stimmen 1 068 560 von 172 590 Wählern und konservative Stimmen 1 540 110 von 157 830 Wählern. Gewählt sind in die Landsting 125 Sozialdemokraten, 424 Liberale und 668 Konservative. Würden die Landsting und die Stadtverordneten mit einem Male und über das ganze Land die Abgeordneten der Ersten Kammer zu wählen haben, so hätte die Sozialdemokratie nach dem Proportionalssystem Anspruch auf siebenzehn Mandate. Aber in einigen Landsting sind unsere Genossen so schwach, um ihren Kandidaten durchgehen zu können, und dann gehen die Wahlen zur Ersten Kammer auch nicht mit einem Male, sondern nach und nach vor sich. In diesem Herbst werden zwei oder drei Sozialdemokraten in das Oberhaus gewählt werden, und im nächsten Jahre ungefähr

ebenso viele, wenn nicht durch eine Auflösung des ganzen Reichstages für eine schnellere Erneuerung der Kammer gefordert wird. Auf jeden Fall aber wird binnen wenigen Jahren eine 14 oder 15 Mann starke sozialdemokratische Fraktion den bisher erreaktionären Gesetzgebern erster Güte zu schaffen machen, abgesehen davon, daß auch die Liberalen in weit größerer Zahl, als es ihnen bisher möglich war, in die Erste Kammer einziehen. Daß diese Kammer eine ziemlich weitgehende Veränderung in ihrer Zusammensetzung erfährt, ist das wichtigste an den Landstingwahlen, wenngleich natürlich auch der Umstand keineswegs zu unterschätzen ist, daß unsere Genossen in den Landsting ihren Einfluß auf die Provinzialangelegenheiten machen können, und auch in diesen Körperschaften die Reaktion bedeutend geschwächt ist.

### Türkei.

#### Der albanische Aufstand.

Salonik, 19. Juni. Der Einmarsch der Truppen in das Gebiet von Malakha ist auf Schwierigkeiten gestoßen, weil die Albanen an mehreren Orten Widerstand leisteten. Die Truppen verjagten schließlich die Albanen und nahmen eine Anzahl von ihnen fest. Es wurde damit begonnen, die Bevölkerung zu entwaffnen. Die Truppen, die zum Teil von den Höhen herab beschossen wurden, verloren zwei Offiziere und 16 Mann. Das Expeditionskorps besteht aus 27 Bataillonen.

### Amerika.

#### Sozialistische Gemeindepolitik.

Genosse Seidel, Mayor von Milwaukee, hat einem Brooklyner Parteigenossen, der ihm die Bestellung eines Bürgerlichen Rates zum Gesundheitsverwalter der Stadt zum Vorwurf gemacht hatte, in einem offenen Briefe geantwortet. Er erklärt, daß man in Milwaukee für politische Zwecke nur Parteigenossen gewählt habe. Wo es sich aber um technische Posten handle, dürfe nur die fachliche Befähigung maßgebend sein. Dr. Ruder, der neue Stadtarzt, sei kein Politiker, habe sich aber als Hygieniker, durch Bekämpfung der Venenpest an der Küste des Stillen Ozeans, des gelben Fiebers in Neu Orleans u. a. einen Weltruf erworben. „Der Sozialismus müßte ein Heilschlag sein, wenn er sich nicht als wissenschaftliche Lösung des sozialen Problems bewährte.“

Als sozialistischer Bürgermeister wurde Genosse Gallard in Jerome (Arizona) gewählt. Ein zweiter Genosse wurde Mitglied des Gemeinderats.

### Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

#### Sitzung am Montag, den 20. Juni.

Die weitere Aussprache über das Verhältnis der Landfrankenklassen zu den Ortsfrankenklassen brachte wieder einmal eine erbauliche Auseinandersetzung der Zentrumsabgeordneten untereinander. Das hatte seinen Grund darin, daß die Abg. Herold und Zrl die denkbar reaktionärsten Ansichten vertraten. Abg. Herold verließ sich zu der Behauptung, daß die Frankenkassen um so besser wirken können, je kleiner sie sind. Abg. Zrl hielt der bayerischen Regierung eine Strafpredigt deshalb, weil sie die „so billige“ Gemeindeversicherung preisgegeben hätte. Diesen beiden Zentrumsrednern trat der Zentrumsabgeordnete Becker entgegen. Er beehrte Herrn Herold, daß eine solche „Nebertreibung“ der Dezentralisation, wie Herr Herold sie gefordert hatte, „Unsinn“ sei. Ebenso entschieden wendete er sich gegen die Gemeindeversicherungen, für die er sich schon deshalb „unter keinen Umständen“ erklären könne, weil auf die Vermittlung weder die Arbeiter noch die Arbeitgeber den ihnen gebührenden Einfluß hätten.

Schließlich wurde die Bestimmung, daß in gewissen Gebieten keine Landfrankenklassen, sondern nur allgemeine Ortsfrankenklassen errichtet werden, von den Konservativen, Nationalliberalen und der Mehrheit des Zentrums in einer Beziehung beschränkt. Die Bestimmung soll nur für das ganze Gebiet des Bundesstaates zulässig sein, nicht aber auch, wie es die Vorlage forderte, für Gebiete des Bundesstaates. Außerdem beschloß die Mehrheit, daß die Bestimmung der Landesregierung erteilt wird.

Die Vorlage sieht auch vor, daß in gewissen Bezirken nach den besonderen örtlichen Verhältnissen neben der allgemeinen Ortsfrankenklasse eine Landfrankenklasse errichtet werden darf. Das soll dort geschehen, wo die Landfrankenklasse nicht mindestens 500 Pflichtmitglieder haben würde.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die unterste Grenze für die Landfrankenklassen 1000 Mitglieder sein solle. Der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler, Polen und Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Auf der anderen Seite wollten die Nationalliberalen, Konservativen und ein Teil des Zentrums die Mindestzahl der Mitglieder für die Landfrankenklassen noch weiter heruntersetzen, als es in der Vorlage bereits geschieht, nämlich auf 200 (Antrag von Camp) und auf 100 (Antrag Graf v. Westarp). Aber auch diese Anträge fanden nicht die Mehrheit, sondern der Vorschlag der Vorlage wurde angenommen.

Außerdem soll nach der Vorlage es in anderen Fällen dem Ermessen der Behörden überlassen sein, ob neben der allgemeinen Ortsfrankenklasse eine Landfrankenklasse errichtet werden soll oder nicht. Dies soll zulässig sein dann, wenn das Versicherungsamt nach Anhören beteiligter Arbeitgeber und Versicherungsnehmer und das Oberversicherungsamt es genehmigt, daß keine Landfrankenklasse errichtet wird.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde, gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen, hinzugefügt, daß bei der Entscheidung des Versicherungsamts in dieser Sache auch die Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber mitwirken sollen. Dagegen wurde ein anderer Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt, daß in diesen Fällen keine Landfrankenklasse errichtet werden darf. Die Entscheidung bleibt also, wie es die Vorlage wollte, dem Ermessen der Behörde überlassen.

Die Vorlage will auch den entgegengesetzten Fall berücksichtigen, wenn nämlich mit Rücksicht auf eine Landfrankenklasse von der Errichtung einer Ortsfrankenklasse Abstand genommen wird. Dies soll zulässig sein, wo die Ortsfrankenklasse nicht mindestens 500 Pflichtmitglieder haben würde und es die oberste Verwaltungsbehörde genehmigt.

Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß die Arbeiter, die eigentlich Pflichtmitglieder der Ortsfrankenklasse sein müßten, schwer geschädigt würden. Deshalb dürften unter keinen Umständen diese Arbeiter in eine Landfrankenklasse hineingezwungen werden. Da die Mehrheit der Kommission für Errichtung des Abfahrs nicht zu haben war, beantragten die Sozialdemokraten, daß nur dann von der Errichtung der Ortsfrankenklasse Abstand genommen werden kann, wenn auch die Mehrheit der Personen zustimmt, die Pflichtmitglieder der Ortsfrankenklasse sein würden. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt.

Eine ausgedehnte Debatte rief der Paragraph der Vorlage hervor, der anführt, welche Gruppen der Versicherten den Landfrankenklassen als Mitglieder angehören sollen. Es sind dies in der Regel die in der Landwirtschaft Beschäftigten, die Diensthöfen, die im Handgewerbe Beschäftigten sowie die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten.

Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß sie überhaupt Gegner der Landfrankenklassen mit ihren noch geringeren Leistungen als die der Ortsfrankenklassen seien. Da sie es aber nicht verhindern könnten, daß die Landfrankenklassen errichtet werden, so beantragten sie die Beschränkung der Mitglieder auf einen möglichst kleinen Kreis: Von den in der Landwirtschaft Beschäftigten sollten die Gärtnerarbeiter ausgenommen werden. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, jedoch ein Antrag Behrens angenommen, nach dem die in der Gärtnerei Beschäftigten, sofern es sich nicht um landwirtschaftliche Nebenbetriebe handelt, Mitglieder der allgemeinen Ortsfrankenklassen sein müssen.

Ferner sprachen sich die Sozialdemokraten entschieden dagegen aus, daß alle Diensthöfen, Wanderarbeiter, Hausindustrie und Heimarbeiter in die Landfrankenklassen hineingezwungen werden sollen. Mit den Dienstmädchen mache man sogar den Landfrankenklassen ein Geschenk und belasse die Ortsfrankenklassen. Denn in den jungen Jahren werden die Dienstmädchen sehr selten krank. Dann sind sie in den Landfrankenklassen. Später aber, wenn sie verheiratet sind und in die Fabrik gehen, oder sich freiwillig versichern oder an der Familienversicherung ihres Mannes Anteil haben, belassen sie die Klasse sehr stark. Dann sind es in der Regel die Ortsfrankenklassen, die diese Kosten tragen müssen. Ebenso sei es sachlich ganz und gar nicht berechtigt, die anderen Arbeiter, die nicht in der Landwirtschaft beschäftigt sind, in die Landfrankenklassen zu verweisen.

Dem schloß sich auch Abg. Dr. Mugdan an. Schließlich wurde jedoch die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und des Polen angenommen. In der Debatte hatte noch Geheimrat Spielhagen erklärt: In dem derzeit an den Reichstag gelangenden Entwurf des Ausführungsgesetzes sei Vorkehrung dagegen getroffen, daß Arbeiter, die jetzt einer Ortsfrankenklasse angehören, nach dem neuen Gesetz Mitglied einer Landfrankenklasse werden und dadurch geschädigt werden könnten.

Da ein Bezirk keine allgemeine Ortsfrankenklasse, so sollen nach der Vorlage auch die Ortsklassenpflichtigen in die Landfrankenklasse gehören. Um die hier von betroffenen Arbeiter vor Schaden zu bewahren, beantragten die Sozialdemokraten: Die Arbeiter sollen das Recht haben, der nächstgelegenen Ortsfrankenklasse beizutreten. Den Ortsklassenpflichtigen aber, die der Landfrankenklasse angehören, muß die Landfrankenklasse gegen entsprechende Beiträge solche Leistungen gewähren, die den jahresgemäßen Leistungen der nächstgelegenen Ortsfrankenklasse mindestens gleichwertig sind. Beide Anträge wurden aber abgelehnt.

#### Fortsetzung Dienstag.

### Aus der Partei.

#### Wendelin Weichheimers Begräbnis.

Am 20.000 Arbeiter gaben am Sonntag auf dem Zentralfriedhof in Nürnberg dem verstorbenen Genossen Wendelin Weichheimer das letzte Geleit zum Grabe. Die kolossale Teilnahme an der Beisetzung zeigt, welche Liebe die Arbeiter der Arbeiterbewegung erworben hatte. Nachdem das Philharmonische Orchester, dessen Dirigent Weichheimer öfters war, seine Trauerweisen beendet hatte und die 1800 Arbeiterfänger ihrem toten Meister den letzten Gruß dargebracht, senkte sich unter dem Gruß von 24 Sängern und unter dumpfem Trommelschlag der Arbeiterturner der Sarg in die Grube. Dann würdige Genosse Dr. Maurenbrecher als Begräber der freireligiösen Gemeinde in dreiviertelstündiger Grabrede die geschichtliche Bedeutung Weichheimers und was er für die Bildungsbestrebungen des Proletariats war. Zum Schluß der imposanten Feier türmte sich am Grabe ein Berg von Kranzen auf: der Arbeiterfänger, der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften, der Jugendorganisation. Unter den Kranzbindungen von auswärtig befindlich sind die des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, des Deutschen Arbeiterfängerbundes, der Arbeiterfänger von Darmstadt und von Mainz und eine vom Kapellmeister Hildebrandt, Berlin usw.

Die Arbeiterfänger Nürnbergs und die Arbeiter im allgemeinen haben durch das Hinscheiden Weichheimers einen unersehlichen Verlust erlitten. Trotz seines hohen Alters hatte er sich ihnen ohne Eigennützigkeit vollständig gewidmet. Der größte Teil seiner idealen Pläne blieb jedoch unerfüllt. Eben war er daran, einen Frauenchor zu bilden, um durch einen gemischten Chor Kongerte für die Arbeiter zu veranstalten. In der werdenden Gartenstadt Nürnberg wollte er eine freie Volkshöhle gründen, wozu er die Mittel zur Verfügung zu stellen versprochen. Ein einfacher, würdiger Kunsttempel sollte es werden inmitten einer modernen Arbeiter-Gartenstadt. Aber mitten im Schaffen hat den 72jährigen, ewig-jungen Geistes der Tod ereilt — am Klavier, nachdem er das erste für den Frauenchor bestimmte Lied (O Lieb, so lang du lieben kannst) eben fertiggestellt hatte.

#### Die Erhöhung der preussischen Zivilliste.

Aus den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über die Erhöhung der Zivilliste des Königs gibt die Buchhandlung Vorwärts die Neben der beiden sozialdemokratischen Vertreter Paul Girich und Adolf Hoffmann heraus. Die Broschüre trägt den Titel: „Die Erhöhung der Kronstation.“ Sie kommt von heute ab zur Versendung und kann durch die Parteibuchhandlungen und Kolporteurs bezogen werden. Der Preis ist 15 Pfennig. Eine Agitationsausgabe auf billigerem Papier und ohne Umschlag, die nur für die Massenagitation geeignet ist, kostet pro tausend Exemplare 22,50 M.

#### Som Anarchismus zum Sozialismus.

Die in Chicago erscheinende „Arbeiterzeitung“, viele Jahre das Organ der Anarchisten, ist zur sozialdemokratischen Partei übergetreten. 1878 gegründet, hat sie bis 1883 in sozialdemokratischem Sinne gewirkt. Dann gab sie den politischen Kampf auf und vertrat anarchische Ideen. Als 1886 der Kampf gegen die Anarchisten gewaltsam geführt wurde, unterdrückte man auch die „Arbeiterzeitung“. Damals trat Joseph Diehgen in die Presse und redigierte das Blatt als Sozialdemokrat, bis ihn nach einigen Monaten die Anarchisten wieder verdrängten.

Jetzt haben die deutschen Gewerkschaften, die die Mittel zum Erscheinen des Blattes liefern, mit 219 gegen 23 Stimmen beschloffen, daß es künftig politische und ökonomische Aktion betreiben solle, ohne direkt Parteiorgan zu werden. Wieder ein Schritt zur Konsolidierung und Ausbreitung der amerikanischen sozialistischen Bewegung.

#### Zum internationalen Kongress in Kopenhagen.

In Chemnitz sprach am Sonnabend Genosse Reichstagsabgeordneter Kosske in einer Parteiversammlung über die Bedeutung des internationalen Kongresses. Die Versammlung wählte ihn sodann zum Delegierten.

#### Ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher.

In Böllig, einer größeren Ortschaft bei Ronneburg (Sachsen-Altenburg) ist am 17. Juni der Genosse Friedrich Sauche zum Gemeindevorsteher gewählt worden. An eine Befähigung ist bei den Verhältnissen in Sachsen-Altenburg nicht zu denken. Die altbürgerliche Regierung ist noch reaktionärer wie die preussische. Vor zwei Jahren wurde in Böllig bereits ein Sozialdemokrat zum Ortsvorsteher gewählt, aber nicht bestätigt.

#### Som Fortschritt der Parteipresse.

Die Abonnentenzahl der „Münchener Post“ hat seit dem 1. Januar dieses Jahres um 6000 zugenommen. — Vom neuen Quartal ab wird unserem Münchener Parteiorgan eine besondere Frauenbeilage beigelegt werden. Die unter dem Titel „Frauenpost“ firmierende Beilage erscheint monatlich zweimal, steht unter der Redaktion der Genossin Gaeny-Luz und soll den besonderen Interessen der proletarischen Frauen dienen.

# Gewerkschaftliches.

## Die Aufnahme der Arbeit im Baugewerbe

vollzieht sich nicht ohne Reibungen. In einer ganzen Reihe von Orten haben die Arbeiter die Aufnahme der Arbeit vorläufig abgelehnt. Soweit dies geschehen ist, um erst die Parole des in Charlottenburg tagenden gemeinsamen außerordentlichen Verbandstages der Maurer und Bauhilfsarbeiter abzuwarten, wird man dagegen nicht erinnern können. Es ist ein Zeichen der Stärke, daß die organisierten Bauarbeiter beim Abbruch des Kampfes die geöffneten Bauten nicht ohne weiteres stürmen. Soweit die Aufnahme der Arbeit aber abgelehnt wird, weil man mit den materiellen Errungenschaften der Bewegung nicht einverstanden ist, liegt die Sache doch anders. In dieser Richtung können die einzelnen Mitgliedsklassen — ob sie nun recht oder unrecht mit ihrer Unzufriedenheit haben — keine Entscheidung mehr treffen, weil solche Entscheidung durch die Annahme des Schiedsspruches bereits getroffen ist.

In dem von den Unparteiischen am 31. Mai unterbreiteten Schiedsspruch heißt es im sogenannten „Mantel“: „Die Zentralorganisationen haben bis Montag, den 6. Juni, abends 9 Uhr, dem Reichsausschuss des Innern ihre Erklärung über die Annahme der Vor schläge einzureichen.“

Das ist denn auch — allerdings widerstrebend — in zustimmendem Sinne geschehen.

Dann heißt es in dem „Mantel“ weiter:

„Im Falle der Annahme haben die Verhandlungen über den Abschluß der örtlichen Verträge sofort zu beginnen. Die abgeschlossenen Verträge sind längstens bis Montag, den 13. Juni, vormittags 10 Uhr, an die Zentralorganisationen zur Genehmigung einzuschicken.“

Kommt in einem Vertragsgebiete bis dahin kein Vertrag zustande, so sind die Anträge der Parteien, bis zum gleichen Zeitpunkt einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Das Schiedsgericht besteht aus drei vom Arbeitgeberbund und drei von den Zentralverbänden der Arbeiter benannten Vertretern sowie aus den drei unterzeichneten Unparteiischen.

Das Schiedsgericht tritt am 13. Juni d. J. zusammen und entscheidet endgültig. (1)

Indem die Generalversammlungen der Arbeiter dem Schiedsspruch zustimmten, erklärten sie sich also auch damit einverstanden, daß die Entscheidung des Schiedsgerichtes eine endgültige sei. Das Schiedsgericht wurde durch die Fälle der örtlichen Konflikte auf den Ausweg gedrängt, statt der Einzelentscheidungen eine generelle Entscheidung zu treffen. Diese konnte natürlich nicht alle Orte befriedigen. Aber das gibt diesen kein Recht, die Entscheidung des Schiedsgerichtes abzulehnen. Es geht nicht an, daß diese nur da „endgültig“ ist, wo sie voll befriedigt.

Auf dem außerordentlichen Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter im Charlottenburger Volkshaus machte sich viel Zustimmung mit dem Schiedsspruch bemerkbar. Bömeburg empfahl seine Annahme. Auch er ist nicht voll befriedigt. Immerhin führte er aus: 16 Lohngebiete, die 394 Orte umfassen, erhalten nach dem Schiedsspruch an Stelle der 10- bis 9 $\frac{1}{2}$ -stündigen Arbeitszeit, während in 24 Lohngebieten mit 241 Orten die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden reduziert wird. Ferner erhalten dort, wo der Unterschied zwischen dem Lohn der Maurer und dem der Hilfsarbeiter mehr als 13 Pf. beträgt, die letzteren einen Pfennig Zulage. Wenn man niedrig rechnet, erklärt der Redner weiter, kommt die 5 Pf.-Zulage 235 000 Maurern und Zimmerern zugute. Für die 4 Pf.-Zulage kommen 150 000 Hilfsarbeiter und Zimmerer in Betracht. Doch wird diese Zahl in Wirklichkeit noch weit überholt, da diese Zahlen sich auf eine im Krisenjahr 1908 aufgenommene Statistik aufbauen, so daß man ungefähr 500 000 Personen rechnen kann. Von der Verkürzung der Arbeitszeit ziehen insgesamt circa 30 000 Personen Nutzen. Das sei doch auch zu berücksichtigen.

Redner schließt: Wir haben kein zufriedenstellendes, aber ein annehmbares Ergebnis erreicht. Stellen wir uns mit beiden Füßen auf die Erde und lernen wir, Siege, die erungen sind, auch als solche anzuerkennen. Füllen Sie heute keine Entscheidung ohne Ueberlegung, die sie später bereuen könnten. (Bravo!) Nach der sehr wirkungsvollen Rede Bömeburgs, die unter voller Ruhe aufgenommen wurde, setzte eine sehr lebhafteste Debatte ein. In temperamentvollen Ausführungen kritisierten fast sämtliche Redner das Ergebnis des Schiedsspruches und brachten ihre Unzufriedenheit scharf zum Ausdruck. Unter voller Würdigung der Arbeit der Streikleitung wurde erklärt, daß das Resultat in keiner Weise den Erwartungen der Mitglieder entspreche. Die Vertreter mehrerer Lohngebiete forderten rund heraus Ablehnung des Schiedsspruches und Fortführung des Streiks. Ein Teil der Redner drohte, daß ihre Orte unter allen Umständen im Streik verharren würden. Sie würden es nicht wagen, mit der Lösung, die Arbeit aufzunehmen, nach Hause zurückzugehen und vor ihre Kollegen in der Heimat zu treten.

Bäprow trat in längeren Ausführungen und oft von Zwischenrufen unterbrochen warm für Annahme des Schiedsspruches ein.

Auch Silbermann empfahl in eindringlicher Weise, die Einigkeit hochzuhalten und daheim den Mitgliedern klarzumachen, daß das Ergebnis der Verhandlungen für die Organisation von eminenter Bedeutung ist. Redner spricht die Ueberzeugung aus, daß jeder einzelne dafür sorgen werde, daß in den örtlichen Verhältnissen eine Regelung stattfindet und alle Kollegen von der Notwendigkeit der einmütigen Zustimmung zum Schiedsspruch durchdrungen sein werden, so daß allerorts die Arbeitsaufnahme in vollem Umfange vor sich gehen kann.

Ein nachfolgender Redner erklärt, daß es für sie in Wilhelmshaven unmöglich sei, sich auf diesen Schiedsspruch festzuliegen. Sie könnten mehr erreichen. Unten den dortigen Kollegen herrsche eine tiefgehende Erregung, er rote Bömeburg und Bäprow, selbst einmal hinzufahren und seinen Kollegen in der Heimat die Annahme des Schiedsspruches zu empfehlen.

Behrendt greift ebenfalls in die Debatte ein und hebt die Vorteile der Schiedsgerichtsentscheidung hervor, die besonders für die Bauhilfsarbeiter nicht zu unterschätzen seien.

Von den nachfolgenden Rednern rufen mehrere dringend, dem Schiedsspruch zuzustimmen, der Vertrag bringe den Kollegen in kleineren Orten enorme Vorteile und biete ihnen eine erhöhte Sicherstellung den Unternehmern gegenüber. Die Position der Arbeiter draußen in den ländlichen Kreisen ist eine wesentlich schwierigere als in der Großstadt, wo eine große, geschlossene Masse vorhanden ist. Es sei nicht gekommen, wie man es gewünscht habe, jedoch sei angesichts der Sachlage auch durch einen verlängerten Streik nicht mehr zu erreichen. Einem Zerwürfnis, einer Zerspaltung in den eigenen Reihen müsse energisch Verhütet werden. Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil vorantw.

entgegengesetzten werden und das beste Mittel sei, die Arbeit einmütig aufzunehmen und die Grobenden aufzuklären und zu beruhigen.

Am Schlusse der Debatte griff Bömeburg noch einmal ein, indem er einige Punkte aufklärte, bzw. richtigstellte. Der Kongress wird auf Dienstag vertagt.

## Berlin und Umgegend.

### Die Aussperrung bei der Firma Bergemann.

Eine Betriebsversammlung aller bei der Firma Bergemann, Dudenarder Straße, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand Sonntagvormittag in den Pflanzsälen statt. Die Streikenden und Aussperrten muften einen besonderen Saal in Anspruch nehmen, da diejenigen, die noch in Arbeit stehen, in Massen erschienen waren, um den Aussperrten ihre volle Sympathie zu bezeugen. Einige Abteilungen des großen Betriebes, besonders die Werkzeugmacher, waren begierig, den kämpfenden Arbeitshärdern sofort die wirksamste Hilfe zu leisten, aber die Organisationsvertreter nahmen diese Hilfe noch nicht an, denn sie hoffen, daß die Direktion die rigorosen Maßnahmen zurücknehmen und den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen werde. Der Referent Bahm legte der Versammlung nach Darstellung der Sachlage eine Resolution vor, die in einer kurz vorhergegangenen Vertrauensmännerversammlung allgemeine Zustimmung gefunden hatte. Gegen vereinzelte Stimmen wurde die Resolution nach kurzer Besprechung angenommen; sie lautet:

„Die am 19. Juni tagende Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Bergemann nimmt Kenntnis von den Ursachen, die zu dem Streik und der Aussperrung führten, und erkennt die angeordneten Maßnahmen der Organisationsleitungen als durchaus berechtigt an. Die Versammelten sprechen den im Abwehrkampf stehenden Kollegen und Kolleginnen ihre vollste Sympathie aus. Um nun der Direktion von dieser Auffassung der noch im Betrieb beschäftigten Arbeiterschaft Mitteilung zu machen, zugleich aber auch der Direktion Gelegenheit zu geben, die Differenzen durch Rügefindnisse beizulegen, beauftragt die Versammlung eine Kommission, bei der Direktion vorstellig zu werden und eventuell zu verhandeln. Sollte die Firma diesen letzten Versuch, einen Frieden herbeizuführen, nicht annehmen, so muß die Arbeiterschaft jede Verantwortung für die Folgen ablehnen; die Verantwortung trifft dann die Direktion. — Die Versammelten verpflichten sich, zu jeder Zeit zur Stelle zu sein, wenn die Organisation ruft, und alle Anordnungen der Organisationsleitungen zu befolgen.“

Eine Kommission, aus 5 Mitgliedern bestehend, wurde sogleich gewählt.

Vor den Streikenden und Aussperrten hielt Fromke vom Transportarbeiterverband eine Ansprache.

Mit Genehmigung wurde konstatiert, daß die Arbeiter des Betriebes bis jetzt die Solidarität glänzend gewahrt haben. Von den etwa 2500 Arbeitern des Betriebes in der Dudenarder Straße suchte die Direktion aus den verschiedenen Abteilungen die Arbeiter zur Aussperrung aus, aber diesem Beginnen sahen die Organisationen nicht unartig zu und zogen ihrerseits die Arbeiter heraus, die die Direktion gern behalten hätte, und die Arbeiter zögerten nicht, wenn sie von der Organisation gerufen wurden. Es hängt von dem Verhalten der Direktion ab, wie sich der Kampf entwickeln wird, denn neben der Abwehr gegen die Freiherabsetzungen gilt es noch andere Verbesserungen der Verhältnisse zu gewinnen. Die Maßregelungen der Vertrauensleute müssen aufhören, die Verhandlung muß im allgemeinen eine bessere werden. Die Wünsche der Arbeiter in den einzelnen Abteilungen sind selten Gehör, wenn sie auch noch so berechtigt sind. So werden zum Beispiel aus dem Kontrollorabteilung Dünzels Klagen vorgebracht über mangelnde Rührstände, die in dieser 4 Treppen hoch gelegenen Werkstatt herrschen. Die Leute müssen wochenlang mit 55 Pf. Stundenlohn zufrieden sein; sie können keine Afforde bekommen, weil es oftmals an Einzelteilen und an dem notwendigen Material mangelt. Viel Zeit geht verloren, wenn die Arbeiter sich jede Schraube oder andere Einzelteile erst besorgen müssen und vier Treppen auf- und abwärts zu laufen haben. Es mangelt auch an den nötigen Bauwerkzeugen. Andererseits ist wieder die Antreiberei groß; die Kontrolleure dieser Abteilung haben sich durch ihr anmaßendes Auftreten verhalten gemacht. — Klagen dieser Art sollten zum mindesten geprüft werden, damit nicht unheilvolle Rührstände sich einstellen, von denen die Arbeiter den Schaden haben.

### Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Zentrale Berlin I.

Bei der am Montag, den 13. Juni cr., vorgenommenen Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Hamburg wurden 1680 gültige Stimmen abgegeben. Dervon erhielten Freyemann 1450, Falkenstein 1474, Faustmann 1425, Gebauer 1476, Haase 1495, Gaudold 1440, Kaschewski 1363, Knoop 1619, Kriente 1546, Kunze 1561, Rai 1403, Milowanow 1404, Rier 1445. Da zwölf Delegierte zu wählen waren, so ist der Kollege Kaschewski nicht gewählt.

Zerspaltung waren insgesamt 43 Stimmen.

Die Ortsverwaltung.

### Zur Lohnbewegung der Schmiede.

Wie uns mitgeteilt wird, verbreiten die Innungsmeister das Gerücht, daß die Lohnbewegung erledigt sei. Wir bemerken hierzu, daß bei den Herrn Meistern der Wunsch wohl der Vater des Gedankens war. Wenn auch die Meister bereits schon Lohnzulagen und schöne Verprechungen gemacht haben, so sind die Kollegen doch nicht töricht genug, darauf hineinzufallen, da sie ganz genau wissen, daß alle Verprechungen gebrochen werden, wenn dieselben nicht durch einen Tarif mit der Organisation festgelegt sind. Die Schmiedegesellen Groß-Berlins lassen sich nicht täuschen. Die Reugier der Herrn Meister, wann denn eigentlich die Arbeit niedergelegt wird, soll bald befriedigt sein, nur bemerken wir, daß die Kollegen sich über den Termin der Arbeitsniederlegung von seiten der Meister keine Vorschriften machen lassen, sondern denselben allein bestimmen. Unsere Kollegen weisen wir heute schon darauf hin, daß am Sonntag, den 20. Juni cr., bei Freyer, Kopenstr. 20, eine Versammlung stattfindet, zu der auch die Herrn Meister geladen werden. In dieser Versammlung wird der Bericht über die bisherigen Verhandlungen gegeben sowie über alle weiteren Maßnahmen beschlossen werden.

**Achtung, Kupferschmiede.** In bürgerlichen Zeitungen werden von Agenten Arbeitswillige nach den schon bekannten Streikorten gesucht. Um die Kollegen vor Schaden zu bewahren, ersuchen wir nur durch unseren Nachweis in der Gartenstr. 101 Arbeit anzunehmen.

Verband der Kupferschmiede, Zentrale Berlin.

**Vom Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein** erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Sonntagnummer des „Vorwärts“ befindet sich im Anschluß an den Bericht der Berliner Gewerkschaftskommission eine Tabelle, die bei der Mitgliederbewegung bei den Gärtnern eine Minderung gegen das Jahr 1908 von 112 vorschlägt. Hier muß eine Anmerkung erfolgen, damit unsere Christen nicht daraus Kapital schlagen. In Wirklichkeit ist nämlich ein Fortschritt zu verzeichnen. Im Jahre 1908 gab es bei uns 1030 Mitglieder an. Am Schlusse des Jahres 1909 zählten wir 1078, hatten also einen Fortschritt von 48 Mitgliedern. Die niedrigere Zahl in der oben angelegenen Tabelle ist entstanden, weil wir von den wirklich vorhandenen 1078 Mitgliedern die Mitglieder bei der Meldung an die Gewerkschaftskommission abgezogen, die in selbständigen Kartellen anständig sind, wie z. B. in Sieglitz, Potsdam, Wannsee, Groß-

Walden oder in Orten, die kein Kartell oder keine Unterkommision haben, wie Seehof, Falkenrebe, Nikolasssee, Baumshuldenweg. Für diese Orte haben wir 150 Mitglieder abgezogen. Das würde auch aus der Anmerkung auf Seite 57 des Jahresberichts hervorgehen, wenn dort nicht die Sache ins Umgekehrte verkehrt und nicht eine falsche Zahl angegeben wäre. (1057 ist die Zahl von 1907.) Wir bitten also kurz zu berichten, daß die Mitgliederzahl um 150 höher ist, also 1078 Mitglieder beträgt.

Die Potsdamer und Nowaweser Friseurgehilfen stehen im Kampfe um den Raitz-Lohnschlag. Eine Versammlung mit den Arbeitgebern verlief resultatlos. In einer zweiten Versammlung, an der nur Gehilfen teilnahmen, wurde beschlossen, Unterschriften zu sammeln. In Betracht kommen etwa 80 Geschäfte. 20 haben bereits zustimmende Erklärungen abgegeben. Leider fehlt in Potsdam und Nowawes die Organisation, denn nur 8 Barbiers sind Verbändler. Die übrigen stehen voll und ganz unter dem Zwange der Innung.

## Deutsches Reich.

### Zwangsarbeitsnachweis in der Metallindustrie in Lüdenscheld.

In der Metallindustrie in Lüdenscheld wird voraussichtlich am 1. Juli ein Zwangsarbeitsnachweis der Unternehmer eingeführt werden. Die Bestimmungen, die das Statut enthält, das dem Metallarbeiterverband in die Hände gelangt ist, sind recht rigorose. Es ist mit Hilfe des Nachweises möglich, die Arbeiter noch genauer zu beobachten und zu bestrafen, als das in Mannheim und anderen Orten der Fall ist. Unter den Lüdenscheld Metallarbeitern herrscht große Erregung. Freitag abend fanden zwei Demonstrationenversammlungen statt, in denen das Statut des Zwangsarbeitsnachweises besprochen und Protest gegen den geplanten Willkürakt der Unternehmer erhoben wurde.

Der Metallarbeiterverband in Lüdenscheld hat durch die beabsichtigte Einführung des Zwangsarbeitsnachweises eine ganz erhebliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen.

## Aus Industrie und Handel.

Nicht gut, nicht schlecht.

In der am Montag abgehaltenen Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft äußerte sich Geheimrat Kirdorf wie folgt:

Die Geschäftslage ist weder schlecht noch gut. Glänzend ist sie auf keinen Fall, aber andererseits ist sie auch auf den meisten Gebieten doch zufriedenstellend. Der Kohlenmarkt leidet fortgesetzt unter den Nachwirkungen des außerordentlich schlechten Winters und unter den großen Beständen. Der Absatz ist im großen und ganzen nicht erfreulich. Die Beschäftigung nimmt nicht die volle Beteiligung in Anspruch. Mit diesen Zuständen werden wir weiter zu rechnen haben. Den vollen Ausbruch kann erst ein starrer Winter bringen. In der Industrie ist der Absatz befriedigend. Auf dem Rohstoffmarkt ist die Beschäftigung besser, ebenso wie im Vertriebsabzug, weil die Ausfuhr ziemlich stark ist und einen Ausgleich schafft. In Rohreisen ist die Beschäftigung sehr lebhaft, aber wir haben mit niedrigen Preisen zu rechnen und die Abschlässe, die im laufenden Jahre zu besseren Preisen erzielt wurden, sind zum Erlösande gekommen, weil die Rückwirkung des Auslandsmarktes nicht zu verkennen ist. In Südhessen ist die Beschäftigung gut, aber es ist auf der ganzen Linie ein Preisfall vorhanden. Die Verbände sind entweder auseinandergegangen oder ins Wanken gekommen. Günstiger sieht es im allgemeinen für Walzeisen-erzeugnisse, wo die Beschäftigung in A und B während der letzten Monate besser war und wo man in mancher Beziehung eine noch bessere Beschäftigung erwartet, nachdem die Befragnisse wegen des Bauarbeiterstreiks weggefallen sind. In A-Produkten hat sich die Beschäftigung gehoben, trotzdem der Hauptabnehmer in Eisenbahnmateriale sehr zurückbleibt. Der preussische Staat ist mit seinen Bestellungen außerordentlich zurückgeblieben und es wird auch heute noch lebhaft Klage geführt, daß selbst der Bedarf noch immer nicht herausgegeben wird. Dadurch werden die Werke, die besonders Eisenbahnmateriale herstellen, in Schwierigkeiten gebracht. Gelsenkirchen selbst hat damit wenig zu tun; hier ist die Beschäftigung recht gut. Was B-Produkte betrifft, so sind Verhandlungen im Gange, um den bestehenden Verabredungen eine feste Form zu geben. Es ist mit dem einzigen Werke, welches sich absehend verhält, engere Fühlung genommen und es läßt sich hoffen, daß da vielleicht ein günstiger Erfolg auch für die Preise erreicht werden wird. Gelsenkirchen hat in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres einen Bruttogewinn von 9,82 Mill. M., erzielt gegen 7,06 Mill. M. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, also bisher ein durchaus günstiges Ergebnis, das überwiegend dem Eisen zu verdanken ist. Die erfreuliche Steigerung wird sich aber in keinem Maße in gleichem Maße fortsetzen, weil sich schon im vorigen Jahre die Lage gebessert hat. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß das höhere Kapital mit 6 Proz. an der Dividende teilnimmt.

Der von der Verwaltung beantragte Abschluß eines Gemeinschaftsvertrages mit der Düsseldorf-Röhrenindustrie in Düsseldorf-Oberbühl wurde einstimmig genehmigt.

(Siehe auch 1. Beilage.)

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Hochwasser.

Wannheim, 20. Juni. (W. G.) Der Rhein und der Neckar sind seit gestern um 1 Meter gestiegen. Der untere Hafenbau ist überflutet und die Ladehalle der Schiffahrtsgesellschaft am Rheine-Vorland stehen unter Wasser. Der Waldpark ist vollständig überflutet. Der Neckar ist ebenfalls heute aus seinen Ufern getreten.

Tschita, (Transbaikalien), 20. Juni. (W. T. M.) Das Hochwasser des Zingobassins hat den Inselteil der Stadt überflutet. Da die Boote zur Rettung der Einwohner nicht ausreichten, sind mehrere Menschen ertrunken. Das Wasser steigt weiter.

### Verhaftung einer Diebesbande.

Kaden, 20. Juni. (W. G.) Die Kriminalpolizei verhaftete eine Diebesbande von 10 meist schon bestrafte, von auswärts zugewandene 20-22jährige Burschen, denen schon über 40 Einbrüche hier und in der Umgegend sowie an der holländischen Grenze nachgewiesen worden sind.

### Vom Schlafburschen erstochen.

München, 20. Juni. (W. G.) Hier wurde die 63 Jahre alte Hauswallerin Marie Kraus von dem mit ihr zusammenlebenden 44jährigen Tagelöhner nach kurzem Streit durch einen Messerschlag getötet. Der Täter ist verhaftet.

### Zugentleistung.

Berkales, 20. Juni. (W. G.) In der Nähe von Berkales entgleiste der Zug nach Granville. Es entstand unter den Reisenden eine furchtbare Panik eingebend der vorgestrigen Katastrophe bei Villepreux. Zwei Personen wurden verletzt. Der Schaden ist sehr bedeutend.

II. Generalversammlung des Deutschen Schuhbinder-Verbandes.

Erfurt, 17. Juni.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Redner der Kommission erstatteten Bericht und begründeten die von der Kommission ausgearbeiteten Anträge zur Beitragserhöhung und zum Unterstützungsweisen.

Vom Vorstand war der Antrag gestellt, die bisherigen Beiträge von 20, 30, 50, 60 Pf. auf 20, 35, 50, 80 Pf. zu nominieren.

Der Ausschuss hatte diesen Antrag aufgenommen, doch schlug er als Aenderung vor, ersiens auch die 20 Pf.-Klasse auf 25 Pf. zu erhöhen, zweitens, für den Fall, daß auch in der Urabstimmung die Invalidenunterstützung abgelehnt würde, den Höchstbeitrag auf 70 Pf. festzusetzen.

Ueber die Kommissionsvorschläge wurde den ganzen Vormittag debattiert. Die sehr lebhaft diskutierte Vorfrage warf sich hauptsächlich auf den Vorschlag, auch die unterste Beitragsklasse um 5 Pf. zu steigern.

Mit der Steigerung der zweiten und vierten Klasse erklärten fast alle Redner ihr Einverständnis, wenn auch von einzelnen der Satz von 65 Pf. für die vierte Klasse als das Höchste bezeichnet wurde, was man heute von den Mitgliedern verlangen könne.

Eine starke Strömung aber wandte sich entschieden gegen die Erhöhung der untersten Klasse und bat dringend, den Schritt nicht zu machen. Es sei für große Bezirke unmöglich, mit einem Beitrag von 25 Pf. Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zu organisieren.

Lieber sollten die weiblichen Mitglieder derjenigen Orte, wo einigermaßen anständige Lohnverhältnisse herrschen, zum Eintritt in die zweite Klasse bewegen werden, als das denjenigen, die beinahe gar nichts verdienen, die Möglichkeit, sich zu organisieren, immer schwerer gemacht werde.

Und nun entrollten einige Delegierte ein geradezu erschreckendes Bild von den Hungerlöhnen, mit denen besonders die weibliche Arbeitskraft in einzelnen Orten noch abgepeist wird.

Kloth konstatierte, daß z. B. in Würzburg Arbeiterinnen mit 5 Mk. pro Woche eingestellt werden, mit einer jährlichen Steigerung von pro Woche 50 Pf.; jedoch ist mit 9 Mk. der Höchstlohn erreicht, über den hinaus keine Steigerung mehr stattfindet!

Nicht viel anders sieht es in den Betrieben Erlangens aus. Und das sind Orte, wo die Organisation schon geltend eingreifen konnte. In den vielen Betrieben am Rhein, in der Pfalz usw., wo die Organisation noch nicht eingedrungen ist, werden die Verhältnisse sicher nicht günstiger sein.

Die Kollegin Kaufmann-Dresden schilderte, daß selbst in dieser Großstadt zahlreiche Arbeiterinnen für 6-8 Mk. pro Woche fronden müssen. Viele müssen die Waagen oder Elektrische zur Erreichung der Arbeitsstelle benutzen, wodurch ihr Hungerlohn noch um 60 Pf. bis 1 Mk. geschmälert wird.

Dazu kommen noch die Beiträge zur Krankenkasse. Diese Kolleginnen können nicht auskommen mit ihrem Verdienst. Die bitterste Not treibt sie dazu, die Unterstützungsanstalten des Verbandes bis zum äußersten auszunutzen, und manche Arbeiterin sei aus blinder Not schon auf ganz andere Wege verfallen.

Diesem elend bezahlten Schichten mag der Organisationsbeitrag ein schier unerschwingliches Opfer dünken, und doch ist auch für sie die äußerste Opferwilligkeit für die Organisation der einzige Weg, sich aus dem Elend herauszuheben.

Nach der eingehenden Plenarberatung trat die Kommission nochmals zur Beratung zusammen und änderte danach ihren Vorschlag für die erste Klasse auf 20 Pf. ab.

Die Berliner Delegation stellte den Antrag, die vierte Beitragsklasse auf 70 Pf. zu setzen. Wenn jedoch durch Urabstimmung die Invalidenunterstützung angenommen würde, solle der bisher fakultativ dafür erhobene Sonderbeitrag von 15 Pf. auf die 70 Pf. aufgeschlagen werden, so daß sich dann der Beitrag in dieser Klasse auf 85 Pf. stellen würde.

Der Antrag wurde in namenhafter Abstimmung mit 47 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Danach wurde die ganze Kommissionsvorlage, die außer der Aenderung der Beitragsätze Änderungen an der Hinterbliebenen-, Umzugs-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung vornimmt, gegen eine Stimme angenommen.

Nach dieser Vorlage stehen die zukünftigen Beiträge auf 20, 35, 50 und 80 Pf. Wenn jedoch in der Urabstimmung die Invalidenunterstützung zu Falle kommt, tritt anstatt des 80 Pf.-Beitrages ein 70 Pf.-Beitrag ein. Den weiblichen Mitgliedern steht es frei, in der 1. oder 2. Beitragsklasse, den männlichen, in der 3. oder 4. Beitragsklasse zu steuern.

In die 1. Beitragsklasse können auch jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren und Lehrlinge und in die 2. Beitragsklasse solche männlichen Mitglieder steuern, die nicht über 15 Mk. Wochenlohn verdienen. Mitglieder, die noch nicht 26 Wochen dem Verbands angehören und im Falle von Streiks oder Aussperrungen vom Vorstand Unterstützungen bewilligt erhalten, haben den vollen Beitrag während der Zeit der Unterstützung weiter zu zahlen.

Den Gauen und Zahlstellen verbleiben von den Beiträgen a 20 Pf. 8 Pf., a 35 4, a 50 7, a 80 9.

An den Sägen der Arbeitslosenunterstützung wurde nichts geändert. Jedoch wurde verfügt, daß wenn ein Mitglied sich weigert, tariflich entlohnte, den örtlichen Verhältnissen entsprechende Stellung anzunehmen, ihnen die Unterstützung am Ort entzogen werden kann. Ledige Mitglieder sind verpflichtet, unter denselben Umständen auch Stellung nach auswärts anzunehmen.

Die Sätze der Krankenunterstützung wurden für die erste und zweite Beitragsklasse geändert. Es werden in Zukunft gezahlt: Zu der 1. Beitragsklasse an weibliche und männliche Mitglieder: I. Nach 52 Wochenbeiträgen pro Tag — 40 Mk. — 16 Mk. — 50 Tage

nicht 26 Wochen dem Verbands angehören und im Falle von Streiks oder Aussperrungen vom Vorstand Unterstützungen bewilligt erhalten, haben den vollen Beitrag während der Zeit der Unterstützung weiter zu zahlen.

Den Gauen und Zahlstellen verbleiben von den Beiträgen a 20 Pf. 8 Pf., a 35 4, a 50 7, a 80 9.

An den Sägen der Arbeitslosenunterstützung wurde nichts geändert. Jedoch wurde verfügt, daß wenn ein Mitglied sich weigert, tariflich entlohnte, den örtlichen Verhältnissen entsprechende Stellung anzunehmen, ihnen die Unterstützung am Ort entzogen werden kann.

Die Sätze der Krankenunterstützung wurden für die erste und zweite Beitragsklasse geändert. Es werden in Zukunft gezahlt:

Zu der 1. Beitragsklasse an weibliche und männliche Mitglieder: I. Nach 52 Wochenbeiträgen pro Tag — 40 Mk. — 16 Mk. — 50 Tage

In der 2. Beitragsklasse an weibliche Mitglieder: I. Nach 52 Wochenbeiträgen pro Tag — 40 Mk. — 20 Mk. — 50 Tage

In der 2. Beitragsklasse an männliche Mitglieder: I. Nach 52 Wochenbeiträgen pro Tag — 40 Mk. — 20 Mk. — 50 Tage

Die sonstigen Änderungen am Reglement der Krankenunterstützung sind mehr redaktioneller Natur. Die Hinterbliebenenunterstützung wird künftig nach folgender Scala zur Auszahlung kommen:

Table with 3 columns: Mitgliedschaft und Beiträge, Wochen a M., Wochen a M. in 3 Kl., Wochen a M. in 4 Kl.

Die Höhe der Umzugsunterstützung beträgt für männliche Mitglieder nach einer Mitgliedschaft und Beitragsleistung von I. 104 Wochen in Klasse 3 — 15 Mk., in Klasse 4 — 20 Mk.

Die wiederholte Unterstützung wird in gleicher Höhe gewährt wie das erstmal, sofern nicht inzwischen eine höhere Karenzzeit und damit der Anspruch auf höhere Unterstützung erlangt ist.

Den weiblichen Mitgliedern der 2. Beitragsklasse kann die Hälfte der für männliche Mitglieder 4. Klasse vorgesehenen Unterstützungsätze gewährt werden. Weiblichen Mitgliedern der 1. Beitragsklasse und männlichen Mitgliedern der 2. Beitragsklasse kann Umzugsunterstützung nicht gewährt werden.

Damit sind die wichtigsten der beschlossenen Änderungen erwähnt. Die sonstigen Beschlüsse werden wir im Bericht über den letzten Verhandlungstag bringen.

Achter Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

München, 19. Juni.

Der Deutsche Holzarbeiterverband, nach der Mitgliederzahl die drittgrößte deutsche Gewerkschaft, hält vom 19. bis 26. Juni hier seinen achten Verbandstag ab.

Die Verhandlungen werden sich hauptsächlich um die Frage der Lohnbewegung und der inneren Festigung des Verbandes drehen. Wie den ausführlichen Jahresbüchern des Verbandes zu entnehmen ist, wurde die deutsche Holzindustrie von der letzten Krise schwer mitgenommen.

Die Arbeitslosigkeit nahm zeitweise einen bedrückenden Umfang an. Nach der seit 1904 geführten Statistik, die für jeden Monats-

Ein Wagen, der alles vertragen kann. In der letzten Sitzung der Wiener Gesellschaft für innere Medizin und Kinderheilkunde führte Professor Schlesinger einen Artisten vor, der Steine und scharfe Schutternägel in großer Menge schluckte.

Querschnitt des Mannes, wie wir dem Bericht der „N. Fr. Presse“ entnehmen, einen Teller großer Steine zu sich, hierauf einen Teller voll scharfer Schutternägel und schluckte diese Fremdkörper nicht eigentlich, sondern ließ sie bei nach rückwärts gebogenem Kopfe in die Speiseröhre hinunterfallen.

Rechtwändig ist, daß sich der Mann bei diesen Prozeduren nicht verletzt. Zum Schluß erklärte sich der Artiste bereit, einen Lampenzylinder und eine lebende Ringelnatter zu schlucken. Als er die große Schlange herbeiführen wollte, lehnte das Auditorium begreiflicherweise diese Vorführung ab.

Die Ärzte konnten die Steine und die Nägel im Magen des Mannes deutlich nachweisen; auch Röntgen-Bilder liehen die Fremdkörper deutlich erkennen. In der Diskussion bemerkte Geheimrat v. Strumpell, daß diese Leistungen eine Art von Training voraussetzen.

Er sah in Breslau einen Säbelschlinder, dessen Schlund gleichsam gepackt war. Die Schleimhaut hat infolge der häufigen Übungen ihren Charakter verloren. Oft verwenden die Artisten auch besondere Kniffe. Faktire werden z. B. präpariert, indem ihnen schon in früher Kindheit die Wangen mit glühenden Nadeln durchstochen werden.

Es bilden sich kaum sichtbare Kanäle, die bei den Produktionen der erwachsenen Faktire eine Rolle spielen.

Musik.

Jahrelang hatte uns im Sommer das Opernunternehmen des nun verstorbenen Direktors H. Morwig mit „nahrhafter“ Kost versorgt, die billig und nicht ganz schlecht war.

Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder angibt, stieg die Zahl der gleichzeitig Beschäftigten in den Berichtsjahren 1908/1909 zeitweise bis auf 8,80 Proz. der Gesamtmitgliedschaft, während für die vorübergehende Statistikzeit bis November 1907 der Höchststand nur 3,07 Proz. betrug.

Die Ungunst des Wirtschaftslebens blieb natürlich nicht ohne Einfluß auf die Lohnbewegungen. Als ein besonderes Glück ist es zu bezeichnen, daß noch kurz vor Jahresende der guten Konjunktur bei der großen Tarifbewegung von 1907 für eine größere Anzahl Orte Verträge abgeschlossen wurden.

Wenn in der Krisenzeit auch hin und wieder von den Unternehmern versucht wurde, die Verträge zu durchbrechen, haben sich diese doch im allgemeinen in der kritischen Zeit als wirksames Mittel zur Aufrechterhaltung der Arbeitsbedingungen erwiesen.

Andererseits ist aber das Tarifvertragswesen von so einschneidender Wirkung auf die Lohnpolitik des Verbandes, daß eine eingehende Aussprache darüber notwendig wird. Am Jahreseschluß 1909 war der Verband an 493 Tarifverträgen beteiligt, die sich auf 11 251 Betriebe mit 92 260 beschäftigten Personen erstreckten.

Wie in anderen Gewerben übt auch in der Holzindustrie die Unternehmerorganisation einen starken Druck auf die Entwicklung des Tarifwesens aus; der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe steuert systematisch auf das Ziel eines Reichstarifes zu.

Die Aussperrung von 1907 war schon ein energischer Vorstoß dazu. Im Jahre 1909 erfolgte eine Aussperrung im südwestdeutschen Bezirk des Arbeitgeberverbandes, in der die Arbeiter gefügig gemacht werden sollten für einen Normaltarif mit erheblichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.

Der Holzarbeiterverband hat die geplanten Verschlechterungen abgewehrt und darüber hinaus wesentliche Vorteile für seine Mitglieder errungen. Doch wurde ein einseitiges Vertragsmuster für jenen Bezirk anerkannt.

Rechnlich verlief eine zu gleicher Zeit inszenierte Aussperrung in Rheinland-Westfalen. Hier sollten die Tarifler mit unter den Einheitsstarif für das Baugewerbe gestellt werden, der ungünstiger war als die Tarife der Tarifler.

Auch dieser Vorstoß wurde abgewehrt und namhafte Verbesserungen errungen. Aber auch diese Bewegung endete mit dem Abschluß eines für den ganzen Bezirk gültigen Vertragsmusters.

Die große Tarifbewegung vom Frühjahr 1910 endete materiell für die Arbeiter nicht minder günstig. Ohne daß es zum ernsthaften Kampf, der anfangs unvermeidlich schien, gekommen wäre, konnte der Verband für sämtliche beteiligten Orte annehmbare Verbesserungen erreichen, und zwar Arbeitszeitverkürzungen bis zu 3 Stunden die Woche und Lohnserhöhungen bis 7 Pf. pro Stunde.

Dieser Erfolg war um so bemerkenswerter, als die Unternehmer sämtliche Tarife gefündigt hatten, während die Arbeiter in einem Teil der Orte gar keine Forderungen beabsichtigten. Der Vertragsabschluß erhöhte aber gleichzeitig die Zahl der unter Verträgen mit gleichem Ablauftermin Beschäftigten von 30 000 im Jahre 1907 auf nunmehr 40 000.

Die Wirkung der Krise äußerte sich auch sehr unangenehm in der inneren Entwicklung des Verbandes. Die Zahl der Mitglieder sank von 151 717 Ende 1906 nach und nach bis auf 144 259 am Jahreseschluß 1908. Das

wenn die wenigen Streicher unmöglich die gewaltigen Steigerungen des Ständes herabzubringen können? Aber der strebame Anfang läßt doch noch Großes hoffen.

Was König Midas anrichtete, wurde Gold; was Ernst v. Wildenbruch, Blech. Die Oper „Der Ueberfall“, die nach einer Vorlage von Wildenbruch Heinrich Zöllner komponiert hat, zeigt den Komponisten unter dem Unlachen des Textes leidend.

Die Geschichte von den preussischen Manen, die von französischen Freischärlern niedergemacht werden, bis auf einen, den ein hingebendes Weib rettet, ist mit solcher Theaterkunstfertigkeit durchgeführt, daß der Komponist des „Rausch“ und der „Verlustenen Glode“ bis zum trivialsten Schmachten herunterkommt.

Schade um das viele Gute, das dem gewiegten Sängerkomponisten namentlich im Lyrischen, z. B. in einem schalkhaften Chor zur Verfügung steht; und schade, daß zum Ertrag für die ungerade Gleichgültigkeit, mit der in Berlin die „Verlustene“ aufgenommen war, nur das Zurückgreifen auf den vor 15 Jahren zu Dresden erschienenen „Ueberfall“ verfußt wurde!

Die Gura-Oper war es, die sich am Sonntag damit belud, seit zwei Jahren wohlbelohnt als unsere teuerste Sommerfreude, wohlangegeben von ihrer guten Wagneraufführungen, im Besitz erster Kräfte, die selbst die hohe Kunst des „Kroll“ überwinden, insbesondere der Gattin des Direktors, daß sie sich auch diesmal erfolgreicher Nähe, vom Viktiner-Orchester aufs beste unterstützt.

Den Abend beschloß eine hier ebenfalls noch unbekante Pantomime „Der verlorenen Sohn“, eine Uebertragung des biblischen in moderne Familien- und Familienverhältnisse. André Dermier, ein Pariser (geb. 1851), hat das Stück komponiert. Vor 30 Jahren zu Paris, vor sieben zu Dresden aufgeführt, war es diesmal durch seinen frischen, echten, auch thematisch reichen Zug eine Erholung.

Notizen.

Theaterchronik. Das Gespiell des Neuen Schauspielhauses in der „Volksoper“ wird jetzt unterbrochen, soll aber Ende Juli wieder aufgenommen werden.

Der Berliner Volkschor zählt zurzeit, wie uns vom Vorstände als Berichtigung zu unserer Besprechung des letzten Jahresberichts (in Nr. 136) mitgeteilt wird, 200 aktive Mitglieder. Die im Jahresberichte angegebene Zahl 130 bezieht sich nur auf den Stamm.

Joseph Rainz, der längere Zeit erkrankt war, hat sich, wie aus Wien gemeldet wird, soweit erholt, daß er in der nächsten Spielzeit wieder mitwirken kann. Das Wiener Burgtheater sucht ihn durch einen neuen Kontrakt mehr an sich zu fesseln.

Der fünfte internationale Kongress für Bergbau, Hüttenwesen, angewandte Mechanik und praktische Geologie wurde am Montag in Düsseldorf eröffnet. Es sind 21 Staaten vertreten.

Jahre 1900, das in seiner zweiten Hälfte eine Besserung der Konjunktur zeigte, machte jedoch den Verlust völlig wett. Das Jahr schloß mit 151827 Mitgliedern in 825 Bezirksstellen ab. Darunter sind 3024 Weibliche und 169 Jugendliche. Im laufenden Jahr hat die Steigerung weiter angehalten.

Die Kasse wurde in den Berichtsjahren außerordentlich stark in Anspruch genommen. Zwar fielen die anormalen Ausgaben der großen Ausperrung von 1907 aus, so daß die Kosten der Lohnbewegung von 5251110 M. im Jahre 1906/07 auf 1334876 M. in den letzten zwei Jahren heruntergingen. Dagegen erhöhte sich die Arbeitslosenunterstützung von 134127 M. auf 2533506 M. und an Krankenunterstützung wurden 1643588 M. verausgabt. Insgesamt wurden 1908 und 1909 nur für Unterstützungen 6334403 M. ausgegahlt. Der Gesamtertrag der beiden Jahre bringt 10157880 M. Einnahme und 9468930 M. Ausgaben. Der Kassenbestand vermehrte sich seit 1907 um 722014 M. und betrug Ende 1909 3434314 M., davon 1452755 M. bei den Lokalkassen.

Wenn in Betracht gezogen wird, daß die Berichtsjahre der Stärkung des Kampffonds dienen sollten, um für die zu erwartende große Tarifbewegung im Frühjahr 1910 gerüstet zu sein, so muß die Finanzentwicklung als nicht sehr günstig angesehen werden. Darum mußte der Vorstand in der kritischen Zeit obligatorische Extrabeiträge aus schreiben, die zwar opferfreudig, zum Teil erheblich über die festgesetzte Höhe entrichtet wurden, aber doch eine unliebsame Ursache in die innere Verbandsentwicklung trugen. Nun ist die Tarifbewegung wider Erwarten friedlich verlaufen. Ohne daß es zu Arbeitseinstellungen gekommen ist, konnte der Verband für sämtliche beteiligten Orte mit über 40000 Berufstätigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielen. Die ungenügenden Finanzverhältnisse vor der Tarifbewegung waren aber eine eindringliche Mahnung zur Vorsorge und allgemein wird die Anschauung des Vorstandes geteilt, daß durch eine Neuregelung der Beitragsfrage die Kampfmittel verstärkt werden müssen. Der Vorstand hat einen Antrag, den Wochenbeitrag von 50 auf 60 Pf. zu erhöhen, im April d. J. zur Abstimmung gestellt und von den Mitgliedern erklärten sich 48905 dafür und 35502 dagegen. Somit ist diese Beitragsfrage beschlossen und tritt am 1. Juli d. J. in Kraft, aber die starke Minorität, die zum großen Teil für Staffelleistungen eintritt, hat es ratsam erscheinen lassen, die Beitragsfrage mit als Hauptpunkt auf dem Verbandstage zu behandeln.

Im übrigen hat sich der Verbandstag mit Statutenberatung und Verwaltungsfragen zu beschäftigen. Außerdem sind vom Vorstand und aus den Reihen der Mitglieder einige hundert Anträge zur Beratung gestellt, so daß alles in allem die Delegierten eine arbeitsreiche Woche vor sich haben.

## Die 10. Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter.

Am festlich geschmückten Saal des Gewerkschaftshauses wurde am Montag morgen die 10. Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter eröffnet. Als Vertreter ausländischer Bruderorganisationen waren Hübner-Oesterreich, Voogsgab-Dolland, Wölfer-Dänemark und Janzen-Schweden anwesend.

Nach Anhörung der Begrüßungsansprachen und Erledigung der nothenbedingten geschäftlichen Angelegenheiten nahm der Verbandstag den

### Bericht des Vorstandes,

erstattet vom Vorstandsvorsitzenden Karl Hübsch, entgegen. Der Bericht erstreckt sich über die Geschäftsperiode der Jahre 1908 und 1909. Die Entwicklung der Organisation, soweit es sich um die Mitgliederzahl handelt, war unbefriedigend. Die wirtschaftliche Krise hat gerade in der Textilindustrie verheerend gewirkt. Einen Verlust von 22139 Mitgliedern hat der Verband zu beklagen. In 4. Quartal 1909 betrug die Zahl der Mitglieder 104801. Diese Zahl war sogar einmal schon auf 98000 gesunken, als eine kräftige Agitation, die im ganzen Reich eintreffte, wieder den neuen Aufschwung brachte. Bis zur Zeit ist der Mitgliederbestand weiter im Steigen begriffen und hat im Juni d. J. 112871 erreicht. Wie der Redner ausführte, hat die Werbestraße des Verbandes dadurch eingeholt, daß bei den Lohnbewegungen die bisher geübte Angriffsart durch die Abwehr der Angriffe der Unternehmer ersetzt werden mußte. Welche ansehnlichen Erfolge in den beiden Jahren durch Lohnbewegungen ohne Streiks und durch Streiks trotz alledem erzielt wurden, zeigte der Redner an den folgenden Zahlen: Der Verband erzielte eine Verkürzung der Arbeitszeit für 2408 Personen von 8297 Stunden pro Woche, im Durchschnitt eine Arbeitszeitverkürzung von 3 1/2 Stunden wöchentlich pro Person. Abgewehrt wurde eine von den Unternehmern verlangte Verlängerung der Arbeitszeit, die 378 Personen betraf und 1329 Stunden wöchentlich betragen hätte. Eine Lohnherabsetzung wurde für 21843 Personen im Betrage von 22982 M. pro Woche abgewehrt oder pro Person 1,07 M. pro Woche. Lohnabzüge wurden abgewehrt für 3660 Personen im Betrage von 5842 M. pro Woche, oder 1,45 M. pro Person und Woche. Lohnabzüge konnten nicht abgewehrt werden für 4073 Personen im Betrage von 11322 M. pro Woche, oder pro Person und Woche 2,73 M. — Die neueingereichte Arbeitslosenunterstützung hat eine gute Wirkung ausgeübt und wird von den Mitgliedern wie von den Verwaltungen so benutzt wie es erwartet wurde. Die Frage der Arbeitsnachweise bietet noch manche Schwierigkeiten, ebenso die Auffstellung einer Lohnstatistik, die der Redner dringend empfahl. — Die Tarifkommission hat sich bemüht, die verschiedenen Lohnsätze in einen gewissen Einklang zu bringen. Wanderskonferenzen waren vielfach notwendig, um Lohnsätze aufzustellen, und der Redner wünscht, daß die Ortsverbände mehr in die kleinen Berufsfragen eindringen und Tarife aufstellen möchten; es soll sich dabei nicht so sehr um Tarifverträge handeln als vielmehr um Tarife zur Einheitlichkeit der Preise. Unter Tarifverträgen arbeiten zurzeit 12700 Arbeiter der Textilindustrie. Der Vortrag geht zum Schluß des Berichtes auf eine Reihe von Lohnbewegungen näher ein, wobei er die Wichtigkeit des Kampfes im Erzgebirge sowie die Bedeutung anderer Bewegungen in der Berichtszeit hervorhebt.

Es werden zunächst die weiteren Teile des allgemeinen Geschäftsberichts gehört, um später erst in die Diskussion einzutreten. Nach dem

### Kassenbericht,

erstattet von O. Jehms, bilanzieren die Einnahmen und Ausgaben der Ortsverbände vom 1. Oktober 1907 bis 31. Dezember 1909 und der Hauptkasse vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1909 mit 4725271,52 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet für Krankenunterstützung 618761,65 M., für Arbeitslosenunterstützung 180879,25 M., als Sterbegelder 25250 M., für Reiseunterstützung 54426,71 M., und dazu noch aus den Lokalkassen 2324,02 M.; an Streikunterstützungen (darunter 500 M. für andere Berufe und 9300 M. an das Ausland) 767100,89 M. und dazu aus den Lokalkassen 44978,67 M., an Gemahlsunterstützung 484643,19 M. und dazu aus den Lokalkassen 5617,78 M., an Unjugunterstützung 8382,18 M., an Kostunterstützung 1670 M. und für Rechtschutz 13525,14 M. Der Bestand in den Ortsverbänden am 31. Dezember 1909 war 197845,21 M., den Bestand der Hauptkasse am gleichen Datum 599544,65 M.

### Der Bericht über die Presse

wurde von P. Wagener erstattet, der sich zuerst über die Aufgaben eines Gewerkschaftsblattes aussprach, das getreu dem Grundsatz, mit den Interessen der Berufsarbeiterschaft die Interessen der gesamten Arbeiterschaft zu wahren, geleitet werde. Der Textilarbeiter habe zu wichtigen politischen Fragen Stellung genommen, wie zum Beispiel zu den Kriegserklärungen, zu der Wahlreform in Preußen, zu der Reichswehrreform. Den wirtschaftlichen Fragen sei ebenfalls große Aufmerksamkeit gewidmet worden, ebenso der Arbeiterinnen- und der Jugendbewegung. Von der Teilnahme an Streikfragen zwischen Partei und Gewerkschafts-

inhalten habe sich die Redaktion effizientlich ferngehalten. Da es sich gewöhnlich um Mißverständnisse handele. Der Redner führte zum Schluß verschiedene gerichtliche Klagen gegen das Verbandsorgan an.

### Der Bericht der Preiskommission

enthält die Empfehlung, die Kommission aufzulösen, da diese Einrichtung überflüssig geworden sei.

### Der Bericht des Ausschusses

wird von E. Wetterlein erstattet und liegt auch gedruckt vor. Er handelt von der Erledigung verschiedener Beschwerden. Wetterlein betonte das harmonische Zusammenarbeiten mit dem Vorstande und die bei einer unvermutheten Kontrolle vorgefundene große Ordnung in den Kassengeschäften.

### Von den in großer Zahl vorliegenden

### Anträgen zur Generalversammlung

wurden darauf die auf den Geschäftsbericht bezüglichen abgelehnt und beschloffen, welche Anträge zur Diskussion gestellt werden sollen. Die

### Diskussion

eröffnet Schrader-Berlin, der fordert, daß die Lohnstatistik mehr gepflegt werde, damit man ein einwandfreies Bild von den Verhältnissen in den einzelnen Orten gewinnen könne. 14 größere Filialen seien mit gutem Beispiel vorgegangen, andere mühten folgen. Die Resultate könnten als wichtiges agitatorisches Material zur Verwendung kommen. Der Redner erteilt eine Reihe von Rathschlägen, wie die Statistik geführt werden mühte, um anschaulich und gründlich zu sein, da in der Textilindustrie große Verschiedenheiten zu berücksichtigen seien.

## Frau von Schönebeck vor den Geschworenen.

Die Verhandlung an dem gestrigen, zwölften Verhandlungstag begann mit einer erheblichen Verpölung. Wie die Sachverständigen Medizinalrat Dr. Eberhardt, Professor Tuppe und Gerichtsarzt Dr. Strauch befanden, hatte die Angeklagte in dem Zimmer ihres Hotels einen epileptisch-hysterischen Anfall. Bewußlos hatte sie halbnackt auf dem Fußboden gelegen und sich beide Arme hieher geschlagen. Die Sachverständigen erklären, daß die Angeklagte nicht verhandlungsfähig ist. Die Verteidigung bittet auf Wunsch der Angeklagten unter allen Umständen den Versuch einer Verhandlung zu machen. Die Verhandlung wird darauf auf 1 Uhr angelegt. Um 1/2 konnte die Angeklagte erscheinen. Die Sachverständigen erklären, daß sie glauben, daß verhandelt werden könne. Es wird dann in die Verhandlung eingetreten.

### Erklärung des Vorsitzenden.

Zu Beginn der Verhandlung meint der Vorsitzende: Meine wiederholte Bitte, bestimmte Namen nicht zu nennen, ist hier in Allenheim und auch anderswo so aufgefaßt worden, als ob die ganze Gerichtsverhandlung nur eine Farce wäre und als ob alles mögliche versucht werden sollte. Ich will, damit keine Zweideutigkeiten entstehen, folgendes sagen: Was zur Tat gehört, was uns dazu dienen kann, die Tat selbst aufzuklären, und die eventuelle Beteiligung der Angeklagten an der Tat, wird selbstverständlich auf das eingehendste erörtert. Sonst mühte ich in ein ganz pflichtvergeßener Art sein, um mich deutlich auszudrücken. Das Bestreben des Gerichtshofes ist folgendes: Für die Verhältnisse, in denen die Angeklagte gelebt hat und die sich mit ihr nicht ganz vereinbaren ließen, haben wir nur insoweit ein Interesse, als sie Wert haben für die psychiatrische Beurteilung durch die Herren Sachverständigen. Deshalb kann es uns ganz gleichgültig sein, wer dabei in Frage kommt. Wir wissen, daß manche Epileptiker schon vermindert sind. Wenn auch verschiedene Personen schon über das große Wasser gegangen sind, die Familien sind noch hier, und wenn Namen genannt werden, so können sie leben bleiben an den Familien. Das ist nicht unser Bestreben. Diese Erklärung möchte ich abgeben, um jedes Mißverständnis zu vermeiden. Wir wollen in der Sache selbst Klarheit schaffen. Aber wir wollen nicht Leute, die an der Tat nicht beteiligt sind und die mit der Tat gar nichts zu tun haben, mit Schmutz beschriften lassen.

Hauptmann von Etern (Hannover) wird eingehend über Hauptmann von Götten vernommen. Er bekundet: Götten war mein bester Freund. Wir haben uns vor ungefähr 20 Jahren in Neiche kennen gelernt. In der Leutnantszeit machte er alle Dummheiten mit, nur wenn es sich um Frauen handelte, hielt er sich zurück. Eine Liebschaft hat er meines Wissens nicht gehabt. Bureaudienst und Formelstram haßte er. Sowie er auf dem Gaul war, war er stets frisch und lebendig, wenn er auch vorher schlapp und mühselig war. Vor etwa 15 Jahren verkehrte ein etwas gewaltthätiger und herrschsüchtiger Offizier in demselben Hause wie Götten. Götten fand die Dame des Hauses eines Tages weinend vor. Er rührte nicht eher, als bis diese ihm den Grund erzählt hatte: Jener Offizier hatte an die Dame, eine Mutter von drei Kindern, Annäherungsversuche gemacht, die die Dame scharf leänkte. Der Offizier war inzwischen in eine andere Garnison versetzt. Götten ritt hinüber und stellte ihn. Der Offizier soll zünftig erwidert haben: Herrgott, wie kommen Sie dazu, Sie sind doch nicht der Ehemann. Darüber war Götten so empört, daß er ihm an den Hals sprang und ihn würgte. Der Offizier hat später einen Selbstmordversuch gemacht. Auf mein Befragen meinte Götten: Es sei zu einem Duell gekommen, nach dem ersten Schuß habe sich der Offizier überschlagen wie ein Hase. Die Verteidigung stellt fest, daß Götten im Protokoll die Sache anders geschildert habe, also entweder zu Protokoll oder dem Freunde gegenüber gelogen haben müsse. Der Zeuge von Etern bekundet dann weiter: Ich selbst habe eine kleine Auseinandersetzung mit Hauptmann von Götten gehabt. Ich fand Götten einmal im Hause einer Dame sehr niedergeschlagen und traurig vor, während die Dame mir fröhlich entgegenkam. Götten glaubte, die Dame habe eine Jungelung zu mir und wollte von ihm nichts mehr wissen. Er sagte plötzlich: Diese Zwitterstellung muß ein Ende haben, die Waffe muß zwischen uns beiden entscheiden. Ich erwiderte ihm, er sei wohl verrückt. Damit war die Sache erledigt. Wir sind die besten Freunde geblieben. Als Götten verhaftet war, betonte er immer wieder in den Briefen an mich: einen Mordmord habe er nicht ausgeführt. Ich stellte mich ihm als militärischer Verteidiger zur Verfügung. Die Idee Götten von einem zugehenlosen Duell hatte ich für verrückt. Sie widerspricht unseren konventionalen Gebräuchen durchaus. Ich kann sie mir nur so erklären: Götten legte auf sein Leben sehr wenig Wert und deshalb vielleicht auch auf das Leben der andern ebensowenig Wert. Ueberdies war ihm jeder Formelstram zuwider und die Form des ordentlichen Duells hielt er wohl für Formelstram. Als Herr von Thier ihn einmal erklärte, ein zugehenloses Duell sei Unsinn, hielt er an seiner entgegenstehenden Ansicht fest: Die alten Ritter haben das ebenso gemacht. Das Niederstehen im zugehenlosen Duell würde ich nicht als Mord, sondern als Affektthatung, als Todschlag empfinden. Die Verteidigung erklärt, als ein Ortsverweiner hervorhebt, daß bei einem zugehenlosen Duell doch beide auf einmal schießen müssen: Unferer Auffassung geht dahin: Die Ansicht des Hauptmanns von Götten war auf ein zugehenloses Duell gerichtet. Das, was nach seinen Angaben zwischen Major von Schönebeck und ihm sich zugehen hat, war aber nicht das beschriebene Duell. Ob es eine Affektthatung, ein Todschlag oder eine Handlung der Nothwehr war, können wir jetzt nicht untersuchen.

Beistellender Eberhardt (Hannover) war mit Hauptmann von Götten lange befreundet. Er bekundet unter anderem: Götten hat mir detaillierte Einzelheiten über eine Pistolenmord erzählt, die er wegen einer Dame hatte. Wenn mitgeteilt, daß Götten selbst zu Protokoll erklärt hat, daß seine Behauptung nach seiner eigenen Darstellung gar nicht wahr gewesen ist, so mühte ich nicht, weswegen er mir die Unwahrheit gesagt haben sollte. Im August 1907 hat er mich um meine Pistole. Ich schickte sie ihm dann. Mit ihr ist die Tat ausgeführt.

Bei den Darlegungen des Zeugen bricht die Angeklagte er-mattet zusammen. Nach einer halbstündigen Pause erklären die Juristen, daß die Angeklagte wieder verhandlungsfähig sei. Es werden dann die Briefe verlesen, die Götten aus dem Gefängnis an den Zeugen Eberhardt gerichtet hatte. Zeuge Hauptmann Götten (Wesel) teilt mit: Götten erzählte mir mal in Hannover, er habe mit jemand ein Duell ohne Zeugen gehabt. Er habe seinen Gegner im Duell erschossen, und zwar durch einen Schuß in die Stirn. Dem Erschossenen habe er dann die Pistole in die Hand gedrückt, um den Anschein eines Selbstmordes zu erwecken. Zeuge hat die Erzählung nicht für wahr gehalten.

Schriftsteller Otto von Lohberg: Hauptmann von Götten lernte ich am 4. Mai 1900 in Pratorja kennen. Götten war ein tüchtiger, auferordentlich tollkühner Soldat. Er hatte einen Schimmel, der ein gutes Fiebeljelt abgab, trotzdem ritt er in das stärkste Gewühl hinein. Ich forderte ihn auf, abzusteigen. Er ging mit dem Pferd in der Hand dann in der Batterie umher und war sehr traurig, als das Gefecht frühzeitig abgebrochen werden mußte. Daß Götten einen Unteroffizier erschossen haben sollte, glaube ich nicht. Seine Leute, etwa 20 an der Zahl, waren Leute, mit denen man sozusagen den Teufel aus der Hölle holen konnte. Einen Unteroffizier zu erschlagen, hätte sich selbst General Dewett nicht herausgenommen. Er hätte wohl sonst von den Kameraden des Erschossenen eine Kugel von hinten bekommen. Auf Befragen erklärt der Zeuge: Als feinerer der kriegsgewöhnlichen Publikationen über den Burenkrieg herauskamen, in denen die Schlacht beim Spionster beschrieben wurde, sagte der Verfasser Hauptmann von Götten: Der Verfasser der Schilderung sei Hauptmann von Götten. Ni. fiel das auf. Denn Götten war erst im April 1900 nach Trossdorf gekommen, die beschriebene Schlacht hatte aber bereits am 23. Januar stattgefunden. Als ich darüber Götten zur Rede stellte, meinte Götten: Wissen Sie, wenn man den Leuten nicht erzählt, daß man dabei war, glauben sie einem überhaupt nichts. Die Verteidigung legt dar, daß die Wahrheitstabelle von Götten danach doch nicht sehr stark war. Der Zeuge befundet noch: Götten schloß hervorragend gut. Die Buren nannten ihn den „Gooßschieder“, den Kopfschießer. Davon, daß Götten verwundet wurde, weiß ich nichts. Er nahm an zwei größeren und drei kleineren Gefechten teil. Wenn er von mehr Gefechten erzählt hat, so meint er damit vielleicht Patrouillengänge und dergleichen. Götten war ein geradezu wundervoller Soldat.

Wegen Ermattung der Angeklagten wird dann die Verhandlung auf heute, 9 1/2 Uhr, verlegt.

## Soziales.

### Gewerbegerichtliche Vergleichsmöhen.

Wiederholt haben wir mitteilen müssen, daß einzelne Gewerbe-gerichtsvorsitzende eine Vergleichsmöhen zeigen, die von einer richterlichen Nötigung nicht sehr entfernt ist, das Vertrauen zum Gewerbegericht stark herabsetzt und insbesondere die Arbeiter schwer schädigt. Einen derartigen Fall aus der Leo-Kammer müssen wir abermals registrieren.

Die Wusennäherin A. Klage gestern vor der Kammer 1 des Gewerbegerichts gegen die Firma Geschwister Sander, Jerusalemstraße 15, auf Zahlung von 42,45 Mark Arbeitslohn für mehrere Wochen gefertigter Blusen. Die Beklagte hatte Widerklage auf 91 M. Schadenersatz erhoben. Sie gibt an, daß die gefertigten Blusen mangelhaft gearbeitet und, weil zu spät geliefert, überhaupt nicht verwendbar seien. In der Lohnforderung der Klägerin war der Lohn für 10 Blusen mit 12 M. enthalten, wegen deren die Beklagte bereits auf 67 M. Schadenersatz wegen nicht rechtzeitiger Herausgabe geklagt hatte, aber mit ihrer Klage vom Gewerbegericht unter Vorbehalt des Magistratsassessors Dr. Roguhn abgewiesen worden war, weil die Blusen trotz verspäteter Lieferung noch als verwendbar erachtet wurden. Gestern fand die Verhandlung unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Leo statt. Dieser machte unter einem großen Aufwand von Worten den Parteien den Vorschlag, sich dahin zu einigen: die Beklagte solle der Klägerin den Lohn von 12 M. für jene 10 Blusen zahlen, für die ein Schadenersatzanspruch vom Gericht bereits abgelehnt war; im übrigen sollten die Klage sowie die Widerklage vorbehaltlos zurückgenommen werden. Die Beklagte vermochte zuerst nicht einzusehen, daß sie eine Verpflichtung zur Zahlung der 12 M. an die Klägerin habe. Als das Gericht dann die von der Beklagten vorgelegten Blusen besichtigt hatte — von denen die Klägerin aber behauptete, es seien nicht die von ihr gelieferten —, versuchte der Vorsitzende nochmals, die Parteien zu vergleichen. Als er die Beklagte mühsam zur Annahme des von ihm gemachten Vergleichsvorschlages bewegen konnte, erklärte die Klägerin, daß der Vorschlag für sie unbillig sei, und lehnte ihn deshalb ab. Nun drohte Herr Dr. Leo der Klägerin an, daß der Prozeß noch lange nicht zu Ende gehen werde. Denn er werde nun auf den Chef der beklagten Firma, der selbst an der Verhandlung teilnahm und erklärt hatte, jetzt eine längere Geschäftsreise vorzubereiten, die nötige Rücksicht nehmen und den nächsten Termin erst dann anberaumen, wenn ihn dieser ohne geschäftliche Schädigung wahrnehmen kann. Für die Minderwertigkeit der Ware, die durch diese Prozeßverzögerung entsteht, habe die Klägerin einzustehen! Trotz dieser Drohung lehnte die Klägerin den Vergleich ab. Das Gericht zog sich darauf zur Beratung zurück. Einem nochmaligen Vergleichsvorschlag gegenüber, der bei Wiedereintritt in die Verhandlung gemacht wurde, blieb die Klägerin standhaft. Dr. Leo verkündete daraufhin die Vertagung. Der neue Termin wurde vor Monat September nicht stattfinden, da er (Dr. Leo) in den nächsten Tagen in den Ferien gehe und seiner Vertretung die Erledigung dieses Prozesses nicht zumuten könne. Die vorliegenden 9 Blusen nimmt das Gericht solange in Verwahrung. Im neuen Termin soll Beweis darüber erhoben werden, ob diese Blusen die von der Klägerin gefertigten sind. Der Klägerin wird aufgegeben, die bei ihr zu jener Zeit beschäftigten 14 Arbeiterinnen als Zeugen zu stellen. Während der Protokollierung dieses Beschlusses macht Dr. Leo, nachdem sein bisheriger Vergleichsvorschlag abermals von der Klägerin abgelehnt worden war, der Beklagten den Vorschlag, an die Klägerin 15 Mark zu zahlen. Dieser „Vergleich“ wird schließlich von beiden Parteien angenommen.

Diese Art der Verhandlung vor einem Gewerbegericht ist anstößend. Den Gewerbegerichten wird als Vorzug vor den anderen Gerichten vor allem nachgesagt, die Sachen würden schneller erledigen. Das ist auch in allen Abteilungen der Fall, die von sachkundiger, in die Materie selbst eindringender Seite geleitet werden. Die erwähnte Verhandlung vor der Leo-Kammer ist nicht die erste, die zeigt, daß die Voraussetzungen für eine sachgemäße Leitung und Entscheidung dem Vorbehalt in dieser Kammer fehlen. Die Klagen darüber werden keineswegs von Arbeitern allein erhoben. Die gestrige Verhandlung bestätigt die Berechtigung der Klagen aufs eobenteste. Eine Partei, durch Inanspruchnahme des Uebels eines späten Termins einem unbilligen Vergleich geneigt zu machen, ist ein aufschärftes zu verurteilender Verbrauch der Stellung als Vorsitzender eines Gewerbegerichts. Einen Termin vom 30. Juni auf den September verlegen, erinnert an das Einschleppen der Prozesse unter dem seltsamen Reichskammergericht. Und welche wichtigen Vorwände müssen dazu herhalten! Glaubst in der Tat Dr. Leo, nur unter seinem Vorbehalt könne der einfache Prozeß entschieden werden? Jeder andere Gewerberichter hätte den nächsten Termin auf längstens den 27. Juni anberaunt, Magistratsrat Dr. Leo auf den September! Das Gewerbegericht hat doch nicht deshalb einen

Wortstehen, damit dieser einer Ausarbeitung eines Erkenntnisses durch Zwang der Parteien zum Vergleich vorbeuge. Erklärlich, aber bedauerlich, daß die Klägerin sich schließlich durchschlagen ließ, statt gegen die Art der Verhandlung und die Hinauszögerung einer Entscheidung Beschwerde im Aufsichtsweg zu erheben. Ist Dr. Leo nicht imstande, die ihm obliegende, wahrlich nicht zu große Arbeit in einer das Vertrauen der Rechtsfindenden erweckenden Weise zu erledigen und sucht er deshalb der Billigkeit ins Gesicht schlagende Vergleiche durchzusetzen, so mag er baldigst um seine Pensionierung einkommen. Niemand würde ihn ungern vermissen. Diese Vergleichsmühle ist ein Armutszeugnis ersten Grades, das Dr. Leo sich selbst ausstellt, aber leider auch auf das Ansehen der Institution des Oberverwaltungsgerichts zurückwirkt. Eine ähnliche Hinzögerung einer Rechtsfrage durch einen Amtsrichter dürfte kaum vorkommen.

## Aus Industrie und Handel.

Saatenstand Mitte Juni.

Zu den letzten Vegetationsziffern schreibt die „Statistische Korrespondenz“ u. a.:

Der Stand der Winterhalbsfrüchte kann im ganzen als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden. Der Winterweizen erreichte sich im Staatsdurchschnitt wieder wie im Vormonate auf 2,8. Der in Preußen wenig gebaute Winterroggen hat nach guter Blüte beträchtliche Fortschritte gemacht. Der Winterroggen hat wohl gelüht und schöne volle Ähren, ist aber etwas kürzer im Stroh und auch dünner bestanden als sonst in guten Jahren. Wegen den Vormonat hat sein Stand im ganzen 0,2 gewonnen; denn seine Ziffer beträgt jetzt 2,5 gegen 2,7.

Über die Desfrüchte Winterroggen und -Rüben finden sich sehr selten, dann aber günstige Bemerkungen, wonach die Früchte noch schon verlaufener Blüte guten Ertrag versprechen; ihre Reife stellte sich demgemäß noch besser als im Vormonate heraus, nämlich 2,8 gegen 2,4.

Der Stand der Sommerhalbs- und Hülsenfrüchte wird zwar vielfach ungünstig beurteilt; im ganzen sind aber die guten Nachrichten doch ausschlaggebend gewesen, so daß sich ein nicht unerheblich höherer Durchschnitt als das Mittel ergibt.

Fast durchweg günstig lauten die Nachrichten über die Futterpflanzen und die Wiesen, besonders die Rieselwiesen, die einen vorzüglichen Grasschnitt haben sollen. Der Acker und die Luzerne haben zumeist schon einen zufriedenstellenden Schnitt gegeben; nur in den westlichen Gegenden hat man damit stellenweise wegen der Kälte noch warten müssen. Auch die Wiesen sind vielfach bereits gemäht, und das Heu ist zum Teile gut eingefahren worden.

Berlin, 20. Juni. Dem Deutschen Landwirtschaftsrat wird aus Rom gemeldet: Nach den bei dem Internationalen landwirtschaftlichen Institut eingelaufenen Berichten vor der Saatenland am 1. Juni unter Zugrundelegung des zehnjährigen Durchschnittsertrages von Winterweizen in Bulgarien 120 (gegen 118 im Mai), Dänemark 101 (97), Ungarn 120 (120), Luxemburg 98 (91), Rumänien 107 (105), Schweden 109 (100), Schweiz 103 (100), Vereinigte Staaten von Amerika 97,7 (94,7), Tunis 105 (100); von Winterroggen in Bulgarien 120 (116), Dänemark 88 (87), Ungarn 111 (120), Luxemburg 87 (88), Rumänien 102 (105), Schweden 105 (100), Schweiz 101 (95), Vereinigte Staaten von Amerika 100,8 (102,1); von Sommergerste Dänemark 102, Ungarn 108, Luxemburg 100, Schweiz 102, Schweden 109; von Sommerhafer Dänemark 102, Ungarn 95, Luxemburg 97, Rumänien 103, Schweden 108, Schweiz 102.

Die Kleinhandelspreise für Zucker sind in letzter Zeit so in die Höhe gegangen, daß sie die vorjährigen ganz beträchtlich überlegen. Im Durchschnitt von 50 Städten stellte sich der Preis für ein Kilogramm Zucker im Mai dieses Jahres auf 57 Pf., während es im Mai vorigen Jahres nur 51 Pf. gelostet hatte. Es ist dies eine Preissteigerung um mehr als 10 Proz.

### Eine eigenartige Erklärung

findet die vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat angekündigte Preissteigerung für Koks um 1 1/2—2 R. pro Tonne in der Zeitschrift „Die Bank“. Als in den letzten Tagen des Mai die Meldung zuerst auftauchte, wurde sie nie geglaubt, weil man weiß, daß enorme Mengen Koks haben auf Lager genommen werden müssen und daß die Koksöfen der Syndikatsbetriebe noch immer mit 27 1/2 Proz. Einschränkung arbeiten. Inzwischen ist die Meldung aber offiziell bestätigt worden. Daß nun die Syndikatsleitung zu einer Zeit, die sich keineswegs durch besonderen Aufschwung auszeichnet, einen solchen Preisausschlag wagt, wie man ihn sonst fogar in Zeiten der Hochkonjunktur nicht vorzunehmen pflegt, erklärt „Die Bank“ wie folgt: Man ist in den Kreisen der schweren Industrie schon seit längerer Zeit der Meinung, daß alle Vorbereitungen für einen günstigen Geschäftsgang vorhanden seien und daß es nur eines Anstoßes bedürfe, um eine neue Hochkonjunktur auszulösen. Die leitenden Personen im Kohlenyndikat sind nun weiterfahren genug, meint „Die Bank“, um die enorme Bedeutung zu kennen, welche in unserer Zeit die Suggestion hat. Die alten Praktiker wissen nur zu gut, daß das wirtschaftliche Grundgesetz der Einwirkung der Nachfrage und des Angebots auf die Preise auch in seiner Umkehrung gilt, d. h. daß der Konsum bei steigenden Preisen zunimmt (!), bei sinkenden abnimmt. Und sie glauben, daß man im gegenwärtigen Moment der Bankrott, dem Handel und der Spekulation nur den Glauben an eine neue Blütezeit zu suggerieren brauche, um diese tatsächlich herbeizuführen. „Die Bank“ neigt auch zu der Meinung, daß dieser Schachzug glücken werde. Schon sei der Handel und ein Teil der Mitten ruhig geworden und rufe vermehrte Aufträge ab, so daß sich in den letzten Tagen die überfüllten Koksöfen bereits etwas gelichtet haben. Dieses Symptom der Belebung werde kaum verfehlen, seine Wirkung wellenförmig in weitere Kreise des Handels und der Spekulation zu tragen. Das könne wiederum zur Folge haben, daß schwebende Erweiterungsprojekte beschleunigt durchgeführt, früher aufgeschobene Bauprogramme wieder hervorgeholt und finanziert würden. So sei bald die Hochkonjunktur da! „Vielleicht ein kurzer Hochgang mit der nahen Aussicht auf den kommenden Rückschlag, aber jedenfalls ein Hochgang.“ — Möglich ist es schon, daß die Syndikatsleiter die Preissteigerung zum 1. Oktober hauptsächlich zu dem Zwecke angekündigt haben, damit in der Zwischenzeit noch recht viel Koks zum jetzigen Preise gekauft werde. Das würde also, wie sich von selbst versteht, eine Belebung des Geschäfts für die paar Monate nach sich ziehen. Trist nochher die Preissteigerung wirklich in Kraft, so wird der Rückschlag nicht lange auf sich warten lassen. Wir glauben übrigens auch gar nicht, daß die Herren vom Kohlenyndikat gewissermaßen den lieben Gott spielen und in weitsehender Voraussicht die gesamte Wirtschaftslage zum allgemeinen Segen heben wollen. Sie sind von jeder gute Kaufleute gewesen, die auf den eigenen Profit sehen, und so geht vermutlich auch diesmal ihre Absicht nicht weiter, als daß sie durch Schröpfung ihrer Unehmer die eigenen Einkünfte erhöhen wollen.

Konzentration im Brauereiwesen. Wie die „Allgemeine Berliner Korrespondenz“ aus zuverlässigster Quelle erfahren haben will, soll die Fusion der Bayenhofer-Brauerei mit der Berliner Bod-Brauerei beschlossene Sache sein. Beide Brauereien haben in Berlin ein Kiefenablagengebiet und dürfte dieses nach erfolgter Fusion noch bedeutend vergrößert werden. Welche weiteren Pläne nach erfolgter Verschmelzung zur Ausführung gelangen werden, ist noch nicht bekannt und wird hierüber Stillschweigen gewahrt. Die Bayenhofer Brauerei hat im Osten und Nordwesten Berlins, die Bod-Brauerei im Süden und Norden Brauereianlagen. Die Brauereien sind somit in vier verschiedenen Stadtteilen domiziliert, was für den Versand und die Expedition von großer Bedeutung ist.

## Gerichts-Zeitung.

Der Vorfall am Rebenisch.

glaubt manchmal das zu hören, was er zu hören erwartet, und das kann mehr sein, als tatsächlich gesagt wird. So ein von drüben erhörtes Gespräch, das vielleicht auch nur halb und unrichtig aufgefaßt wurde, gilt den Gerichten im allgemeinen nicht als ein einwandfreies Beweismittel, aber wir möchten keinem raten, sich auf diese Praxis zu verlassen. Wenn drüben ein Schuhmann und sein Freund saßen und vor Gericht als Zeugen — in gutem Glauben natürlich — bekundeten, daß sie eine Polizeibefehlsaufgabe ausgeführt haben, dann wehe dem Angeklagten. Denn Schuldeute und ihre Begleiter gelten in solchem Fall den Gerichten — das haben wir jetzt in sogenannten „Demonstrationsfällen“ oft genug erlebt — zumeist als unbedingt zuverlässige Zeugen, die gute Ohren haben.

Eine Art „Demonstrationsfall“ war auch die Anklage wegen Polizeibefehlsaufgabe, die vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (130. Abteilung unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Probst) am Montag gegen einen Geschäftsführer A. verhandelt wurde. A. hatte am 6. April in einer Gastwirtschaft mit einem Bekannten ein Gespräch geführt, das zunächst unpolitisch war, aber dann aus Anlaß eines ihm zu Gesicht kommenden Zeitungsartikels auf das Gebiet der Politik hinübergriff. Der Artikel betraf das vom Polizeipräsidenten damals erlassene Verbot einer von der demokratischen Vereinigung geplanten Versammlung im Humboldtheim, und in diesem Zusammenhang kam B. auf den Wahlrechtspariergang vom 6. März zu sprechen. Er schilderte die Erfahrungen, die er selber im Tiergarten gemacht hatte, vor allem die Schießattende herrittener Polizei am Großen Stern, und knüpfte daran eine Reihe kritischer Bemerkungen. Am Rebenisch sah ein Herr Schmidt, ein früher bei Siemens beschäftigt gewesener Elektromonteur, der ihm gut bekannt war, aber nicht zu seinen Freunden gehörte. Dieser Schmidt und sein Begleiter, ein Schuhmann Schorle, der in Hüllscheidung war, hielten es, als sie B. über die Polizei sprachen hörten, für ihre Pflicht, aufzuwachen. Sie verließen dann das Lokal, doch leitete Schmidt später allein noch einmal zurück und äußerte, dem B. werde es besorgt werden. Besorgt wurde ihm eine Anzeige wegen Polizeibefehlsaufgabe.

Die Anklage, die von der Staatsanwaltschaft erhoben wurde, legte ihm zur Last, etwa Folgendes gesagt zu haben: Den Sonntag im Tiergarten werde ich nie vergessen, wie die 20 Kerle auf uns eintritten. Wir werden es aber der Bande schon heimzahlen. Aber was kann man von der halbverrückten Gesellschaft anders verlangen, in ihrer Jugend lernen sie es ja nicht anders. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, er habe sich sehr viel ausführlicher und in ganz anderem Sinne geäußert, aus dem Zusammenhang seiner Rede seien nur einzelne Sätze herausgegriffen und zu einem Ganzen vereinigt worden. Starke Ausdrücke, die etwa darin enthalten waren, seien nicht gegen die Polizei gerichtet gewesen, sondern gegen die ostelbischen Junker, denen man es bei den nächsten Wahlen heimzahlen werde. Der Schuhmann Schorle behauptete, daß B. gesagt habe, was in der Anklage stand. Mehr als diese Sätze habe B. nicht gesagt, mehr habe Zeuge nicht gehört, obwohl sein Tisch nur einen Meter entfernt gewesen sei. B. habe dabei Blide nach Schorle gemorren, wie wenn er ihn kränken wollte. Er, Schorle, sei erst am Abend vorher in Uniform in demselben Lokal gewesen, da habe B. ihn am anderen Tage in Zivil wiedererkennen müssen. Der Elektromonteur Schmidt, der auf eine Frage des Vorherrschenden den Schuhmann Schorle als seinen „guten Freund“ bezeichnete, unterstützte dessen Behauptungen. Er fügte hinzu, B. habe auch gesagt, wenn er Hausbesitzer wäre, würde er die Schuldeute mit der Hundepelle rausbauen, und von ihm würden sie keine Wohnung mehr kriegen. Auf eine Frage des Verteidigers, ob Zeuge mit B. verfeindet sei, bemängelte Schmidt den Ausdruck „verfeindet“, gab aber zu, daß das Gegenteil von Freundschaft zwischen ihnen besteht. B. Bekannter, ein Herr Schaumburg, der mit ihm an demselben Tisch gesessen hatte, bekundete, daß B. nicht „Kerle“ gesagt habe, daß der Ausdruck „der Bande werden wir es heimzahlen“, falls er überhaupt so lautete, sich nur auf die nächsten Wahlen bezogen habe. Mit der „verrückten Gesellschaft“ sei gemeint gewesen die vom ostelbischen Junkertum getriebene Bevölkerung, aus der so mancher Schuhmann hervorgehe, und B. habe gesagt, daß die Schuldeute froh seien, dieser Lage entrückt zu sein, daß sie aber trotzdem auf ihre eigenen Klassengenossen einließen. Daß in B.s Ausführungen die behaupteten Befehlsaufgaben gegen die Polizei nicht vorgekommen seien, versicherte auch ein Zeuge Vaginist, der im Lokal gewesen war.

Dem Staatsanwalt galt die Aussage Schaumburgs, der mit B. an demselben Tisch gesessen hatte, wenig oder nichts gegenüber den Behauptungen von Schorle und Schmidt, die vom Rebenisch aus gehört hatten. Er beantragte gegen B. 100 M. Geldstrafe. Auf wie schwachen Füßen die ganze Anklage und ihre Beweisführung ruhte, das zeigte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld in einer eindringenden Kritik der Aussagen von Schorle und Schmidt, die durch die Aussagen der anderen Zeugen widerlegt seien. Zur Begründung seines Antrages auf Freisprechung hob er hervor, daß bei B.s Bemerkungen über die Polizeiatende selbstverständlich am Rebenisch der Schuhmann und sein Freund sofort aufmerksam wurden und nun jedes weitere von ihnen ausgesagene Wort ertümelnd gleichfalls auf die Schuldeute bezogen. Der Angeklagte führte in einem Schlusswort aus, es werde ihn doch wohl niemand für so töricht halten, daß er in Gegenwart seines „Hausfreundes“ Schmidt so unvorsichtige Äußerungen tun könnte. Als er erwähnte, daß am Wahlrechtspariergang im Tiergarten ein Polizeioffizier das Publikum als „keine Bande“ beschimpft habe, untersagte der Vorsitzende ihm „solche unkontrollierbaren Erklärungen“.

Das Gericht kam zu dem Ergebnis, daß die Ohren, die vom Rebenisch aus gehört hatten, die zuverlässigeren seien, und verhängte über B. eine Geldstrafe von 100 M.

### Schuhmannsausagen

wurden gestern geprüft vor dem Landgericht I, Berlin, dessen Strafammer 8 (unter Vorsitz des Landgerichtsrats Nauß) sich wieder einmal mit einer sogenannten „Demonstrationsfall“ zu beschäftigen hatte. Der Angeklagte, ein Stellmacher Borchardt, wurde zwar nur beschuldigt, daß er dem Befehl eines Schuhmanns weiterzugehen nicht unbedingt Folge geleistet habe. Weils aber zufällig am 18. März und in der Umgebung des Friedrichshains gewesen war, so wurde das kurzherab den Demonstrationsfällen zugezählt. Das Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 141) hatte Borchardt freigesprochen mit der Begründung, daß er in der Renge nicht rascher habe weitergehen können, doch von der Staatsanwaltschaft wurde Berufung eingelegt.

Vor dem Landgericht endete ein Termin mit Vertagung, weil in der Verhandlung Zweifel darüber entstanden waren, ob die vernommenen Schuldeute vor dem Amtsgericht ebenso bestimmt wie hier ausgesagt hätten, daß B. „Rehen geblieben“ sei. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld hatte sich auf das Zeugnis des Amtsgerichtsrats Seligsohn, des Vorsitzenden jener Schöffensabteilung, berufen und seine Ladung beantragt, es wurde aber dann beschlossen, neben dem Vorsitzenden auch die beiden Schöffen samt Staatsanwalt und Gerichtsschreiber zu laden. Am Montag waren die Geladenen zur Stelle mit Ausnahme des Amtsgerichtsrats Seligsohn, der sich mit Krankheit entschuldigt hatte.

Der Angeklagte wiederholte die frühere Darstellung, daß er am Friedrichshain durch Polizei von einer Bank aufgefängt worden sei und weitergehend von einem Schuhmann einen Stoß in den Rücken bekommen habe. Nach wiederholten Versuchen, die Nummer des Beamten sicher zu ermitteln, habe er schließlich zu diesem Zweck einen Polizeileutnant angerufen, und der habe ihn dann zu seiner großen Ueberraschung stiller lassen. Das war geschehen, weil der betreffende Beamte, ein Schuhmann Off, dem Leutnant gesagt hatte, daß Borchardt nicht weitergegangen sei.

Die Frage, ob Off und seine Kollegen das vor dem Amtsgericht mit Bestimmtheit bekundet hätten, wurde durch das Protokoll der Amtsgerichtsverhandlung nur unvollständig beantwortet. Darin stand, ein Schuhmann habe gesagt, daß B. immer wieder stehen geblieben sei. Gerichtsschreiber Jähnichen, der das Protokoll

angefertigt hatte, erinnerte sich nicht mehr sicher an die Einzelheiten der Schuhmannsausagen. Er erklärte aber, wenn er so gefrieden habe, so sei auch so gesagt worden. Von dem beiden Schöffen wählte der eine nichts Sicheres mehr, während der andere sich der Aussage erinnerte, daß B. zwar zunächst weitergegangen, aber dann nach der Nummer fragend mehrmals wieder stehen geblieben sei. Kesseler Langefeld, der als Vertreter der Staatsanwaltschaft fungiert hatte, wählte nur noch von der Aussage, daß B. habe fortgeschritten werden müssen. Der Verteidiger wies immer wieder darauf hin, daß Amtsgerichtsrat Seligsohn wiederholt erklärt habe, die gegen B. vorgebrachten Aussagen seien doch gar nicht belastend. Aber keiner der Zeugen erinnerte sich hieran, und unaufgeklärt blieb, wie dann eine Freisprechung zustande kommen konnte.

Vernommen wurden dann aufs neue die Schuldeute Off, Kunz, Garcken und Wiltner, und wie im vorigen Termin vor dem Landgericht bekundeten sie aufs neue, Borchardt sei zunächst abgerend weitergegangen, sei aber dann stehen geblieben und habe Off von oben bis unten angesehen, sodas das Publikum sich darüber freute. Off versicherte wieder, er habe B. „weitergeschoben“, während vor dem Amtsgericht er selber von „weiterhinken“ gesprochen hatte, sodas der Vorsitzende Seligsohn ihm damals sagte: „Na, so sanft werden Sie ihn nicht geschubt haben!“ Die Zeugen Oelert, Sorn und Händorf, die mit B. zusammen gewesen waren, wiederholten, daß B. im Gedränge nicht rasch genug vorwärts gekommen sei, einen Stoß bekommen habe und weitergehend sich umgedreht habe.

Das Ergebnis dieser Beweisaufnahme wurde vom Staatsanwalt dahin zusammengefaßt, daß die Schuhmannsausagen erschüttert seien und der Angeklagte 3 Tage Haft verdiene. Der Verteidiger stellte fest, daß hier Aussage gegen Aussage stehe. In solchem Fall könne man doch nicht immer wieder nur den Aussagen der Schuldeute folgen. Der Angeklagte sei freizusprechen.

Das Urteil nahm Bezug auf eine Kammergerichtsentscheidung, nach der dem Schuhmannsbefehl wirklicher „unbedingter“ Gehorsam zu leisten sei. Das habe B. anfangs getan, aber nachher nicht mehr, vielmehr habe er sich schieben lassen. Daß er sich aufgelehnt habe, beweise ja auch der Beifall der Zuschauer. Eben dieser Beifall wirkte straffährend, weil er auf eine Erregung der Menge und eine dadurch bedingte Gefährdung der Polizei schließen lasse. Trotzdem wolle man den Angeklagten mit einer Geldstrafe von 30 Mark davon kommen lassen.

Wer glaubt noch nicht, daß Preußen ein Polizeistaat aber kein Rechtsstaat ist?

Ein Mann mit zwei Frauen mußte sich gestern in der Person des aus der Untersuchungshaft vorgeführten Schlichters Adolf Behr vor der I. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. — Die Verhandlung entrollte ein recht trübes Bild einer Ehe. Der Angeklagte, welcher aus Chemnitz kommt, verheiratete sich dort im Jahre 1899 zum ersten Male. Die Eheleute ließen nur zwei Wochen zusammen, da der Angeklagte entdeckte, daß seine Frau sich des Nachts auf den Straßen herumtrieb und Männerbekanntschaften suchte. Eine Ehebeendigung wurde aus formellen Gründen zurückgewiesen. Der Angeklagte kümmerte sich in Zukunft nicht mehr um seine sogenannte „bessere Hälfte“, bis diese eines Tages Sehnsucht nach ihm empfand und ihn in Oberschöneweide, wo er in Arbeit stand, aufsuchte. Der Angeklagte ging auch mit noch Chemnitz zurück. Das Zusammenleben dauerte wieder nur acht Tage und endete mit einer Denunziation seitens der Ehefrau wegen Zuhälterei. Weiter wurde jedoch bald wieder aus der Haft entlassen, da er fälschlich beschuldigt worden war. Der Angeklagte ging dann nach Berlin und heiratete hier im Jahre 1907 zum zweiten Male, nachdem ihm, nach seiner Behauptung, seine Ehefrau mitgeteilt hatte, daß die Ehe auf ihren Antrag hin geschieden sei. Tatsächlich war die erste Ehe nicht getrennt worden und in der gestrigen Verhandlung bestritt auch die Frau Nr. 1 dem Angeklagten niemals mitgeteilt zu haben, daß die Ehe geschieden sei. Das Gericht verurteilte deshalb den Angeklagten wegen Bigamie zu 6 Monaten Gefängnis.

## Vermischtes.

### Die Eisenbahnkatastrophe in Villepreux.

Bei dem Zusammenstoß der beiden Eisenbahnzüge auf dem Bahnhof Villepreux (Frankreich), über den wir bereits in unserer Sonntagsnummer berichteten, sind nach den vorliegenden Telegrammen 18 Personen getötet und etwa 80 verletzt worden. Da die Züge in Brand gerieten, sind die unter den Trümmern der Wagen hervorgezogenen Leichname teilweise bis zur Unkenntlichkeit zerstört. Das Unglück entstand dadurch, daß der aus Paris kommende Zug in voller Fahrt auf den im Bahnhof stehenden Personenzug aufzufuhr. Mehrere Wagen wurden zerstört, während andere in Brand gerieten. Im ganzen sind zehn Wagen ein Raub der Flammen geworden. Der Maschinist des getroffenen Zuges wurde vor Schreck irrsinnig. Auf dem Bahnhof spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Als Ursache der Katastrophe wird angegeben, daß an dem Zug ein Defekt an der Maschine war, den der Lokomotivführer des Zuges zu reparieren versuchte. Dabei habe er das Signal überfahren und so das Unglück veranlaßt.

### Haufeinsturz in Lemberg.

Eine schwere Katastrophe hat sich in der Nacht zum Sonntag in dem dichtbevölkerten Judenviertel der Stadt Lemberg zugetragen. Ein von vielen Familien bewohntes dreistöckiges Haus stürzte in sich zusammen und begrub eine große Anzahl Personen unter seinen Trümmern. Bisher wurden unter den Trümmern elf Tote und zehn Schwerverletzte hervorgezogen. Ueber das Schicksal vieler anderer Bewohner des Hauses ist bisher nichts bekannt; so wohnt beispielsweise bei einer Familie 25 bis 30 Schlafburschen, von denen noch keine Spur gefunden werden konnte. Auf der Unglücksstelle spielen sich herzzerreißende Szenen ab. Mütter jammern um ihre Kinder, die schrecklich verstümmelt aus den Trümmern hervorgezogen werden. Ein Familienvater, der seine ganze Familie bei der Katastrophe verlor, ist vor Schreck irrsinnig geworden.

Bei dem Einsturz einer Mauer in der Rue Muralla de San Francisco in Maureja (Spanien) wurden drei Personen getötet und achtzehn schwer verletzt. Von zwei Personen, die sich noch unter den Trümmern befinden, weiß man nicht, ob sie sich noch am Leben befinden.

### Gefahren der See.

Wie uns ein Telegramm aus London meldet, stieß am Sonntagabend bei dichtem Nebel an der englischen Küste in der Nähe von Holyhead der französische Dampfer „La Roschelle“, von Bilbao kommend, mit dem irischen Dampfer „Jews“ zusammen. Die „La Roschelle“ sank sofort. Trotz schleimigst vorgenommener Rettungsarbeiten konnten von der Besatzung des untergegangenen Schiffes nur neun Mann gerettet werden. Zehn Mann, unter ihnen der Kapitän, ertranken. Auch die „Jews“ ist bei dem Zusammenstoß schwer beschädigt worden.

In der östlichen Küste Frankreichs ist bei dichtem Nebel der englische Dampfer „Dbee“ auf einen Felsen aufgelaufen. Es gelang der Mannschaft, sich auf ein Ufer zu retten. Das Schiff wurde bei dem Ausrennen auf den Felsen fast vollständig zerstört.

### Zwei Pfaffen als Messerstecher.

Zu einer blutigen Kauferei kam es am Sonntag, wie und ein Telegramm aus New York meldet, in der Kirche der Stadt Williams im Staate Kentucky. An Stelle des bisherigen Pastors Vanover, der wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten in seinem Amte suspendiert war, wollte der neue Pastor Perry den Gläubigen seine Sonntagspredigt halten; er fand aber die Kanzel bereits durch seinen Vorgänger besetzt. Perry eilte auf die Kanzel, um seinen Gegner herunterzuholen. Nach kurzem Ringen griffen die beiden Gottesmänner zum Messer, in dessen Anwendung sie offenbar besser als in der Bibel bewandert waren. Schon nach wenigen Minuten hatte Perry seinem Gegner den Hals durchschnitten, so daß Vanover leblos von der Kanzel fiel.

Der streitbare Pastor will der nächsten Predigt das 5. Kapitel des Evangeliums Matthäi zugrunde legen, in dem es heißt: „Liebet eure Feinde.“

### Unwetter im Hafen von New York.

Kurz nach der Ankunft des Präsidenten Roosevelt ging am Sonnabend über den Hafen von New York ein schweres Unwetter nieder, das zahlreiche Opfer gefordert und großen Sachschaden angerichtet hat. Ein Motorboot der Steuerbehörde rannte während des Unwetters gegen eine kleine Dampfbarke, die sofort sank. Die gesamte Besatzung in Stärke von 14 Mann ist ertrunken. Fürchtbar hat der Sturm an den Häusern gewüthet,

die den Hafen umfäumen. Dächer wurden abgedeckt, Schornsteine umgestürzt, schwere Eisenzäune eingestürzt. 20 Personen sind während des Unwetters von Blitzen erschlagen worden. Die allgemeine Aufregung benutzte eine Einbrecherbande zu Raubzügen.

### Kleine Notizen.

**Schwere Automobilunfälle.** Das Automobil eines Breslauer Geschäftsmannes fuhr in der Nähe von Jordansmühl in Schlesien gegen einen Kilometerstein. Dabei erlitt der Kaufmann-Richner einen Schädelbruch und war sofort tot. Die Frau des Automobilbesizers trug schwere innerliche Verletzungen davon.

**Ein Messerstecher.** In Dillingen an der Saar erstach ein italienischer Arbeiter bei einem Familienstreit seine Schwägerin und verletzte seinen Bruder und seine Frau lebensgefährlich. Der Mörder wurde verhaftet.

**Vom Eisenbahzug überannt.** Der fünfjährige Sohn eines Piegelerarbeiters aus Bülften in Thüringen zog sein dreijähriges Schwesterchen in einem Wagen unter der geschlossenen Eisenbahnbarriere hindurch. Im nächsten Augenblick brauste der fällige Personenzug heran, erfasste den Wagen und zermalmte das kleine Mädchen, das sofort tot war. Auch der Knabe, der zur Seite geschleudert wurde, erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

**Ein Sergeant des Trierischen Feldartillerieregiments** wurde in Biewer bei Trier am Montag morgen erschossen aufgefunden. Neben der Leiche lag der gezogene Säbel des Erstochenen.

**Von Wilderern erschossen.** In Rastatt (Provinz Sachsen) wurde der Förster Jenzich bei einem Meloner mit Wilderern schwer verletzt. In hoffnungslosem Zustande wurde er in die Halleische Universitätsklinik überführt.

**Ein schwerer Brand wüthete** in der russischen Stadt Mohilew. Die Feuerbrunst zerstörte 600 Holzhäuser, 2 Kirchen sowie mehrere Schulen, zehn Menschen sind bei dem Brande umgekommen.

**Umfangreiche Diebstähle** haben in Paris drei Kanalräuber begangen, die jetzt von der Polizei verhaftet wurden. Die einer der Verhafteten eingestanden, haben die drei während der letzten sechs Jahre für 200 000 Francs Telephonkabel gestohlen.

**Die Arbeiten an dem „Pluviose“.** Bei den neuerdings wieder aufgenommenen Vergungsarbeiten wurden bisher 19 Leichen geborgen. Von den Vergungsmannschaften sind neun Personen durch die giftigen Gase, die ihnen aus dem „Pluviose“ entgegenströmten, schwer erkrankt.

**Der Kaiser Lenkballon Clouth** hat Sonntag nacht eine Fahrt von Köln nach dem Ausstellungslande in Brüssel unternommen. Die Fahrt ging glatt vonstatten, jedoch mußte der Ballon des Rebels wegen etwa eine Stunde über dem Ausstellungslande kreuzen. Die Fahrt nahm etwa 4 1/2 Stunden in Anspruch.

**Unwetter in Rumänien.** Schwere Unwetter haben in verschiedenen Landesteilen Rumaniens große Verwüstungen angerichtet. Die gefährdete Landbevölkerung berichtet, sind ganze Dörfer vernichtet, viele Personen, darunter zahlreiche Kinder, haben in den Fluten den Tod gefunden.

### Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Bezirk Schönhauser Vorstadt.)  
Am Freitag, den 17. Juni, verstarb unser langjähriger Mitglied, der Kollege

### Wilhelm Fiethe.

Schre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihenstephan, Falkenberg-Grauhof, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
30/4 Der Zweigvereinsvorstand.

### Gesang-Verein Liedertafel „West“.

Am 17. Juni verstarb unser langjähriger Sangesbruder  
**Ferdinand Rösner.**  
Die Beerdigung findet heute nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.  
61/3  
Der Vorstand.

### Todes-Anzeige.

Heute verschied plötzlich infolge Herzlähmung mein geliebter Mann, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Destillateur

### Wilhelm Schröder

im 83. Lebensjahre.  
Um stillen Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Seelstraße aus statt.  
27/3

### Todesanzeige.

Sonntag nachmittags 5 Uhr verstarb nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Maler

### Gustav Schenk

im 63. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Wulken-Kirchhofes, Fürstenbrunner Weg, aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

### Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, die uns von allen Verwandten, Freunden, Bekannten sowie den Parteinossen am Grabe meines geliebten Mannes, des Kaisers

### Adolf Schulze

zu teil geworden sind, spreche ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus.  
59/22  
Berlin, den 20. Juni 1910.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
Witwe Anna Schulze.

### Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, die uns von allen Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten am Grabe unseres einzigen umhergehenden Sohnes

### Alfred

zuteil geworden sind, spreche ich auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus.  
Die trauernden Eltern u. Großmutter  
Julius Zimmermann u. Frau.

### Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Kollegen der Firma Pöben u. Wulfe, sowie den Metallarbeitern meinen innigsten Dank.  
Frau Witwe Koch.

### Danksagung.

Für die zahlreiche und herzliche Teilnahme, sowie für die großartige Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres Bruders, Sohnes, Cousins

### Paul Schönau

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, den Mitgliedern des Vorkriegsvereins „Fech“, der Radfahrervereine „Raden 1900“ und „Goran I“ des Arbeiter-Majorsbundes „Freiheit“, den Genossen des 458. Regiments, dem Deutschen Metallarbeiterverband und den Kollegen der Firma A. Schneider unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Frau Anna Schönau.  
Walter Schönau, Familie Stein.

### Ortskrankenkasse d. Kürschner u. verwandl. Gewerbe zu Berlin.

**Bekanntmachung.**  
Die 2. Abänderung zum Statut (Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 11.25. Februar 1910) ist vom Bezirksausschuß genehmigt und tritt am Montag, den 27. Juni 1910, in Kraft. Abgeändert sind die §§ 1, 7, 10, 12, 13, 14, 15, 20, 29, 30, 36, 62 und 67. Die Einbringung der Abänderung an die Mitglieder erfolgt gemäß den Bestimmungen des § 67 Abs. 2 des Statuts.  
Der Vorstand. 276/10  
Carl Fiethe, Vorsitzender.

### Ortskrankenkasse der Gastwirte und verwandl. Gewerbe zu Berlin.

Gemäß dem Beschlusse der ordentlichen Generalversammlung vom 27. April 1910, genehmigt durch den Herrn Magistratskommissar für die Orts- und Betriebskrankenkassen am 28. Mai 1910, sind alle Wohnungsänderungen der erkrankten Mitglieder innerhalb 48 Stunden dem unterzeichneten Vorstand anzuzeigen. Diese Bestimmung tritt am 1. Juli 1910 in Kraft.  
Berlin, den 27. April 1910.  
Der Vorstand.  
H. Hoppe, G. Braun, Vorsitzender, Schriftführer.

### Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1233. Charitestraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.  
Mittwoch, den 22. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr

### Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter

im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15, Saal 3.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Hilpert. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.  
Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, ist es notwendig, daß alle Kollegen anwesend sind. Keiner fehlt!

### Mittwoch, den 22. Juni 1910, abends 6 Uhr

### Allgemeine Gürtler-Versammlung

in den Armuthallen, Kommandantenstr. 68/69.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die Statistik der Metallkammern. 2. Diskussion. 3. Erziehung zur Agitationskommission. 4. Verschiedenes.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

### Graveure! Zisleure! Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr

### Versammlung

im Dreddener Garten, Dreddenerstr. 45.  
Tages-Ordnung: 117/12  
1. Bericht über unsere Tarifverhandlungen und der Beschluß der Versammlung der Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Rege Beteiligung wird erwartet.

### Achtung! Erwerbslose Kranke. Achtung!

Da das Bureau am Donnerstag, den 30. Juni wegen Quartals-schluß geschlossen bleibt, erhalten die Kollegen schon am 29. Juni er. ihre Unterstüfung.  
Des Weiteren werden die Kollegen ersucht, ihre Unterstüfung abzudecken, da sämtliche Bücher bis zum 29. Juni er. zwecks Kontrolle eingezogen werden; ausgeschlossen davon sind die Kollegen, welche sich in Heilstätten oder Krankenhäusern befinden und ihre Unterstüfung nach Beendigung der Krankheit abgeben.

### Bellevue Woltersdorfer Schleuse,

empfehle ich zu Dampferpartien. 24658  
Großer Parkettsaal. Garten direkt am See.

### Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.  
Mittwoch, den 22. Juni 1910, abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend), in „Dräfels Festhöl“, Neue Friedrichstraße 35:

### Mitglieder-Versammlung

für alle in der Gipsbranche beschäftigten Putzer, Träger und Spanner.  
Tages-Ordnung: 137/90  
Bericht und Beschlusfassung über das Ergebnis der neuen Tarifverhandlungen mit dem „Berliner Beton-Verein“.

Mitgliedsbuch legitimiert. — Ohne dasselbe kein Zutritt.

Pflicht jedes Kollegen muß es sein, am Mittwoch gleich nach Feierabend zur Versammlung der Sektionsvorstand.

### Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Dräfels Festhöl, Neue Friedrichstr. 35:  
Mittglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Kämpfe der Gewerkschafts-Organisationen. Referent: Stadtverordneter Ad. Ritter. 129/9  
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Zahlreicher Besuch erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

Hierdurch machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß das

### Sommer-fest

bestehend in einer Dampferpartie nach der Krampenburg (Oberspree) am 7. August stattfindet. — Billets sind in den Zahlstellen, im Bureau und bei den Hauskassierern zu haben.  
Wir ersuchen jedoch die Kollegen, sich recht frühzeitig mit Billets zu versehen, da nur eine bestimmte Anzahl angegeben wird.  
Nach dem 28. Juli gibt es nur noch im Verbandsbureau Billets, weil bis dahin die Hauskassierer und Vertrauensleute abgerechnet haben müssen.  
An der Dampferanlegestelle werden Billets nicht mehr abgegeben.  
D. C.

### Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

und anderer gewerblicher Arbeiter (E. H. Nr. 3).  
Ortsverwaltung Berlin II.  
Dienstag, den 21. Juni, abends 8 Uhr, bei Reichardt (früher Toldsdorf), Wörster Str. 55:  
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung in Neustadt an der Haardt. 2. Verschiedenes. — Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert!  
184/7  
Die Ortsverwaltung.

### Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.

An alle Mitglieder d. Gesamtzweigvereins.  
Laut Mitteilung des Hauptvorstandes ist die Zahlung des außerordentlichen Streikbeitrages mit Sonnabend, den 18. Juni, aufgehoben und ist derselbe nur noch für diesen Tag zu zahlen.  
Gleichzeitig teilen wir den Kollegen mit, daß die tägliche Kontrollmeldung mit dem 18. Juni gleichfalls aufhört.  
Die arbeitslosen Kollegen haben ihr Verbandsbuch nebst Vorzeigung der Invalidenkarte von jetzt ab wie früher, des Freitags oder Sonnabends von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 1 bis 4 Uhr nachmittags, in einem unserer Verkehrslokale oder im Verbandsbureau zur Abstempelung vorzulegen. Wir ersuchen die Kollegen, hierdon Kenntnis zu nehmen.  
Der Zweigvereins-Vorstand.  
30/3  
H. Wilhelm Noack.

### 3 Fachwerkschuppen

eiserne, gebraucht, gut erhalten, sind zu verkaufen. Größe: 20/18, 24/17, 24/14,4 m. Mitteilungen unter Chiffre L. 3. Exp. d. „Kornwelt“.

### Parzelle M. 1100,

aus 100 M.a. verk. Kolonie  
Dabeiin Giesdorf, Marzahn  
Str. 5, part. Tel. 2g. 676.

### Achtung! Borneo!

hell, hochfeine Farben, Grand, Qualität und Deckkraft sehr gut, per Pfund 5,- Mk.  
Hamburger Rohrtabakhaus  
Filiale Berlin N.,  
Brunnenstr. 190.

### Achtung! Borneo!

hell, hochfeine Farben, Grand, Qualität und Deckkraft sehr gut, per Pfund 5,- Mk.  
Hamburger Rohrtabakhaus  
Filiale Berlin N.,  
Brunnenstr. 190.

### Hamburger Rohrtabakhaus

Filiale Berlin N.,  
Brunnenstr. 190.

### Gesichts-ausschlag

Seit 3 Jahren litt ich an einem heftigen, häßlichen

Schon nach 3 Tagen Gebrauch von Jander's Patent-Medizinale-Zeife ward Erfolg augensichtlich. Die Pusteln trockneten ein und es bildeten sich keine neuen mehr. Nach Verbrauch v. 2 Stk. war meine Haut vollständig rein. P. N. in Greiz. 3 Stk. 50 Pf. (15% ig) u. 1.50 M. (35% ig, härteste Form). Dazugehörige Juckend-Creme 75 Pf. u. 2 M. (sem. Juckend-Zeife (mild) 50 Pf. u. 1.50 M. In Berlin in Behrens Drog. (Apoth. S. StraÙe), Brand-Allee 120, C. Schulz, Chaussee-StraÙe 87, Hugo Schulz, Müller-Drog., Müllerstr. 106a, Otto Binder, Weinstraße 29; in Rixdorf: Drogenhaus Vincent, sowie in faml. Apoth., Drog. u. Parfüm. Nichts anderes aufreiben lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz!

### Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Nervenleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

### Syphilis-Nachweis

in allen frisch u. veraltet zweifelhaft. F.H. durch wissenschaftl. Untersuchung. sofort; besgl. Gumm. (bes. auf Gonorrhoe-Böden) u. Sputum-Analyse. Dr. Hameyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 159, im Kronen- und Rodenstraße, I. 5721. Vert. Rüdpr. bist. u. teiltel. Gedruckt von 8-3 Sonntags von 12-1.

### Achtung, Grünau!

Empfehle allen Freunden und Bekannten zu den bevorstehenden Sommerausflügen mein (renoviertes) Lokal und Garten. Nur rechte Speisen und Getränke zu billigen Preisen.  
Gustav Lindenkayn,  
Telephon 17. Friedrichstr. 2.

### Leihhaus seit 27 Jahren

Gelegenheitskäufe verfallener Brillanten, Gold-, Silberwaren etc. Moritzplatz, Ecke Oranienburgerstr. 61. I. im Hause der National-Bank. (früher Prinzenstr. 28)

### Beste Bezugsquelle Auf Teilzahlung

Wochentl. nur 1 Pfund Herren- und Damenuhren, Ketten, Wand-, Tisch-, Stand-, Uhren, Gramophone, Zithern und alle Musikwaren.  
Jahre & König,  
Warschauer Str. 65,  
Reinickendorfer Str. 101,  
Göbenstr. 19.

### Ungewitter's Kautabak

hell, hochfeine Farben, Grand, Qualität und Deckkraft sehr gut, per Pfund 5,- Mk.  
Hamburger Rohrtabakhaus  
Filiale Berlin N.,  
Brunnenstr. 190.

### Achtung! Borneo!

hell, hochfeine Farben, Grand, Qualität und Deckkraft sehr gut, per Pfund 5,- Mk.  
Hamburger Rohrtabakhaus  
Filiale Berlin N.,  
Brunnenstr. 190.

### Hamburger Rohrtabakhaus

Filiale Berlin N.,  
Brunnenstr. 190.

### Achtung! Borneo!

hell, hochfeine Farben, Grand, Qualität und Deckkraft sehr gut, per Pfund 5,- Mk.  
Hamburger Rohrtabakhaus  
Filiale Berlin N.,  
Brunnenstr. 190.

### Hamburger Rohrtabakhaus

Filiale Berlin N.,  
Brunnenstr. 190.

Partei-Angelegenheiten.

Eine Flugblattverbreitung für Groß-Berlin

findet am kommenden Freitag statt. Die Mitglieder der Wahlvereine werden um zahlreiche Beteiligung ersucht.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Anfang Juli erscheint wiederum eine neue Lokalliste. Wir ermahnen daher, alle Vorschläge bzw. Neuannahmen bis spätestens Sonntag, den 26. Juni, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Wartsch, NW. 20, Lessingstraße 32.

Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Bergmannstraße 65, II.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 59, Kottbuser Damm 7, Hof I b. Böfisch.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, O. 84, Straßmannstraße 20.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, C. 54, Auguststraße 51, Quergeb. IV.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, N. 58, Ledermünder Straße 17, II.

Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenthalstraße 24.

Für Teltow-Weesow an den Genossen Karl Mohr, Nizdorf, Seltowener Straße 15-16, IV.

Für Potsdam-Dönhafenland an den Genossen Emil Schubert, Spandau, Austraße 21.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorstände der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln.

Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokallisten der Lokalkreise so oft gestellten Verzicht hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 26. Juni einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des Weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Verzögerungen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:

Richard Henschel, Berlin N. 58, Ledermünder Straße 17, II.

Zur Lokalliste. Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß die von der Handwerkerkammer neu erbauten „Kammersäle“, Teltower Straße 1-3, Ecke Bellealliancestraße, Delonome Herr Palm, der Arbeiterkammer zu Verfügung gestellt werden, das gleiche ist der Fall mit den Räumen der „Versuchs- und Lehrbrauerei“ in der Seestraße.

Für Ausflügler, die Eichwalde besuchen, teilen wir mit, daß dortselbst folgende Lokale streng zu meiden sind: Hotel und Restaurant „Sandouci“, Wohnhoffstraße, Inhaber Rex; „Babuho's Restaurant“, Inhaber Bode; „Kathauskeller“, Bahnhofsstraße 12, Inhaber Lindner; „Wicherts Gesellschaftshaus“, Sofener Straße; „Schwedisches Blockhaus“, Inhaber Schlichtinger.

In Lyden i. M. steht uns nur das Lokal von Robert Deltow, Tempeliner Str. 181, zur Verfügung.

In Mariendorf ist „Gräbels Gesellschaftshaus“ nach wie vor gesperrt. Die Lokalkommission.

Das Ergebnis der Delegiertenwahlen im vierten Wahlkreis. Am Sonntag wurde im vierten Kreise eine Urabstimmung vorgenommen über die nach dem internationalen Kongress in Kopenhagen zu entsendenden Delegierten.

Es wurden 2718 Stimmzettel abgegeben. Davon waren 21 ungültig.

Gewählt wurden: Genosse A. Hoffmann mit 1582 Stimmen und Genosse B. Hoffmann mit 708 Stimmen.

Die übrigen Stimmen verteilten sich auf die anderen 15 Kandidaten. Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr im großen Saale des Volkshauses, Köpenicker Str. 3: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Kassensbericht vom 2. Quartal. 3. Neuwahl des Vorstandes und der sämtlichen Funktionäre. 4. Vereinsangelegenheiten (Volkshaus-Agrie). Der Vorstand.

Friedenau. Heute abend pünktlich 7 1/2 Uhr bei Medells, Handwerkerstraße 60/61, Mitgliederversammlung. Referat des Genossen Dr. Max Schäfer über „Freiligrath“. Außerdem ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Der Vorstand.

Schlenderdorf (Wannseebahn). Die Generalversammlung des Wahlvereins findet nicht heute, Dienstag, den 21. Juni, sondern nächsten Dienstag, den 28. Juni, statt. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute abend, pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im Lokal der Gehr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5/6, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Bied über: „Unsere Taktik“. 2. Stellungnahme zum Internationalen Kongress. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Tempelhof. Am Mittwoch, den 22. Juni, findet im Parkrestaurant Kreidenweh, Berliner, Ecke Dorfstraße, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Schriftstellers Genossen Max Grünwald über Die politische Lage. Diskussion und Verschiedenes. Genossen und Genossinnen, sorgt für zahlreiche Besuch dieser Versammlung.

Ortsteil Treptow. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in der Bahnhofsstraße. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Böcke „Der internationale Kongress in Kopenhagen“. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Heute abend, pünktlich 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung unseres Bezirks im Lokal von Bausdorf, Generalstr. 18, statt. Tagesordnung: 1. Unser Ziel und unsere Wege. Referat Genosse Schacht. 2. Bericht der Funktionäre. 3. Funktionärswahl. 4. Stellungnahme zum Parteitag. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Posen. Am Donnerstag, den 23., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Genossen B. Kurzner eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag des Genossen Reichstagsabgeordneten Emil Eichhorn über

das Thema: „Die Internationale“. Lokalangelegenheiten. Verschiedenes. Die Parteigenossen wollen für diese Versammlung rege agitieren. Der Vorstand.

Pantow. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Großfurt, Berliner Str. 27, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Neuwahl der gesamten Bezirksleitung. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Bezirksleitung.

Biesdorf. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Jahlabend bei Gustav Berlin. Die Bezirksleitung.

Potsdam. Am Mittwoch, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, für die Wahlvereinsmitglieder: Jahlabend. 1. Bezirk: Wegener, Ecke Alter Markt und Kaiserstraße. 2. Bezirk: Blajer, Kaiser Wilhelmstraße. 3. Bezirk: „Viktorgarten“, Alte Luisenstraße.

Berliner Nachrichten.

Die Juristische Sprechstunde findet in der Zeit vom Donnerstag, den 23. d. Mts., bis zum Donnerstag, den 14. Juli, einschließlich in den Abendstunden von 7 1/2 bis 9 1/2 des Sonntags von 6 bis 7 1/2 Uhr statt.

Jugendliche Ausflügler.

Zahlreich waren sie gekommen, die jugendlichen Arbeiter, die der Jugendausschuss am Sonntag zu einem Ausfluge nach dem Müggelschloß bei Friedrichshagen eingeladen hatte.

In aller Frühe hatten sich die jungen Deutschen an bestimmten Stellen eingefunden, um von hier aus unter Leitung eines Ordners ihre Partie anzutreten. Jeder Teilnehmer hatte sich mit Proviant versehen, da in frischer Luft der Appetit noch größer ist als sonst und mit den Mitteln sehr häuslich-haltbar zu Werke gegangen werden muß.

Der am Sonntag selbst einen Ausflug nach der östlichen Vororten wie Karlsruhorst, Sadowa, Friedrichshagen unternahm, konnte schon in den Eisenbahnzügen Gruppen von jungen, lustigen Menschen bemerken, die froh und vernehmlich ihre Wanderlieder erklingen ließen. Einzelne Gruppen wählten den Weg über Grünau, von wo aus die Teilnehmer sich übersehen ließen und dann zu Fuß dem Ziele zustrebten. Marschlieder durchhallten den Wald und es war eine wahre Freude, zu sehen, wie wohlgefittet die jungen, werdenden Menschen sich bewegten.

Im Müggelschloß hatten sich gegen 2500 Jugendliche eingefunden, zu denen sich etwa 500 Erwachsene gesellten, wo sie bei Gesang und Spiel anregende Unterhaltung fanden. Im Walde hielt Genosse Adolf Hoffmann eine Ansprache. Und als der Abend hereinbrach, mag es manchem Teilnehmer schwer geworden sein, sich von seinen Kameraden zu trennen. Der Verlauf der Veranstaltung war ein vorzüglicher. Die Gendarmen fanden nichts zu tun.

Von Arbeitern der städtischen Straßenreinigung geht uns folgendes Schreiben zu:

Die Lohnhöhung, die die städtische Straßenreinigung ihren Arbeitern hat zulassen lassen in der Höhe von 15 resp. 25 Pf., soll anheimend nach Ansicht der Arbeiter dadurch wieder herausgewirtschaftet werden, daß einfach keine Hilfskräfte angenommen werden, obwohl jetzt ein Mangel an Arbeitskräften besteht, wie in keinem Jahre zuvor. Sind doch für die Fahrzeugdepots allein fast auf jeder Abteilung 2-4 Mann als Fahrer abkommandiert worden; dazu 2 Mann auf Urlaub und im Durchschnitt 3 Mann krank, sodaß zumeist 7-9 Mann in den Abteilungen fehlen. Daß da von einer regulären Arbeitsleistung nicht die Rede sein kann, muß jedem, der im Betriebe Verscheid weiß, einleuchten. Die Direktion wird nun sagen: „Ja, die Arbeit wird doch jeden Tag fertig im Bezirk.“ Gewiß — man frage aber nur wie; es ist eine wahre Treibjagd. Daß eine solche Abheerei auf die Dauer der Gesundheit der Arbeiter schädlich ist, sollte auch der Direktion einleuchten. Nichtsdestoweniger „spart“ sie und denkt gar nicht an die Einstellung von Hilfskräften. Die Herren Vorgesetzten — so mancher ist aus der vorhandenen großen Schaar derselben vollkommen überflüssig — haben für eine vernünftige Gestaltung des Dienstes keine Zeit, vielmehr geht manchem auch das Verständnis dafür ab. Dafür erschöpfen sie ihre „Intelligenz“ nach Art preussischer Unteroffiziere in Schiltanen der Arbeiter beim „Lumpenappel“. Jede Nichtigkeit gibt da Anlaß zu unverständlichen Reden gegen die Arbeiter. Die gewerkschaftlich organisierten werden ganz besonders gemißbilligt, wogegen die Direktion nichts einzuwenden zu haben scheint. Das gesetzlich festgelegte Koalitionsrecht ist der Direktion einfach Luft. So hat sie kürzlich einen Aufseher gegen die jugendlichen Arbeiter losgelassen mit dem Auftrage, die der Jugendsektion des Gemeindearbeiterverbandes angehörnden Mitglieder herauszufindeln. „Wer dem Verbanne angehört, der fliegt raus!“ so wurde ungeniert gedroht, ohne sich darum zu kümmern, daß man gar kein Recht hat, in das außerdienstliche Tun und Lassen der Arbeiter hineinzureden. Was hat es für einen Sinn, wenn der Oberbürgermeister im Rathaus feierliche Versprechungen für das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter abgibt — und die Betriebsleitungen pfeifen auf solche Versicherungen ihres höchsten Chefs!

Kranke erster und zweiter Klasse.

Die gemischte Deputation zur Beratung des Antrages des Stadtvorordneten Dr. Gelpke wegen Errichtung besonderer Abteilungen für zahlende Kranke in den städtischen Krankenhäusern trat gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Rischner zu ihrer zweiten Sitzung zusammen. Mit allen gegen zwei Stimmen hielt die Deputation die Errichtung besonderer Abteilungen für Kranke aus dem Mittelstande für erwünscht. Vergebens wurde von dem Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, Genossen Dr. Wehl, darauf hingewiesen, daß die Verwirklichung dieses Projekts nicht nur eine Verringerung der heute für den übrigen Teil der Bevölkerung zur Verfügung stehende Betten zur Folge haben wird, sie wird auch den Anlaß zu recht häufigen und zahlreichen Beschwerden bilden. Es hat viele Jahre bedurft, um die Abneigung des Publikums gegen die Krankenhäuser zu verringern. Ganz ist dieselbe bis heute noch nicht geschwunden und es wird in demselben Augenblicke, in dem verschiedene Klassen geschaffen werden, auch für viele Tausende von Patienten der Krankenhäuser der Anlaß gegeben sein, sich als Pflegling der letzten Klasse, für den eben alles gut ist, benachteiligt zu betrachten. Das erscheint um so bedauerlicher, als jahrelange Erfahrungen und belehren, daß eine Reihe von Krankenkassen sachgemäße Pflege und Behandlung nur in Krankenhäusern finden können, und daß andererseits viele Tausende von Angehörigen des Proletariats, mit welchen die Krankenhäuser zu rechnen haben, in ihren gönglich unzulänglichen Wohnungen niemals die erhoffte Heilung finden werden. — Der gestrigen Sitzung wurde nun als Verpflegungsfestsetzung der Betrag von 6 M. für den Tag vorgeschlagen. Für die ärztliche Behandlung, für die

Operationen usw. darf ein Honorar in den Grenzen der Gebührenordnung erhoben werden. Es wird allerdings erwartet, daß die Ärzte bei Bemessung ihrer Honorarforderungen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kranken sorgfältig berücksichtigen. — Es wurde zunächst empfohlen, im Krankenhaus Moabit einen Versuch zu machen durch Errichtung eines Hauses mit etwa 60 Betten für beide Geschlechter. Es sollen Zimmer für 1, 2, 3 und 4 Betten vorgesehen werden. Beim Vorprojekt des Umbaus des Erziehungshauses am Urban soll auf Errichtung eines ähnlich großen Hauses für zahlende Kranke Rücksicht genommen werden. Bei der Errichtung des Verpflegungsfestes und des ärztlichen Honorars ergaben sich so verschiedene Auffassungen, daß die weitere Beratung einer Verlegung anheimfiel. Das ganze Projekt ist ein tatgeborenes Kind; dem Mittelstand kann auch mit diesem Plan nicht geholfen werden. Die Stadt soll sich zur Aufgabe machen, die Einrichtungen der Krankenhäuser soweit auszubauen, daß Kranke jeglicher Art dort eine einwandfreie ärztliche Behandlung, Verpflegung und Abwartung finden können, daß jeder schnell und gründlich Heilung findet. Den Wohlhabenden aber eine Extravurst anzurichten, kann nicht Aufgabe der Stadt sein.

Gegen die Beschneidung der Straßen durch Hunde richten sich Beschwerden, die beim Polizeipräsidenten von Schöneberg-Wilmersdorf eingegangen sind und die ihm Veranlassung gegeben haben, sich an die städtischen Behörden von Schöneberg und Wilmersdorf zu wenden mit der Anfrage, ob sie bereit seien, Maßnahmen gegen die Hundepilger auf den Straßen zu treffen. Besonders schlimm soll es in der Uhlandstraße und im Dapfischen Viertel ausfallen, wo die Zahl der Stubenhunde, die täglich einigemal auf die Straße geführt werden, sehr groß ist.

Der Polizeipräsident hält es deshalb aus hygienischen Gründen für dringend notwendig, daß die Gemeinden ihre Hundesteuer-Ordnung einer Revision unterziehen und Bestimmungen erlassen, die den Hundebesitzern bestimmte Verpflichtungen bezüglich der Sauberhaltung der Straßen auferlegen. Die Gemeinde Friedenau hat bereits einen Antrag zur Hundesteuer-Ordnung erlassen, nach dem die Besitzer verpflichtet sind, die Tiere in den großen Verkehrsstraßen und auf den öffentlichen Plätzen an der Leine zu führen und im „Kotfalle“ an den Straßendam zu gefesseln.

Die Meldung, daß die westlichen Vororte in Gemeinschaft mit Berlin die Erhöhung der Hundesteuer auf 60-70 Mark planten, ist Hundstaplerphantasie, würde auch zur Folge haben, daß die kleineren Leute ihre vierfüßigen Lieblinge verlieren, während die reichen Leute etwas tiefer ins Portemonnaie griffen oder aber nach Gemeinden ziehen würden, die solchen Maßnahmen abhold sind.

Aufmerksam machen wollen wir besonders, daß in Berlin neuerdings streng darauf geachtet wird, daß Hunde öffentliche Anlagen nicht beschmutzen, will der Besitzer des Hundes nicht Bestrafung riskieren.

Tierchupredigten wurden am vergangenen Sonntag nach englischen Muster in zahlreichen Berliner Kirchen gehalten. Im vorigen Jahre geschah das nur in der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche. Inzwischen haben sich die deutschen Tierchupredigten mit Erfolg an die evangelische Geistlichkeit gewendet, um die Tierchupredigt an einem bestimmten Sonntag im Monat Juni oder Juli zu einer ständigen Einrichtung zu machen.

Wir haben von jeder für den Tierchupredigt, soweit er nicht in Tierluzus und Tiervergötterung ausartet, Verständnis gehabt. Auch gegen die Predigt des Tierchupredigt in den Kirchen wäre nicht Besondere einzuwenden. Doch sind unsere Kirchen dank der Verächtung ihrer „Hirten“ heutzutage allbekanntlich so gähnend leer, daß hier die Tierchupredigt so gut wie verfallt. Angesichts der Stellung der Kirche zu der Menschenschupredigt erstrebenden Arbeiterschaft haben diese geistlichen Tierchupredigten auch nur einen bedingten Wert.

Im Freibad ertrunken. Wohl in keinem Sommer hat der Badesport so viele Opfer gefordert als in diesem Jahre. In der verfloßenen Woche haben in den Gewässern in der Umgebung Berlins nicht weniger als 15 Personen, zumeist Berliner, den Tod gefunden. Vom Sonntag wird uns über zwei neue Fälle berichtet. Im Freibad Grünau ertrank ein unbekannter, etwa 35jähriger Mann. Er war eine Strecke ins Wasser hineingeschwommen und bekam plötzlich einen Krampfanfall. Zwei in der Nähe schwimmende junge Leute machten Versuche, den Untergetunden zu retten, die aber mißlingen. Die Leiche des Unbekannten konnte noch nicht geborgen werden. — Ferner fand in der Habel ein Schwimmer den Tod in den Fluten. Am Kladowener Ufer hatte ein junger Mitte der zwanziger Jahre stehender Mann gebadet. An verbotener Stelle war er ins Wasser gegangen. Der Fremde, der anscheinend die Abficht hatte, nach dem gegenüberliegenden Freibad Wannsee zu schwimmen, hatte seine Leistungsfähigkeit wohl doch allzusehr überschätzt. Inmitten der Habel verließen ihn schließlich die Kräfte, sodaß er unterging und ertrank.

Kollision zwischen Schleppdampfer und Motorboot. In der Nähe des Sportdenkmals in Grünau stieß Sonntagabend der Schleppdampfer „Prinz Eitel Friedrich“ mit einem vollbesetzten Motorboot, das die Ueberfahrt von Marienlust nach Grünau besorgte, zusammen. Das Motorboot wurde so scharf angekratzt, daß es ein großes Led erhielt und sofort zu sinken begann. Unter den etwa zwanzig Passagieren des Motorbootes entstand eine große Aufregung. Das Personal des Schleppdampfers machte sich sofort an die Vergung der gefährdeten Personen. Sämtliche Insassen wurden rechtzeitig auf den Schleppdampfer gerettet und dann an Land gebracht. Das Motorboot selbst ging unter. Wodurch der Unfall herbeigeführt wurde, steht noch nicht fest.

Unfälle im Straßenverkehr.

Ein schwerer Straßenbahnunfall trug sich am Sonntagabend gegen 1/8 Uhr am Neuen Tor zu. Die in der Schwedter Str. 12 wohnhafte Buchhalterin Anna Wöller hatte einen Wagen der Straßenbahnlinie V bemitt und verließ diesen an der erwähnten Stelle während der Fahrt. Frau W. kam dabei zu Fall und schlug mit dem Kopf so heftig auf das Straßenpflaster auf, daß sie eine blutende Kopfwunde und eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Die Verunglückte wurde zunächst nach der Charité gebracht und von dort dem Krankenhaus Moabit zugeführt. Ein schrecklicher Verkehrsunfall hat sich am Sonntagabend spät abends in der Oberstrasse ereignet. Das sechsjährige Töchterchen Elisabeth des Schlächters Koch, Maternstr. 8, war von der Mutter in die Kaufhausstraße geschickt worden, um eine kleine Verorgung zu erledigen. Beim Ueberqueren des Bahndammes an der Ecke der Matern- und Oberstrasse geriet die Kleine gegen einen Wagen der städtischen Straßenbahn. Sie wurde gegen die Schutzvorrichtung geschleudert, niedergedrückt und eine ganze Strecke mitgeschleift. Blutüberströmt wurde das bedauernswerte Kind nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, wo schwere Schädel- und innere Verletzungen bei ihm festgestellt wurden. — Ueberfahren und schwer verletzt wurde gestern abend um 7 Uhr der Dreifacher Max Leitow, der angeblich in Dierkenwerder bei dem Schankwirt Gramewald wohnhaft sein soll. Der Mann, der etwas angegraben war, geriet vor dem Hause Danzigerstr. 63 unter die Räder der Straßenbahn der Linie Barthaer Brücke-Birchow-Krankenhaus, die von der Landsberger Allee kam und wurde so unglücklich überfahren, daß er mit schweren Kopfverletzungen nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht werden mußte.

Aus dem Wasser gefischt wurde gestern die Leiche des 12 Jahre alten Sohnes Ernst des Sattlers Weiphal aus der Ritterstr. 30b, der seit Donnerstag nachmittag verschwunden war. Die Eltern er-

# Vorort-Nachrichten.

führten beim Suchen, daß ihr Sohn zuletzt am Waterlooufer gesehen worden war, wo er gespielt hatte. Hier hörte jede Spur auf. Es hat aber niemand gesehen, wie der Knabe in den Landwehrkanal hineingeraten ist. Wahrscheinlich ist er von der Uferböschung gefallen. Gestern abend fand man vor dem Haupte Kottbuser Ufer 52 seine Leiche.

Der Leichensund in Mariendorf ist auch bis heute noch nicht weiter aufgetaut. In der Wohnung des Fabrikanten Kohnmeier in der Alexanderstraße 1b hat die Kriminalpolizei eine große Menge Phantasi gefunden. Kohnmeier beschaffte es sich schon vor einem Jahr auf einen Giffstein, den er daraufhin erhielt, daß er Phantasi zu seinen gewerblichen Zwecken gebraucht. Der zersahrene Mann hatte schon damals die Absicht, sich das Leben zu nehmen und war längere Zeit von Haupte weg.

Unglücksfälle auf dem Wasser. Opfer des Segelsports. Sonntag nachmittag feuerte ein mit 3 Herren aus Berlin besetztes Boot bei Sakrow. Zwei Insassen konnten gerettet werden, einer ertrank. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Geleitet ist am Sonntagvormittag ein Segelboot auf der Havel, bis-a-bis Babelsberg. Von den Schwimmern der nahen Militärschwimmhalle konnten die Insassen, zwei Herren und eine Dame, gerettet werden.

Der Verein „Arbeiter-Jugendheim“ hielt am 15. Juni im Gewerkschaftshause seine erste Mitgliederversammlung ab. Genosse Schenk referierte über „Die Bedeutung der Jugendheime für die Arbeiterbewegung“. In Deutschland seien bis jetzt 86 Jugendheime errichtet worden. Das für Berlin ins Leben gerufene Heim in der Brunnenstraße sei in den vier Monaten seines Bestehens (Februar bis Mai) von 1007 Jugendlichen besucht worden, darunter waren 135 weibliche. Von den Besuchern waren 546 Mitglieder der Freien Jugendorganisation, 20 des Metallarbeiter-Verbandes, 15 des Transportarbeiter- und 19 des Lithographen-Verbandes; 452 Jugendliche gehörten keiner Organisation an. Nach dem Alter waren 14 bis 18 Jahre 681 (also 64 Proz.), 17 Jahre 341, 18 Jahre 108, 19 Jahre 50, 20 Jahre 25 Besucher. Die Handbibliothek ist 1607mal benutzt worden. Es wurden verlangt 641 Bände Unterhaltungsliteratur, 280 Bände aus der Kultur, Welt- und Kunstgeschichte, 101 Reisebeschreibungen, 64 Bände aus dem Gebiete der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaft. Die Spiele wurden recht rege benutzt. Die Erfahrung der ersten Monate hat bewiesen, daß ein dringendes Bedürfnis der Jugend nach solchen Jugendheimen vorhanden ist. Will man, daß die Jugend von den Straßen und Kummelplätzen, aus den Kneipen und Kinematographen-Theatern fort komme, so müssen mehr Jugendheime geschaffen werden. Die Agitation für den Verein „Arbeiter-Jugendheim“ muß noch viel energischer betrieben werden, damit die finanzielle Grundlage für die Errichtung weiterer Jugendheime geschaffen wird.

Der Kassenbericht für die Zeit vom 1. Dezember 1909 bis 31. Mai 1910, den Genosse Jacobowsky erstattete, ergab eine Einnahme von 8162,80 M. und eine Ausgabe von 4956,96 M., er schließt mit einem Bestand von 3205,84 M. ab.

In der längeren Diskussion, an der sich die Genossen Scholz, Wenzel, Davidsohn, Gaen, Brandenburg, Rosenfeld und Meißner beteiligten, wird moniert, daß das Jugendheim nicht den Jugendsektionen der Gewerkschaften und der Jugendorganisation zu Verfügung steht. Wenn dies bei den jetzigen räumlichen Verhältnissen nicht möglich sei, möge bei der Schaffung weiterer Jugendheime darauf Bedacht genommen werden. In den Kreisen der Genossen müsse auch mehr Propaganda für den Jugendheimverein entfaltet werden. Auch würde der Wunsch ausgesprochen, für Mosbit recht bald ein Jugendheim einzurichten. Ein Antrag des Genossen Davidsohn, alle Vierteljahr eine Mitgliederversammlung stattfinden zu lassen, wird angenommen, ebenso der Antrag Scholz, bei der Schaffung weiterer Jugendheime auf das Vorhandensein eines Versammlungssaales besonderen Wert zu legen.

Sportpark Steglitz. Die Rennen am Sonntag, den 19. Juni, waren fast ausschließlich den Dauerfahrern hinter großen Motoren gewidmet, und zwar ein Stundenrennen und ein 100 Kilometer-Rennen. Ein wenig jubelndes Geseh, und war der Verlauf der beiden Rennen wohl wenig danach angetan, für diesen Sportzweig neue Anhänger zu werden. Als mildebrüder Umstand kam der heftige Wind gelte, der den Fahrern sehr hinderlich war und ihre Kräfte lähmte. So kam es, daß in jedem Rennen, in denen je fünf Fahrer starteten, nur zwei dasselbe ernstlich bestritten, während die anderen drei Teilnehmer weit zurück endeten. Aber auch der jeweilige Zweite mußte die völlige Ueberlegenheit seines Besiegten anerkennen. Das Rennen war reich an Modestellen und Wechseln der Führung. — Im „Goldene Stern“, dem Stundenrennen, blieb L. V. Banderstuyft siegreich vor van Rel, Mauß, Daß und di Rojo. Der Holländer van Rel führte bis zur 26. Runde, wo er dem Belgier den Vortritt lassen mußte. Durch Modwechsel büßte er später noch mehr Boden ein, doch kam er gegen den Schluß eine Runde gutmachen. Mauß hielt sich angelehnt an den Hinterrand, doch er kurzzeitig aktiver Soldat ist und daher nicht genügend Training hat, ließlich, während Daß und di Rojo versagten. — Das „Goldene Motorrad“ sah den Franzosen Serds als überlegenen Sieger vor Theile, während Dientman und Butler weit zurücklagen und Smart nach dem 80. Kilometer ganz ausgab. Zum Beginn spitzte sich das Rennen zu einem Kampf zwischen dem Berliner und dem Franzosen, der die Führung hatte. Aber Theile, der beinahe eine Runde im Rückstand war, holte zusehends auf und paßte alle seine Gegner, so daß er von der 20. Runde an das Rennen führt. Butler folgt an zweiter Stelle, wird dann aber von Serds verdrängt, und da Theile sich im Beginn zu sehr verausgabt hat, erobert der Franzose in der 68. Runde die Spitze zum zweiten Male und spielt nun mit seinem Gegner. Die anderen drei Teilnehmer wechseln fortwährend Rad und Führung und Dientman gelangt durch das gewöhnliche Werk Butlers auf den dritten Platz. — Im Meilenrennen der Flieger sicherten sich H. Müller und Kiehne einen guten Vorsprung und heimten fast alle Prämien ein. — Der Besuch war gut. Ergebnis: Der „Goldene Stern“ (Stundenrennen). 1. L. V. Banderstuyft, 86,900 Kilometer; 2. van Rel, 85,250 Kilometer; 3. Mauß, 83,270 Kilometer; 4. Daß, 81,900 Kilometer; 5. di Rojo, 80,400 Kilometer. Das „Goldene Motorrad“ (100 Kilometer). 1. Serds, 1 Std. 26 Min. 20 1/2 Sek.; 2. Theile, 2080 Meter; 3. Dientman, 6500 Meter; Butler, 9500 Meter. Meilenrennen: 1. Lorenz, 2. Ganzboort, 3. Ehler, 4. R. Müller, 5. Müller, 6. Kiehne 4 Prämien.

Das Theater Follies Caprice bietet auch im Sommer manch lustige Unterhaltung. Der neue Theaterzettel enthält nicht weniger denn vier zum Teil recht pittoresken Sachen. Da ist zunächst der Einakter: „Das Verführungsfest“ von Rudolf Prebbers, dann ein Schwank v. Alfred Grünwald und Richard Dömal: „Waffelchen“, in dem zwei neuvermählte Ehepaare ihre Frauen und ihre Männer um ein Haar absichtlich verwechselten. Dann folgt eine aus dem Italienischen übersehte Farce: „Der Koffer“ und schließlich die Komödie: „Die feine Leinwand“. Mehr Abwechslung an einem Abend kann man kaum verlangen.

Wer ist der Teufel? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 8. d. M. wurde in Nieder-Schöneeweide aus der Spree die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes gefunden. Er war 1,70 Meter groß, unterseht, hatte dunkles Haar, grauemelerten Schnurrbart, rundes Gesicht und war bekleidet mit schwarzer Schirmmütze, dunklem Jackettanzug, rotgefärbtem Hemd und Jagdstiefeln. — Personen, welche über den Unbekannten nähere Angaben machen können, wollen sich an den Amtsvorsteher zu Wlbersdorf wenden oder zu dem Altengärtchen 288 IV. 1. 10 der Kriminalpolizei, Polizeipräsidium, Zimmer 330 Mitteilung machen, wo auch ein Photographie der Leiche ausliegt.

## Schöneberg.

Der dritte Verwaltungsbericht des Magistrats der Stadt Schöneberg ist soeben erschienen. Es ist ein stattlicher Band, in dem in übersichtlicher Weise die kommunale Tätigkeit vom 1. März 1908 bis 31. März 1909 vom Direktor des Statistischen Amtes eingehend dargestellt ist. Die Bevölkerungsbevölkerung, das Wohnungswesen, das Steuerwesen, die Erwerbsverhältnisse, das Bildungswesen, das Armenwesen, die Gesundheitspflege, das Bestattungswesen, kurz alle Verwaltungszweige dieser zur Großstadt gewordenen Kommune werden bis in die kleinsten Details behandelt. Dem 108 Seiten umfassenden, mit zahlreichen Illustrationen versehenen Verwaltungsbericht liegen eine Anzahl Karten über das Kanalisations-, Pumpwerk und die Sandfanganlage sowie zwei farbige Uebersichtspläne der Stadt Schöneberg unter Berücksichtigung der vom 1. Mai 1909 geltenden Bebauungspläne bei.

Von einem Geschäftswagen überfahren und getötet wurde am Sonntagabend gegen 1/2 Uhr abends der sechsjährige Sohn Willi des in der Belgier Str. 63 wohnhaften Arbeiters Wädle. Der Kleine hatte mit mehreren anderen Kindern an der Ecke der Belgier und Klotzenstraße gespielt, als plötzlich ein Geschäftswagen der Vereinigten Expeditionsgesellschaft in scharfem Trabe um die Ecke bog, gerade in dem Augenblick, als die Jungen über den Fahrdamm laufen wollten. Willi W. wurde von dem Gespann erfasst, zu Boden gerissen und geriet unter das Gefährt, dessen Räder über ihn hinweggingen. Der bedauernswerte Knabe erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen und war sofort tot.

## Charlottenburg.

Eisernverein für freie Erziehung. Auf das am Mittwoch, den 22. Juni, im Waldhaus, Tegeler Weg (Inhaber Fritz Kant), stattfindende große Kinderfest wird nochmals hingewiesen. Eintrittspreis für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 10 Pf. Der Vorstand.

## Groß-Lichterfelde.

Aus dem Teufelskanal gefanget wurde vorgestern die Leiche des seit dem 14. d. Mts. aus seiner Wohnung, Bismarckstr. 29, verschwindenden Schneidemeisters Albert Zimmermann. Aus einem bei dem Toten vorgefundenen Brief geht hervor, daß der Schneidemeister einer Halskrankheit wegen, die er für unheilbar hielt, Selbstmord verübt hat.

## Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung stand u. a. die Vorlage einer neuen Umsatzsteuerordnung zur Beratung. Während bisher jedes Rechtsgeschäft der Steuer unterlag, tritt die Befreiung nach der neuen Vorlage in Zukunft jede Eigentumsübertragung. Wesentliche Änderungen erfahren die §§ 2-8. Nach § 2 wird ein von der Steuer unterliegender Umsatz auch angesehen: a) wenn Grundeigentum einer Gesellschaft oder eines Vereins auf einen bisherigen Gesellschafter oder ein bisheriges Vereinsmitglied übergeht, auch wenn es nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts einer Auflösung nicht bedarf; b) wenn der Erwerb von Grundstücken im Wege der Uebertragung des Vermögens einer Gesellschaft oder deren Umwandlungen von Gesellschaften und Genossenschaften erfolgt, und zwar auch dann, wenn es nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts einer Auflösung nicht bedarf. Erfolgt der Umsatz auf Grund mehrerer Veräußerungsgeschäfte vom ersten Veräußerer an den letzten Erwerber, so ist die Veranlagung für jedes einzelne Rechtsgeschäft vorzunehmen und die Gesamtschuld der sich hierbei ergebenden Beträge der Besteuerung zugrunde zu legen. Die Höhe der Steuer beträgt nach § 4 bei bebauten Grundstücken 1 Proz. bei unbebauten 1 1/2 Proz. des maßgeblichen Preises oder Wertes. Der Steuer ist der vereinfachte Preis zugrunde zu legen. Ist derselbe geringer wie der gemeine Wert des Grundstücks, so tritt der gemeine Wert an Stelle des Kaufpreises usw. Für die Zahlung der Umsatzsteuer sind Veräußerer und Erwerber gesamtschuldnerisch verpflichtet. Die Vorlage wurde nach kurzer Diskussion in erster und zweiter Lesung angenommen. Alsdann wurde die Errichtung eines eigenen Verwaltungsgebäudes der Gemeinde beschlossen. Dasselbe soll auf dem Grundstücke der Gemeinde am Wilmersdorfer Platz, wo sich jetzt die Feuerwache befindet, errichtet werden. Daurat Altman wird beauftragt, der Gemeindevertretung nach den Ferien ein Projekt vorzulegen. Sodann wurde beschlossen, den Spielplatz am Rohbachplatz auch während der Ferien freizugeben, für Beaufsichtigung wurden 300 M. bewilligt. Zugestimmt wurde auch einer neuen Polizeiverordnung über das Halten von Hunden. Diefelbe machte sich notwendig dadurch, daß Hundebesitzer sich ein Vergnügen daraus machen, ihre Hunde in den gärtnerischen Anlagen auszulassen zu lassen. Aus Anlaß des 100jährigen Todesjubiläum der Königin Luise sollen „geschichtliche Darstellungen“ über die Königin für die Schulbibliothek beschafft werden. Es wurden zu diesem Zwecke 700 M. verlangt. Die Vertreter der Arbeiterkassen erklärten sich entschieden gegen eine Verwendung von Gemeindemitteln, mit denen unter Umständen noch einer gewissen Geschichtsfälschung Vorschub geleistet werden soll.

## Grünwald.

Tod der Kröhen und Ratten hat der Gemeindevorstand aus der Kolonie Grünwald gefaßt. Die beiden unvollkommenen Vertreter des Tierreichs haben den Grundhof: „seid fruchtbar und mehret euch“ dort draußen in einer Weise befolgt, daß der Gemeindevorstand sich genötigt sah, einen Preis auf jede tote Exemplar dieser beiden Gattungen auszusetzen. Die Ablieferung von Rattenschwänzen (guten Appetit!) sowie von Krähenständern kann an Werktagen in den Dienststunden im Gemeindebureau erfolgen. Es müssen aber Grünwalder Rattenschwänze und Krähenständer sein, gemogelt darf nicht werden. An was der Gemeindevorstand aber erkennen will, daß die eingeleferteten Schwänze und Ständer gerade aus dem Grünwaldgebiet stammen, ist allerdings nicht bekannt.

## Köpenick.

Einem Beschluß der letzten Kartellung zufolge findet am Sonntag, den 26. Juni, die Befähigung der Textortier Sternwarte statt. Die Abfahrt erfolgt vom Bahnhof Spindlersfeld um 3,21 Uhr, nachmittags. Wiltsch 80 Pf. sind bei allen Kartelldelegierten sowie bei dem Genossen G. Wähler, Kieperstr. 6, zu haben.

## Potsdam.

Zu erregten Debatten kam es in der letzten Stadterordnetenversammlung. Der Luisehof, ein zum Kreise Juch-Belzig gehörendes Grundstück von beträchtlicher Größe, soll zum Preise von 600 000 M. gekauft werden. Während der eine Teil der Stadtväter gegen den Ankauf Bedenken der verschiedensten Art hatte, glaubte der andere damit ein tabellofes Geschäft zu machen. Im der Situation ein gutes Ende zu geben, griff der Oberbürgermeister rechtzeitig ein und verteidigte die Grundstückspolitik des Magistrats; er erzählte auch ein „Geschichtchen“ von einem Ungenannten, der den Luisehof für 700 000 M. kaufen und dann denselben parzelliert an die Stadt loschlagen wollte. Dies habe der Magistrat verhindert und beim Kauf schnell zugegriffen. Und siehe, das witzte, denn mit übergroßer Mehrheit fand die Magistratsvorlage Annahme. — Der Besolungsplan sieht Gehaltserhöhungen der städtischen Beamten vom Stadtbauinspektor bis herab zum Schuldiener vor. Die städtischen Arbeiter dagegen erhalten nichts, trotzdem sie es am notwendigsten gebrauchen könnten. Für diese Gehaltserhöhungen sind 30 000 M. in den Etat eingestellt worden. Der Stadtv. Beccu machte verschiedene, zum Teil berechtigzte, Anträge, was ihm vom Magistrat überliefert wurde. Der Stadtv. Kennes, der die Ansichten des Stadtv. Beccu zu den seitigen machte, legte gegen den scharfen Ton des Oberbürgermeisters Beschwerde ein, indem er darauf hinwies, daß es nicht nur das gute Recht, sondern die Pflicht eines Stadtv.

berodireten sei, daß zu monieren, was er für falsch halte. Die Worte des Oberbürgermeisters seien schließlich darauf zugeschnitten, die Stadterordneten einzuschüchtern. Die Verhandlung mußte wegen Beschlunfähigkeit abgebrochen werden. — Den Anfang der Tagesordnung bildete eine Beschwerde des Stadtv. Kener, nach dessen Ansicht die Betonarbeiten mangelhaft ausgeführt würden. Stadtbaurat Rigmann hat verschiedentlich Revisionen vorgenommen und gefunden, daß tatsächlich Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, doch trage die Schuld nicht die die Arbeiten ausführende Firma, vielmehr sei der Fehler seiner Aufgabe nicht gewachsen. — Das Grundstück Neue Luisestraße 23, welches 22 211 Quadratmeter groß ist, soll zum Preise von 7 M. pro Quadratmeter angekauft werden. Die Vorlage wurde abgelehnt, da man den Preis für zu hoch hält.

## Eingegangene Druckchriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 19 des 23. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Dem Verdienste keine Krone. — Der erste russische Kongress zur Bekämpfung der Prostitution. Von Peter Wubin, Moskva. — Arbeiterinnen im Lehrlingsrad. Von H. — Erinnerungen eines jungen Dienstmädchens. Von C. Dömmann. (Schluß). — Vom Spinnen und Weben in alter Zeit. I. Von S. Jädel. — Aus Ransfelds Ehrenlagen. Von G. B. — Aus der Bewegung: Stellungnahme der Genossinnen des weiblichen Berufens zur Frauenkonferenz. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Aus Ransfeld. — Zur Nichtigkeit. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Kolonialfrage: Diensthofenfrage. — Gesundheitsliche Genossenschaftlicher Frauenarbeit. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauenstimmrecht. — Verchiedenes.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Ein Dichter der Renaissance. Von Clara Jettin. — Die Mutter als Erzieherin. Von h. sch. — Familien: Ein Lied vom Tode. Von Ferdinand Frellgrath. — Franz Schamingers Frau. Von Robert Ehrlich. — Sprüche.

Für unsere Kinder: Rat zur Arbeit. Von S. Gutzkow. (Schluß). — Die Geschichte von dem großen Philosophen. Von Kandel. — Von einem schwarzen Mann. — Der Zauberkunststurm. Von Eduard Mörike. (Schluß). — Das reiche und das arme Kind. Von Franz Henschel. — In Großvaters Auftrag. Von Hans Kautz. — Arno. Von C. Selon Thompion. (Schluß). — Der Kleinste. Von Emma Döhl. (Schluß).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 13. Nummer des 27. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir: Bilder: Der Steuereifer. Von H. Krause. — Der Christus von Kalkthor. Von M. Krawinkel. — Aus Bremen. — „Deinamergan“. Von H. Stachle. — „Mutterstille“. Von A. Koll. — Des Weichselbals Ende. Von G. Schilling. — „Menschenfresser“. Von H. Lehmann. — Der Kampf um Baugewerke. Von R. Koll. — Der Dreckschleier. Von G. G. Jentich.

Text: Die preussische Wahlrechtsvorlage. Von Waldun. — Das Finanznebel. — „Kaiserlicher Rat“. Von Tobias. — „Konsequenz“. — Die Reform-„Ede“ a la Popelino. (Jubiläum). Von Tobias. — „Kartens Degenhardt“. Von Rudolf Franz. — Das ungeschriebene Gedicht. Von Leo Heller.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

Von der Neustrassungsabgabe: Sebel, Aus meinem Leben, ist soeben Heft 4 und 5 zur Ausgabe gelangt.

Preis der alle 5 Tage von der Firma Paul Singer in Stuttgart herausgegebenen Heft 4 10 Pf.

## Briefkasten der Redaktion.

Es verbleibe die Ehrennadel Amber Münderstraße Nr. 60, vorn über Treppen — J. A. R. u. l. — wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends. Sonntags von 6 bis 7 1/2 Uhr nachmittags frei. Jeder Anfrage ist an Wochentagen und abends 10 bis 11 Uhr persönlich zu beistehen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Billige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

P. M. 75. Wir halten die Gesellschaft für sicher. — C. 2. 69. Wir raten von irgend welchen Schritten ab. Nach ihrem Vortrag haben Sie Strafe nicht zu befürchten. — R. 23. Für den Verdienst sind keine Grenzen gezogen. Die Rente muß solange gewährt werden, als nach sachverständigen Gutachten Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Gesetzes vorliegt. Bei dem Unternehmer kann allerdings rechtlich geordnet werden. — W. 2. 68. Für die Zeit nach dem 1. Juli 1909 nicht. — R. 24. 26. Das ist abhängig von der Höhe des durchschnittlichen Zinsfußes, die Sie in dem Statut Ihrer Krankenkasse verzeichnen finden. — W. 2. 32. In der Weisung nach Monaten bemessen — die monatliche Mitgliedschaft ist demnach das noch nicht — so ist die Kündigung für den Schluß des Kalendermonats zulässig; sie muß spätestens am 15. erfolgt sein. Ist die Rente nach einem Jahre bemessen, so kann Kündigung zum Schluß eines Kalenderjahres höchstens bis zum dritten Werktage desselben erfolgen. — Krankenkasse 100. Als Zwangsmittel sofort. — Schiffahrt 43. Fragen Sie bei dem Vorstand der Seelente, Hamburg, Lebensversicherung an. — G. 2. 38. Die Steuerbehörde ist dazu berechtigt. — R. 15. 1. Die Geburtsurkunden und etwaige gleichmäßig nötige Einmündigungsverordnungen in gebührender Form. 2. Kaufschein. — G. 2. 38. — G. 5. Mit der Frage müssen Sie sich an einen Rechtsanwalt wenden. — W. 2. 100. Der letzte Verdienst ist nicht maßgebend für die Bestimmung der Höhe der Erwerbsbeschränkung. Maßgebend ist ein ärztliches Gutachten. — W. 2. 1. Haben Sie den Raum als Schlafstelle vermietet, so können Sie denselben während der Tagesstunden betreten und auch benutzen. — W. 2. 100. An das Vermittlungsgericht. — W. 100. Vorhagen. Fordern Sie den Vermieter unter Bezug einer Frist zur Befreiung der Räume auf unter der Androhung, daß Sie nach Ablauf der Frist die Räume von einem Sachverständigen besichtigen lassen und von Ihrem Recht auf sofortige Lösung des Mietvertrages Gebrauch machen werden. Für den Fall der Erfolglosigkeit handeln Sie dementsprechend. Sie müssen aber Ihre Behauptungen beweisen können. — R. 3a.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktsstellen. Warieloge: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise ansehnlich. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft reg, Preise verhältnismäßig. Fisch: Zufuhr gering, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisongüter: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 19. 6.		am 18. 6.	
	am	seit	am	seit
Remel, IJH	63	-3	63	-3
Regel, Inkerburg	-41	0	-41	0
Reichel, Thon	-8	-2	-8	-2
Döber, Kattberg	149	-25	149	-25
• Grollen	101	-5	101	-5
• Pfaffenfurt	121	+11	121	+11
Watzke, Schrumm	-33	0	-33	0
• Amberg	-40	-2	-40	-2
Reye, Gorkamm	-31	+3	-31	+3
Elbe, Leinberg	43	+38	43	+38
• Treuden	-88	-34	-88	-34
• Barch	189	+16	189	+16
• Blagdeburg	150	+9	150	+9

\*) + bedeutet Hoch, — Fall. Unterpegel. \*) Höchster Wasserstand am 18. 5 Uhr nachm.: 208 cm.

Witterungsübersicht vom 20. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand am 19. Juni	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometerstand am 19. Juni	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in Grad Celsius
Frankfurt	770	W	12	12	Darmstadt	765	W	10	10
Hamburg	771	W	16	16	Leipzig	761	W	6	6
Berlin	770	W	13	13	Stettin	765	W	13	13
Königsberg	769	W	14	14	Aldersleben	770	W	13	13
München	769	W	13	13	Wien	768	W	16	16
Wien	765	W	13	13					

Wetterprognose für Dienstag, den 21. Juni 1910. Blasser heiter, am Tage etwas wärmer, bei ziemlich häufigen nordöstlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

**Drei Tropfen**



**Kaol**

flüssige Metall-Politur  
machen das  
schmutzigste Metall  
spiegelblank

in Flaschen von 10 bis 50 Pfennig  
Überall zu haben.  
Fabr.: Lubzyski & Co., Berlin NO.

**Kaol**

**Neu!**

Selowskys  
**Caruso-Cigaretten**

in eleganten Blechdosen  
**20 St. 60 Pf.**

**Neu!**

**Hygienische** Bedarfsartikel, Neueste Kataloge  
Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grad. u. H. Unger, Gummibrennfabrik  
Berlin NW, Friedrichstrasse 91/9

**Hygienische** Drogerie Zarenba, Weinbergweg 1, dir. a. Reichenhäger Tor. **Wichtigste Besorgungsstelle!** Verkauft f. zur dauernden Mundpflege

**Achtung, Putzer!**  
Reibebretter, Korbbüscheln, Pinsel, Wassertücher usw.  
empfiehlt **Albert Baermann**, Charlottenburg, Schillerstr. 92.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchbindungen, Lohbänden, Geruchskäfern, Spritzen, Suspensionsen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenheime.  
Berlin N.,  
jetzt **Lothringer Straße 60**.  
Alle Bandagen mit elastischen Bändern, angenehm u. weich am Körper.

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin **Direksenstr. 20**  
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Holzplatzdamm. — (Uml. VII, 13799).  
Für Damen Frauen-Bedienung. \*  
Relevant für alle Krankenkassen.

**Gummiwaren**  
aller Art. Anfr. erbeten  
**Gummi-Grosso-Haus**  
C.A. Growald, Charlottenburg-Berlin 27, Postamt 2.

**Theater und Vergnügungen**

**Dienstag, den 21. Juni.**  
Anfang 8 Uhr.

**Neues Königl. Opern-Theater.**  
Reinhold.  
Deutsches. Ueber unsere Kraft.  
Kammeroper. Liebesmalzer.  
Leffing. Kaiserstuhl.  
Komische Oper. Der Regimentspapa.  
Neues Schauspielhaus. Der Flieger.  
Alteins. Nur ein Traum. (Anfang 7 1/2 Uhr.)  
Berliner. Toffin.  
Neues. Die goldene Ritterzeit.  
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.  
Thalia. Charles Lantz.  
Gebbel. Dem großen Heine?  
Kotter. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Schiller O. (Sommer-Abend.)  
Die Dollarprinzessin.  
Schiller. Charlotzenburg. Der Bibliothekar.  
Friedrich. Wilhelmstädtsches. Eberich Bolms.  
Volksoper. Der Herr Verteidiger. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Mole. Bach- und Schillerfest.  
Schauspielhaus. Das Leutnantsmündel.  
Metropol. Hallo!! — Die große Revue.  
Folies Caprice. Pariser Ehen. Das Verlobungsfest. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Walhalla. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Vario. Spezialitäten.  
Weichbäcker. Stillner Sängers.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Prater. Im Reiche des Mars.  
Urania. Pariser Ehen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.  
Sternwarte. Anwaltsstr. 67-69.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**In den Dolomiten.**

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene  
gesetzt v. Dir. Rich. Schultze.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm!  
**La Tortajada**  
in ihrer neuesten Schöpfung:  
„Abenteuer eines Toreros“.

**Les Neurs Polonaises**  
in ihrer Szene:  
„Ein polnisches Bauernfest“.

**De Dio**  
Phantasie-Tänzerin  
und eine Kette  
hervorragender Kunstkräfte.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)  
**Gottscheld-Oper.**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Die Dollarprinzessin.**  
Operette in 3 Aufzügen von Billner  
u. Grünbaum. Musik von Leo Fall.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Freischütz.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Dollarprinzessin.**

Schiller-Theater (Charlottenburg).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Der Bibliothekar.**  
Schwan in 4 Akten v. Gustav Moser.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Bibliothekar.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Katakomben.**

**Achtung! Diez' nur Achtung!**

**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei unangenehmem Wetterung  
Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**

Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der  
**besten Turmfalkenflieger** der Welt The Liopelta  
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: **Die Reise**  
um die Erde in **1 Sekunde** **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**  
mit dem Fahrrad in den See.  
3 Gock, die phänomenale Exotica-Cascade? Die fünf Sinne?  
Bergflügel automatische Schere. — Marga Parfisch, brillanter  
Raketen-Transformationsakt. — Rik. Maximo, hervorragende Burlesque-  
Pantomime-Duett. — Krill, Leopold Rosser, Original-Gymnast  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägern und das  
neue beste Programm Berlins.

Jeden Sonntag:  
**Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

**Allgemeine Städtebau-Ausstellung**  
Auf vielseitigen Wunsch wird die Ausstellung verlängert.  
**Schluß 26. Juni.**  
Bisheriger Besuch: **60 000 Personen.**

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Täglich:  
**Im Reiche des Mars**  
Spezialitäten, Konzert u. Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Max Klems Sommertheater**  
und Festsäle.  
Inh.: Rudolf Krüger.  
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turmpl.  
Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Artist. Leitung: Walter Grünwitz,  
Kapellmeister: Max Wolfheim.  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**  
Anfang: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

**Ausstellung**  
für Bauindustrie u. Feinkeramik  
unmittelbar am Bahnhof  
Bismarckstrasse.  
Gute Fahrverbindung durch  
Stadtbahn, Straßenbahn.  
Heute Dienstag: Zum Besten  
der Ueberschwemmten im Ahrthal:  
**Gr. Konster-Konzert.**  
8 Kapellen, unter Mitwirkung  
namhafter Künstler.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmärkte 27, alte Alexanderstr.  
(Inhaber: Max Schindelhauer.)  
Im herrlichen Naturgarten täglich:  
u. a.: Elise Wulfen, Soubrette.  
Paul Mattheis, Pianoforte.  
Emmy und August Clover, das  
heißte Duettflügelpaar der Welt.  
Anf. Wochentags 7 1/2, Sonntags 8 Uhr.

**Lessing-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Kaisereulust.**

**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: **Taifun.**  
Morgen: **Taifun.**

**Neues Theater.**  
Heute Dienstag, den 21. Juni,  
abends 8 Uhr:  
**Die goldene Ritterzeit.**  
Vorstag neuerrichtet: Renaissance.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Tartakoff**  
Blädel  
Mika Mikun  
The Kaytons  
Zezelarette  
und das große  
**Variété-Programm.**

**LUNA-PARK**  
**Terrassen am Halensee**  
Größter Vergnügungspark des Kontinents.  
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.

**Neu! Schau-Tanzsaal. Neu!**  
**Mon Pläsier-Lachhaus** und viele andere  
Attraktionen.

**Schweizer-**  
**Garten** Am Königstor —  
Am Friedrichshain.  
Täglich: **Theater- und**  
**Spezialit.-Vorstellung**  
Jeden Abend **Prinz Pinne.**  
Gr. Ausstattung-Oper. m. Ballett.  
Jeden **Kinderfest.**  
Mittwoch:  
Volksbelustigungen. Tanz.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Volksgarten-Theater**  
Inhaber Weimann.  
Bobstr. 8, Behm u. Beliermannstraße.  
Täglich: **Konzert-, Theater- und**  
**Spezialitäten-Vorstellung.** Das neue  
Kleinenprog. Zur Aufführung gelangt:  
**Robert und Bertram.**  
Bosse mit Gefang u. Lang in 4 Akten.  
Jed. Donnerst.: **Gr. Brillant-Feuerv.**

**Friedrich-Wilhelmstädtsches**  
**Schauspielhaus.**  
Heute, den 21. Juni, abends 8 Uhr:  
**Sherlock Holmes.**  
Detektivromane in 4 Akten von  
Herb. Bonn.  
Morgen und folgende Tage:  
**Sherlock Holmes.**

**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luxemburg.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu  
ermäßig. Preisen: Die Dollarprinzessin.

**Passage-Panoptikum.**  
**Lebend! Prinz Atom**  
der kleinste Mensch, der je gelebt.  
**Buddhas Tafel**  
weiß, kann, schreibt alles!  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königstor.  
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**  
Jeden Dienstag nachmittags 3-6 Uhr:  
**Frei-Vorstellung**  
der beliebten  
**Apollo-Sänger.**

**Puhlmanns Theater**  
Schloh. A. 148 — Kastanien-A. 87/89.  
Ob schön! Täglich: Ob Regen!  
Abends 7 Uhr:  
**Von der Wunderschaft zurück.**  
Der lahme Joseph: Dir. Karl Reich.  
Dor- und wader: Die brillanten  
Spezialitäten d. zweiten Junihälfte.  
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 7 1/2 Uhr.  
Entree 20-60, Sonntags 30-100 Pf.  
Kinder halbe Preise.

**Sommer-Theater**  
**Café Bellevue**  
am See und  
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.  
Täglich:  
Spezialitäten  
Theater, Konzert.

**Lustspielhaus.**  
Abends 9 Uhr:  
**Das Leutnantsmündel**

**ROSE-THEATER**  
Große Brannfurter Str. 132.  
Wach- u. Schließgesellschaft  
Schwan in 8 Akten von Wang  
und Winter.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.  
Aus der Gartenbühne: Theater-  
Vorstellung. Spezialitäten. Gr.  
Konzert. (Bestes Programm) Anf. 4 1/2 Uhr.

**Castans Panoptikum**  
Friedrichstr. 165 (Pachorpal).  
Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.

**Der**  
**Mann mit der eisernen Zunge.**  
Täglich 7 1/2 Uhr abends  
Sonntags 4 Uhr:  
Heltene Vorträge.

**„Pharus-Sommer-Theater“**  
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhard  
Berlin N., Müllerstr. 142.  
Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal!  
**Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung**  
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.  
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**  
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sänger**  
Zum Schluß:  
Künstler d. Landstraße.  
Hr. Burckste von Maysal.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Victoria-**  
**Brauerei, Lützowstr. 111/112**  
Im Garten oder Saal: Täglich  
**Gr. humorist. Soiree.**  
(Vorstellungsbühne, Theater und  
Variété-Vorstellungen.)  
Sonntags, Dienstags, Donnerst.  
und Sonnabends: **Tanzkränzchen.**  
Anf.: Wochentags 8, Sonntags  
7 Uhr. — Alle Konz. gütlich.  
Im Restau.: Mittags 75 Pf.  
Gr. u. H. Säle zu Festlichkeiten  
aller Art. Max Saenger.

**Apollo**  
Theater  
Abends 8 Uhr. Nur noch einige Tage!  
Das sensationelle Juni-Programm.  
Novität! Ernst Perzinas Drossurakt.  
Einszig dahergebend!  
Kohr, Renardvogel und Mand.  
Henry de Vry  
Ideal-Schönheiten  
mit dem Entwürf. Heinrich-Heine-  
Denkmal. 9 1/2 Uhr: Die welt-  
berühmte **Grete**  
Schimpanzä  
als Universal-Künstlerin  
und weitere 8 große Attraktionen.

**Folies Caprice**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Pariser Ehen.**  
**Der Athlet.**  
**Die keusche Coïnette.**  
**Das Verlobungsfest.**

**Walhalla-**  
**Variété-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Bestie im Menschen.**  
Trag. Pant. und die übrigen  
Spezialitäten.

**ZOO-**  
**LOGISCHER**  
**GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-**  
**Doppel-Konzert**  
Eintritt 1 Mark.  
neu abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder  
unter zehn Jahren die Hälfte.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
Täglich:  
**Konzert, Theater,**  
**Spezialitäten.**

**Voigt-Theater**  
Geleindbrunnen Badstr. 68  
Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:  
**Uebers großen Teich.**  
Gr. Lebensbild mit Gef. und Lang in  
4 Akten von Adolf Pöhlipp.  
Das neue, sensationelle Juni-  
Programm!  
Erstklassige Spezialitäten.  
Kalleneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Westf.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Anfang wochentags 7 Uhr.  
Sonntags 4 Uhr.

**Burgtheater-Kinematograph**  
dorm. Großer Jan. Inhab.: Rud. Merz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 3033.  
**Lebende Photographien.**  
Wochentags 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.  
Sonntags 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.  
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.  
25 Pf. auf allen Plätzen.  
Stets wechselndes Programm.  
Jeden Sonntag im Oberaal:  
**Künstler-Konzert.**  
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.  
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.  
**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**  
Eintritt: 10-6 Uhr 1 M., 6-8 Uhr ab  
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer 6-9.

**BBB**  
Brunnenstraße 16.  
Täglich:  
**Das vollständig neue Programm**  
im **großen Garten** oder  
im prächtigen **Theatersaal**  
je nach der Witterung.  
Eintritt 30 Pf.

Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

